

MS
sp.

91

F 57.281

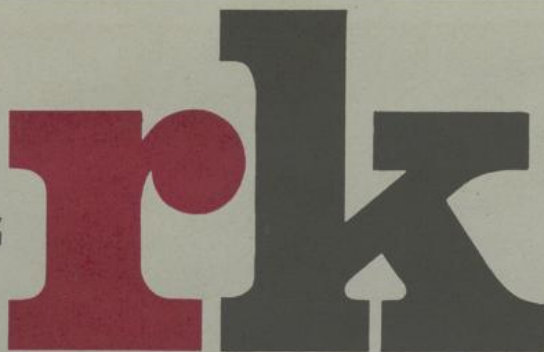
1986

Febr. (3)



rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Montag, 3. Februar 1986

Blatt 268

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Staufufe Wien: städtebaulicher Wettbewerb
"Hallo Nachbar" beim Semester-Ferienspiel
Prämien für Kleingalerien
Ehrung für dauerbefürsorgte Mütter

Kommunal:
(rosa)

Viele tote Babys könnten leben
Verkehrsorganisation Mariahilfer Straße:
2. Teil ab Wochenende
öVP: Lebendige Stadtlandschaft am Donaukanal
Staufufe Wien: Auch DOKW für gemeinsamen
Wettbewerb

Lokal:
(orange)

Neue zusätzliche Telefonnummer im Franz-
Josef-Spital

Nur
über FS:

- 1.2. Glimmende Zigarette verursachte Brand
- 2.2. Zimmerbrand
- 3.2. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

IN 282.460

.....
Bereits am 31. Jänner 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Staufstufe Wien: städtebaulicher Wettbewerb

8 =Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Für die mit einer Staufstufe Wien zusammenhängenden städtebaulichen, stadtgestalterischen und ökologischen Fragen soll gemeinsam von der Stadt Wien und der DOKW ein Wettbewerb veranstaltet werden. Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN wurde Freitag von der Stadtentwicklungskommission beauftragt, entsprechende Gespräche mit der DOKW zu führen.+++

Als "unfaßbare Verdrehung" bezeichnete Hofmann in diesem Zusammenhang eine Aussage von öVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek, daß jetzt die DOKW für die Gemeinde die Kohlen aus dem Feuer holen müsse. "Der Auftrag an mich, Gespräche mit der DOKW über einen gemeinsamen Wettbewerb zu führen, wurde zwei Stunden vor Buseks Presseaussendung von der Stadtentwicklungskommission einstimmig - auch mit der Stimme des anwesenden Dr. Busek - beschlossen", betonte Hofmann. Der Wettbewerb soll die Standort- und Gestaltungsfragen einer Kraftwerksstufe Wien und deren Stauraum behandeln.

Bei der Staufstufe geht es allerdings nicht nur um technische, sondern vor allem auch um stadtplanerische, stadtgestalterische und ökologische Fragen. Der Wettbewerb ist deshalb als erste Stufe zu einer umfassenden Projektorganisation gedacht, die für alle städtebaulichen Fragen im Zusammenhang mit Großprojekten im Donaauraum eingerichtet werden soll, erläuterte Hofmann. Die Ergebnisse der bisherigen Donaubereichsplanung und die Aussagen des Stadtentwicklungsplanes sind als Grundlagen in die Wettbewerbsausschreibung einzubeziehen. (Schluß) ger/bs

NNNN

.....
Bereits am 1. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

"Hallo Nachbar" beim Semester-Ferienspiel

Utl.: Italien zu Gast in Wiener Jugendzentren

1 Wien, 1.2. (RK-LOKAL) Nachbarland Italien ist zu Gast in den Wiener Jugendzentren. Im Rahmen des Semester-Ferienspiels des Wiener Landesjugendreferates gibt es in den Jugendzentren Margareten, 5, Grünwaldgasse 4, Wienerberg, 10, Neilreichgasse 115 und Marco-Polo-Platz, 21, Marco-Polo-Platz 9, "italienische" Attraktionen zum Kennenlernen für Wiener Kinder.

Jedes der Jugendzentren hat sich einen Themenschwerpunkt ausgesucht. So gibt es im JZ Margareten "italienische Märchen", im Zentrum Wienerberg einen "Carneval in Venedig" und im JZ Marco-Polo-Platz "eine Reise durch Italien".

Italienische Theater- und Folkloregruppen geben Vorstellungen und animieren zum Mitmachen. Neben Basteln, Zeichnen, Malen und der Herstellung von Mosaiken unter der Anleitung einer Mitarbeiterin der Mosaikschule Ravenna, kommen auch die kulinarischen Genüsse nicht zu kurz: Gemeinsam werden die "Ferienspieler" und eine italienische Köchin nach Originalrezepten Pizzas zubereiten. (Schluß) je/gg

NNNN

.....
Bereits am 2. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Prämien für Kleingalerien

1 =Wien, 2.2. (RK-KULTUR) Das Kulturamt der Stadt Wien hat im Rahmen der Prämienaktion für Kleingalerien für das vierte Vierteljahr 1985 Prämien in der Gesamthöhe von 60.000 Schilling vergeben.++++

Die Galerie Insam erhält 19.564 Schilling Prämie, die Galerie Winter 14.348 Schilling, die Galerie Sünnhof 13.044 Schilling und die Kunsthandlung Grill 13.044 Schilling. (Schluß) gab/rr

NNNN

.....
Bereits am 2. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrung für dauerbefürsorgte Mütter

2 Wien, 2.2. (RK-KOMMUNAL) Das Sozialamt der Stadt Wien wird auch heuer anlässlich des Muttertages dauerbefürsorgte Mütter, die bereits über 60 Jahre alt sind, ehren. Am 5., 6. und 7. Mai werden diese Mütter zu einer Feier ins Kahlenberg-Restaurant eingeladen, wo ihnen bei einer gemütlichen Jause ein buntes Unterhaltungsprogramm geboten wird. Insgesamt werden rund 2.000 Mütter geehrt werden. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales genehmigte dafür insgesamt 520.000 Schilling. (Schluß) zi/gg

NNNN

Viele tote Babys könnten leben (1)

Utl.: Stacher: Familienhebamme gegen Babysterben

1 =Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Viele vor der Geburt oder im ersten Lebensjahr verstorbene Babys könnten gesund sein und leben, wenn die Schwangeren und Mütter über Gefahren und Risikofaktoren Bescheid gewußt hätten. Um diese im wahrsten Sinn des Wortes lebenswichtigen Kenntnisse zu vermitteln, wird nun über Initiative von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im 10. Bezirk eine Familienhebamme eingesetzt, die sich um werdende Mütter und Neugeborene im 10., 3. und 11. Bezirk kümmert, die Frauen auf mögliche Probleme bei Bluthochdruck, Diabetes und dergleichen aufmerksam macht, Hinweise für vernünftige Ernährung gibt und sich um die Bewältigung von Spannungen zwischen den Partnern kümmert. Die Familienhebamme ist in der Gellertgasse 42-48, Telefon 64 35 84, erreichbar. Wenn die Familienhebamme nicht anwesend ist, meldet sich ein Tonband.++++

Zwtl.: Schwangere über Risikofaktoren aufklären

Stadtrat Stacher hatte vor sechs Jahren die sogenannte "Einzelfallanalyse" ins Leben gerufen. Das bedeutet, daß sich seither die Primärärzte der geburtshilflichen Abteilungen und die Vorstände der Neugeborenen-Intensivstationen mit jedem einzelnen Todesfall von Kindern befassen, die vor der Geburt oder innerhalb der ersten Lebenswoche verstorben sind. Analysiert wird daneben auch die Betreuung der Schwangeren und die Frage, ob bzw. wie der Babytod hätte vermieden werden können. Dabei zeigte sich, daß wahrscheinlich einige zu retten gewesen wären, wenn die Mutter rechtzeitig das Risiko erkannt hätte, weil sie etwa schon zwei oder drei Tage keine Kindesbewegungen mehr spürte oder sich verschiedene Beschwerden eingestellt hatten. Die Familienhebamme soll nun die Informationslücke schließen. (Forts.) and/rr

NNNN

Viele tote Babys könnten leben (2)

Utl.: Kindestod oft auch soziales Problem

2 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Die Reduzierung des Babysterbens ist nicht nur ein medizinisches, sondern zu einem Großteil auch ein soziales Problem, erklärte Gesundheits- und Sozialstadtrat Stacher dazu gegenüber praktischen Ärzten und Gynäkologen aus dem 10. Bezirk im Rahmen einer Informationsveranstaltung. Vielen Frauen seien die Notwendigkeit des Arztbesuches und die Einhaltung der Untersuchungstermine nach dem Mutter-Kind-Paß nicht selbstverständlich. Probleme haben nicht selten aber auch Gastarbeiterinnen, denen im Routinebetrieb manches nicht deutlich genug gemacht werden kann.

Zwtl.: Erster Hausbesuch bei einer Türkin

Es ist daher auch nicht überraschend, daß der erste Hausbesuch der Familienhebamme Lydia JELEN einer Türkin galt, bei der eine Risikoschwangerschaft festgestellt worden war, die jedoch nicht zu den notwendigen Untersuchungsterminen erschien. Die Familienhebamme konnte sie in deren Wohnung im persönlichen Gespräch von der Notwendigkeit einer konsequenten medizinischen Überwachung und Betreuung überzeugen.

Zwtl.: Dreimal wöchentlich in der Gellertgasse

Die Familienhebamme ist dreimal wöchentlich in der Gellertgasse 42-48 erreichbar, und zwar Montag und Mittwoch von 9 bis 13 Uhr, Donnerstag von 14 bis 17.30 Uhr. An den anderen Tagen macht die Familienhebamme Hausbesuche. Von Lydia Jelen und der Ärztin Dr. Susanne GIBBS werden Informationsgespräche über Schwangerschaft und Geburt, Schwangerenturnen, Vorbereitung auf das Stillen, Kurse über Babypflege und gemeinsame Kreißsaalbesuche, aber auch Antwort auf Fragen, zu deren Beantwortung in der Ambulanz oder ärztlichen Praxis zu wenig Zeit ist, geboten. In persönlichen Gesprächen können auch andere Probleme erörtert werden, die das heranwachsende Kind oder Neugeborene gefährden, wie etwa Spannungen in der Partnerschaft und andere soziale Fragen.

Zwtl.: Ähnliches Projekt in Ottakring

Ein ähnliches Modell läuft bereits in Ottakring. Es wurde 1984 im Rahmen eines Forschungsprojektes des "Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien" begonnen. Der Einsatz der ambulanten Hebamme oder Krankenschwester erfolgt beim "Ottakringer Modell" vom Spital aus. An die Familienhebamme können sich Frauen direkt wenden oder es veranlassen Ambulanz oder niedergelassener Arzt den Hausbesuch. (Schluß) and/bs

Verkehrsorganisation Mariahilfer Straße: 2. Teil ab Wochenende (1)

Utl.: Rautner bittet Durchfahrer, großräumig auszuweichen

3 =Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Wochenende tritt - infolge der Vorarbeiten für den Bau der U-Bahn-Linie U 3 - der zweite Teil der Verkehrsorganisation Mariahilfer Straße in Kraft. Ab Montag kann die Mariahilfer Straße auch in der Richtung stadteinwärts nicht mehr durchfahren werden. Die Erschließungsrouten in dieser Richtung: Mariahilfer Straße - Webgasse - Gumpendorfer Straße - Windmühlgasse - Mariahilfer Straße. Bautenstadtrat Roman RAUTNER ersucht die Kraftfahrer, diese Strecke nicht als Umleitung für die Durchfahrt vom Gürtel zur Lastenstraße oder zum Ring zu benutzen. Durchfahrer sollen möglichst weiträumig ausweichen, damit die Umfahrung für den Geschäfts- und Anrainerverkehr in diesem Gebiet zur Verfügung steht. Der Bautenstadtrat betonte, daß die Kaufhäuser und die Geschäfte in der Mariahilfer Straße selbst und in den Nebenstraßen von den Erschließungsrouten Lindengasse und Gumpendorfer Straße über die Querstraßen weiterhin gut erreichbar sind.++++

Im Bereich Gumpendorfer Straße gibt es mehr Änderungen in der Verkehrsführung als im Bereich Lindengasse vor zwei Wochen. Die Umstellungen dauern daher von Freitag abend bis Montag früh. In der Nacht von Freitag auf Samstag sollen folgende Arbeiten durchgeführt werden:

- Der Straßenzug Kaunitzgasse - Magdalenenstraße - Mollardgasse wird Einbahn in Richtung stadtauswärts von der Gumpendorfer Straße bis zur Hofmühlgasse.
- Die Schadekgasse wird durchgehend Einbahn von der Mariahilfer Straße bis zur Gumpendorfer Straße.
- Die Esterhazygasse wird im unteren Teil Einbahn von der Mollardgasse bis zur Linken Wienzeile.
- Die Spörlinggasse wird Einbahn von der Linken Wienzeile bis zur Mollardgasse.
- Die Einbahnregelung Nevillebrücke - Nevillegasse zwischen der Linken Wienzeile und der Schönbrunner Straße wird aufgehoben. Diese Straßenverbindung kann also in beiden Richtungen befahren werden.

(Forts.) sc/rr

Verkehrsorganisation Mariahilfer Straße: 2. Teil ab Wochenende (2)
4 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Ab Betriebsbeginn am Sonntag früh ändern sich die Linienführungen der Autobusse "13 A" und "14 A". Der "13 A" fährt in Richtung Süden die Strecke Neubaugasse - Schadekgasse - Kaunitzgasse - Magdalenenstraße - Mollardgasse - Hofmühlgasse. Neue Stationen gibt es in der Neubaugasse (später in der Schadekgasse) und an der Ecke Kaunitzgasse/Gumpendorfer Straße. Der "14 A" fährt (von der Pilgrambrücke kommend) die Strecke Hofmühlgasse - Gumpendorfer Straße - Amerlingstraße - Schadekgasse - Kaunitzgasse - Magdalenenstraße - Mollardgasse - Hofmühlgasse - Pilgrambrücke und weiter. Neue Stationen gibt es in der Gumpendorfer Straße, in der Amerlingstraße (später in der Schadekgasse) und an der Ecke Kaunitzgasse/Gumpendorfer Straße.

Für den Individualverkehr sind in der Zeit von Sonntag früh bis Montag früh folgende Umstellungen vorgesehen:

- Die Gumpendorfer Straße wird zwischen der Hofmühlgasse und der Köstlergasse Einbahn in Richtung stadteinwärts, wobei allerdings der Autobus auch in der Gegenrichtung fährt. Für die Autobuslinie "57 A" bleibt also die Streckenführung unverändert.
- Die Hofmühlgasse wird Einbahn von der Mollardgasse bis zur Gumpendorfer Straße.
- Die Esterhazygasse wird im oberen Teil Einbahn von der Gumpendorfer Straße bis zur Mariahilfer Straße.
- Die Köstlergasse wird Einbahn von der Gumpendorfer Straße bis zur Linken Wienzeile.
- Die Damböckgasse wird Einbahn von der Parkgarage bis zur Esterhazygasse.

An den Kreuzungen Grabnergasse - Mollardgasse, Magdalenenstraße - Corneliusgasse - Kaunitzgasse und Köstlergasse - Linke Wienzeile werden neue Verkehrslichtsignalanlagen montiert, die Ende Februar in Betrieb genommen werden. Auf der Kreuzung Köstlergasse - Linke Wienzeile wird der Verkehr bis dahin in der Spitzenzeiten von Sicherheitswachebeamten geregelt. Die bestehenden Verkehrsampeln werden den geänderten Verkehrsverhältnissen angepaßt.

Änderungen bei Park- und Halteverbotszonen auf der Linken Wienzeile, in der Gumpendorfer Straße und in der Webgasse wurden zum Teil bereits durchgeführt, zum Teil werden sie noch diese Woche vorgenommen. (Schluß) sc/gg

Neue zusätzliche Telefonnummer im Franz-Josef-Spital

7 Wien, 3.2. (RK-LOKAL) Ab sofort ist das Kaiser-Franz-Josef-Spital über eine zusätzliche Seriennummer erreichbar. Sie lautet 62 13 01 und ergänzt den bisher häufig überlasteten Anschluß 64 16 91. (Schluß) red/rr

NNNN

öVP: Lebendige Stadtlandschaft am Donaukanal

8 =Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Mag. Robert KAUER sprach sich am Montag gemeinsam mit Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK im Pressegespräch der öVP für zusätzliche Impulse aus, um den Donau Kanalbereich zu einer lebendigen Stadtlandschaft zu machen.++++

Kauer schlug unter anderem vor, "Freyungen", unbürokratische Möglichkeiten für Galerien, Bücherverkauf und andere kulturelle Aktivitäten zu schaffen. Gastronomiebetriebe, Liegestuhl- und Sonnenschirmverleihe und ein Bootverkehr auf dem Donaukanal sollen das Kulturangebot ergänzen, ein Ideenwettbewerb Donaukanal könnte ausgeschrieben werden. Weiters schlug Kauer zur Intensivierung der "Bezirkskultur", Musikpavillons, eine "Kostproben-Bühne" und eine "Aktion Feuermalen" vor. Neue Abonnement-System könnten zusätzlichen Anreiz zum Kulturkonsum etwa für Familien oder Touristen bieten. Junge Künstler sollten durch eine "Bühne der Jungen", eine Aktion "Wien wie es klingt", die Erschließung der Flaktürme für Musikgruppen und vermehrte Stipendien gefördert werden.

Zwtl.: Donaubereich-Gestaltung vor Kraftwerksprojekt

Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek nahm zur Planung rund um den Donaubereich Stellung und kritisierte, daß diese scheinbar durch den geplanten Bau der Staustufe Wien dominiert werde. Es wäre sinnvoller, sich zunächst über die Gestaltung des Donauraumes klar zu werden und dann erst den Kraftwerksbau in die Überlegungen einzubeziehen, sagte Busek. Zur Zusammenarbeit mit der SPö meinte Busek, daß diese auch Ergebnisse bringen müsse. (Schluß) gab/bs

NNNN

Staustufe Wien: Auch DOKW für gemeinsamen Wettbewerb

Utl.: Hofmann: Haltung der ÖVP unverständlich

9 =Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Die DOKW ist damit einverstanden, gemeinsam mit der Stadt Wien einen Wettbewerb über die städtebaulichen, stadtgestalterischen und ökologischen Fragen eines Kraftwerks Wien und dessen Stauraum durchzuführen. Dies teilte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Montag nach einem Gespräch mit der DOKW, das er im Auftrag der Stadtentwicklungskommission geführt hatte, der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit. Die Ergebnisse der Donaublichsplanung in den 70er Jahren sowie des Stadtentwicklungsplanes sind in die Wettbewerbsausschreibung einzubeziehen, die voraussichtlich noch vor dem Sommer erfolgen wird.++++

Hofmann bezeichnete in diesem Zusammenhang die von ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK Montag neuerlich geäußerte Kritik an dieser Vorgangsweise als völlig unverständlich. "Der Beschluß, mit der DOKW Gespräche über einen gemeinsamen Wettbewerb zu führen, ist in der Stadtentwicklungskommission am Freitag einstimmig, auch mit der Stimme von Dr. Busek, gefaßt worden", betonte Hofmann. Es könne überhaupt keine Rede davon sein, daß die Stadt Wien nun irgendeine Verantwortung auf die DOKW abschiebe. Im Gegenteil, durch die gemeinsame Ausschreibung eines Wettbewerbes sei die bestmögliche Koordination gegeben. Selbstverständlich sei es aber die völlig unbestrittene Aufgabe der Stadt Wien, die weiteren Zielvorstellungen für den Donauraum zu formulieren. In dieser Hinsicht seien mit dem umfassenden Planungsprozeß der 70er Jahre für Donauinsel und Neue Donau sowie mit dem Stadtentwicklungsplan bereits wesentliche Grundlagen erarbeitet worden, schloß Hofmann. (Schluß) ger/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 4. Februar 1986

Blatt 280

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Trauerfeier für Dr. Mauthe
(grau)

Kommunal:
(rosa)

Neugestaltung St.-Elisabeth-Platz abgeschlossen
Faschingsumzug: Sperre des Rings
Storchensteg ab 5. Februar wieder benützbar
Zilk für scharfe Konsequenzen aus "Fleischskandal"
öffentliche Verkehrsmittel - öfter und schneller
Projektorganisation für den Donaudamm

Nur

über FS: 30 Meter hoher Kran drohte umzustürzen

.....
Bereits am 3. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Trauerfeier für Dr. Mauthe

10 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Die Trauerfeier für Stadtrat Dr. Jörg MAUTHE findet am Donnerstag, dem 6. Februar, um 14 Uhr in der Lutherischen Stadtkirche, 1., Dorotheergasse 18 statt. Für Eintragungen ins Kondolenzbuch ist am Donnerstag von 10 bis 13 Uhr in der Kirche Gelegenheit. (Schluß) red/bs

NNNN

Neugestaltung St.-Elisabeth-Platz abgeschlossen

Utl.: Rautner: Gutes Beispiel für "Straßenmöblierung"

2 =Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Als gutes Beispiel für eine Verkehrsberuhigung und für eine ansprechende "Möblierung" des Straßenraums bezeichnete Bautenstadtrat Roman RAUTNER Dienstag die Gestaltung des St.-Elisabeth-Platzes im 4. Bezirk, die vor kurzem abgeschlossen wurde. Mit einem Aufwand von rund 7,5 Millionen Schilling wurde der Bereich rund um die St.-Elisabeth-Kirche neu gestaltet.+++

Die Oberflächen wurden mit neu entwickelten, gelb und rot eingefärbten Betonsteinen gepflastert. Rund um die Bäume wurden rote "Bio-Baumscheiben" verlegt, die Schlitze aufweisen, damit das Wasser besser in den Boden eindringen kann. 43 alte Bäume wurden saniert und 16 junge Bäume gepflanzt, so daß der Bestand nun 59 Bäume umfaßt. Die Grünflächen wurden neu gestaltet und mit Gittern im Secessionsstil abgegrenzt. Es wurden zwei große runde Rosenbeete angelegt.

Um den Fußgängerbereich von der Fahrbahn der Belvederegasse die in diesem Abschnitt einen neuen Fahrbahnbelag erhielt, zu trennen, wurde eine kleine Klinkermauer errichtet. Die Parkspuren wurden zum Teil neu gepflastert. Damit die für die Fußgänger reservierten Flächen nicht befahren werden können, wurden 16 gußeiserne Poller im historischen Stil aufgestellt. Ein Kleinkinderspielplatz wurde mit Elastikplatten ausgelegt und mit einer Rutsche und Schaukeln ausgestattet. Zwanzig Sitzbänke der Type "Ringstraße" wurden bereits aufgestellt. Dazu kommen noch zwei Tisch-Bank-Kombinationen, die den Senioren für Spiele oder einen Plausch zur Verfügung stehen. Außerdem wurde ein Auslaufbrunnen mit Trinkwasser montiert. Die Straßenbeleuchtung rund um die Kirche wurde saniert, im Fußgängerbereich wurden 15 Lichtständer mit Kugelleuchten montiert. Diese Kugelleuchten werden in etwa einem halben Jahr gegen neu entwickelte Beleuchtungskörper ausgetauscht. Bis dahin wird aber der neu gestaltete St.-Elisabeth-Platz bereits einige Zeit als "erweitertes Wohnzimmer" dienen. (Schluß) sc/rr

NNNN

Faschingsumzug: Sperre des Rings

4 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Wegen des am 8. Februar 1986 von der Wiener Handelskammer veranstalteten Faschingsumzuges wird der Straßenbahnverkehr auf dem Ring zwischen dem Dr.-Karl-Lueger-Platz und dem Schottentor in der Zeit von 12 Uhr bis zirka 15.30 Uhr eingestellt.

Die Linie "D" verkehrt nur zwischen Nußdorf und Börse beziehungsweise zwischen Südbahnhof und Schwarzenbergplatz, die Linie "J" zwischen Ottakring und dem Gürtel, die Linie "1" zwischen Stadlau, Ostbahn und dem Schwedenplatz, und die Linie "2" mit geänderter Streckenführung ab Schottentor über Schottenring - Franz-Josefs-Kai bis Radetzkystraße und über die gleiche Strecke zurück.

Die Autobuslinie "1A" kann nur zwischen dem Schottentor und dem Stephansplatz, die Autobuslinie "3A" nur bis zum Burgtor geführt werden. (Schluß) ba/bs

NNNN

Storchensteg ab 5. Februar wieder benützbar

5 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Der Storchensteg, der die Bezirke Meidling und Fünfhaus verbindet, wird am Mittwoch, dem 5. Februar wieder zur Benützung freigegeben.

Der Steg war im Zuge der Bauarbeiten für den Bauabschnitt U6/4 "Längenfeldgasse" am 22. April 1985 gesperrt worden, um die alten Tragwerke über dem Wienfluß und über der Trasse der U-Bahn-Linie U 4 abtragen und an der gleichen Stelle einen neuen Fußgängersteg mit verbreiteter Trasse errichten zu können. Der neue Storchensteg wurde nunmehr mit einem Kostenaufwand von zirka acht Millionen Schilling im Rohbau fertiggestellt. Im Bereich über dem Wienfluß können die erforderlichen Ausbauarbeiten wie Gesimsleisten, Geländer und Belag erst mit Einsetzen der wärmeren Jahreszeit in Angriff genommen werden. Nach Fertigstellung der U-Bahn-Bauarbeiten wird ein Teil des Steges die neue Eindeckung der U-Bahn-Trasse bilden.

Für die Weiterführung der U-Bahn-Bauarbeiten muß voraussichtlich ab Anfang März 1986 die Stiegerbrücke gesperrt werden. Um die dadurch entstehenden Verkehrsbehinderungen zu entschärfen, wird auf der Lobkowitzbrücke eine Ersatzfahrbahn eingerichtet, die eine direkte Verbindung zwischen der Linken Wienzeile und der Schönbrunner Straße herstellen wird. (Schluß)
ba/bs

NNNN

Zilk für scharfe Konsequenzen aus "Fleischskandal"

6 =Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK trat Dienstag in seinem wöchentlichen Pressegespräch dafür ein, aus dem jüngsten "Fleischskandal" scharfe Konsequenzen zu ziehen. "Der Bauernhof darf nicht zum Experimentierfeld der modernen Biochemie werden. Der Einsatz chemischer Mittel in der Tierzucht, der ausschließlich zur Steigerung der Produktivität dient, muß verboten werden. Antibiotika gehören nur in die Hand des Tierarztes zur Bekämpfung von Krankheiten. Auch im Bereich der Landwirtschaft ist ein Ausgleich zwischen ökonomie und ökologie dringend notwendig", betonte Zilk im Interesse der 1,5 Millionen Wiener Konsumenten.++++

Der Medikamentenmißbrauch in der Tierzucht birgt nach Ansicht von Fachleuten eine Reihe von Gefahren für Mensch und Tier in sich. So können beispielsweise Antibiotika anzeigepflichtige Seuchen wie Milzbrand und Rotlauf überdecken, sodaß auch Experten diese Krankheiten kaum erkennen können. Aus der unsachgemäßen Verwendung von Antibiotika ergibt sich eine weitere Gefahr: Sie kann nicht nur zu Allergien beim Menschen führen, sondern auch zur Resistenz von Keimen. Bei lebensbedrohenden Infektionskrankheiten spricht dann der Patient auf diese Antibiotika nicht mehr an.

Vorschläge zur Unterbindung des Medikamentenmißbrauches sind:

- Änderung des Futtermittelgesetzes 1952: Kontrolle der Futtermittel am Hof.
- Änderung des Arzneimittelgesetzes 1983: Tierarzneimittel und Futtermittelzusatzstoffe sollen nur dann zugelassen werden, wenn auch praktikable Verfahren zur Prüfung von Rückständen in Lebensmitteln tierischer Herkunft vorhanden sind.
- Änderung des Fleischuntersuchungsgesetzes 1982: Vorverlegung der Lebendbeschau vom Schlachthof in den Erzeugerbetrieb.
- Forcierung alternativer Produkte und Produktionsweisen in der Landwirtschaft.

(Forts. mgl.) chr/gg

öffentliche Verkehrsmittel - öfter und schneller (1)

Utl.: U-Bahn für Nachtschwärmer

7 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Ein weiteres Maßnahmenpaket der Wiener Verkehrsbetriebe, das ab 10. Februar in Kraft tritt, gab Stadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt. Für die Wiener Tramwayfahrer wird es folgende Verbesserungen geben:

- o Verlängerte Betriebszeiten bei der U-Bahn
- o Geänderte Streckenführung der Straßenbahnlinien "25" und "26"
- o Vorverlegte Betriebszeiten der Autobuslinie "24 A"
- o Geänderte Streckenführung der Autobuslinie "99 B"

Die Betriebszeiten der U-Bahn wurden so verlängert, daß nun auch Theaterbesucher oder nächtliche Stadtbummler bessere Möglichkeiten haben, mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause zu kommen. Bei der U 1 fährt der letzte Zug zehn Minuten später, bei der U 2 und der U 4 um etwa eine Dreiviertelstunde später.

Der letzte Zug der U-Bahn-Linie U 1 fährt um 0.20 Uhr (bisher 0.05 Uhr) vom Reumannplatz ab und kommt um 0.42 Uhr (bisher 0.23 Uhr) im Zentrum Kagran an. In umgekehrter Richtung fährt der letzte Zug um 0.14 Uhr (bisher 0.08 Uhr) vom Zentrum Kagran ab und ist um 0.36 Uhr (bisher 0.26 Uhr) am Reumannplatz.

Bei der U 2 gibt es die größte Betriebsverlängerung: Der letzte Zug fährt um 50 Minuten später. Vom Karlsplatz fährt die U 2 nun um 0.30 Uhr ab (bisher 23.40 Uhr) und ist um 0.38 Uhr (bisher 23.48 Uhr) beim Schottenring. Vom Schottenring fährt der letzte Zug um 0.18 Uhr ab (bisher 23.29 Uhr) und ist um 0.26 Uhr (bisher 23.37 Uhr) beim Karlsplatz.

Die am längsten in Betrieb stehende U-Bahn-Linie ist die U 4 nach Hütteldorf. Die Betriebsverlängerung beträgt 43 Minuten. Der letzte Zug der U-Bahn-Linie U 4 fährt um 0.15 Uhr (bisher 23.32 Uhr) von Heiligenstadt ab und ist um 0.46 Uhr (früher 23.59 Uhr) in Hütteldorf. Von Hütteldorf fährt der letzte Zug um 0.01 Uhr ab (bisher 23.33 Uhr) und ist um 0.41 Uhr (bisher 24.00 Uhr) in Heiligenstadt.

Eine weitere Verbesserung bei der U 4 ist die Vorverlegung der Abfahrtszeit ab Heiligenstadt auf 5.03 Uhr (bisher 5.13 Uhr). Die "Blauen" U-Bahn-Züge mit 0.30 Uhr am Karlsplatz haben durch entsprechende Wartezeiten gegenseitig Anschluß. (Forts.) ba/gg

öffentliche Verkehrsmittel - öfter und schneller (2)

Utl.: Verbesserte Streckenführung der Straßenbahnlinien "25" und "26"

8 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Fahrgastzählungen haben gezeigt, daß zahlreiche Fahrgäste mit der Straßenbahnlinie "25" von Leopoldau kommend, in die Linie "26" umsteigen, um nach Stadlau zu fahren. Dagegen war die Fahrgastfrequenz von Floridsdorf nach Stadlau in der Straßenbahnlinie "26" wesentlich geringer. Daher wurde die Streckenführung der beiden Linien verändert beziehungsweise vertauscht. Ab 10. Februar kann man nun von Leopoldau mit dem "25er" über das Zentrum Kagran nach Stadlau bis zur Zschokkegasse ohne Umsteigen durchfahren. Fahrgäste mit der Linie "26" von Floridsdorf kommend, müssen dages beim Zentrum Kagran in den "25er" umsteigen.

Zwtl.: Verbesserungen beim "24 A" und "99 B"

Um elf Minuten früher, bereits um 4.40 Uhr, fährt nun der erste Autobus der Linie "24 A" vom Zentrum Kagran über Neu-Ebling in die Invalidensiedlung ab. In umgekehrter Fahrtrichtung beträgt die Vorverlegung der Betriebszeit vier Minuten und zwar von 5.21 Uhr auf 5.17 Uhr. Bei der Endstelle Zentrum Kagran ist der "24 A" jedoch um elf Minuten früher und zwar um 5.19 Uhr statt wie bisher um 5.30 Uhr.

Ab 10. Februar fahren die Autobusse der Linie "99 B" mit geänderter Streckenführung und zwar ab der Schafflerhofstraße über die Niklas-Eslarn-Straße - Lehenstraße - Wolfgang-Mühlwanger-Straße - Seiseneggergasse - Röbblinggasse wieder zur Schafflerhofstraße. Weiters fahren Busse ab der Schafflerhofstraße über die Teiläckergasse - Hänischgasse - Wolfgang-Mühlwanger-Straße zur Schafflerhofstraße. Im Teilstück Gernotgasse - Lieglerstraße - Gartenheimstraße fahren nunmehr die Busse ganztägig, jedoch vormittags vom Schafflerhof Richtung Ebling Schule und nachmittags in gegenläufiger Richtung.

Zwtl.: Umleitungen bei den Autobuslinien "13 A" und "14 A"

Wegen der Sperre der Mariahilfer Straße müssen die Autobusse der Linien "13 A" und "14 A" ab 9. Februar eine Umleitungsstrecke befahren.

Nähere Auskünfte über die neuen Regelungen und Fahrpläne gibt es in den Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe auf dem Karlsplatz, Stephansplatz und Praterstern. Zusätzlich wurde ein Informationsbus bei der U-Bahn-Station Zentrum Kagran in der Zeit vom 3. Februar bis 12. Februar 1986 eingesetzt. Außerdem werden Informationsbroschüren an die Fahrgäste verteilt. (Forts. mgl.)

ba/gg

Projektorganisation für den Donaauraum

10 =Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Wien hat zweifellos weitere große Entwicklungschancen im Donaauraum. Zur optimalen Nutzung dieser Chancen soll nun eine international zusammengesetzte Projektorganisation nach dem Vorbild der Planungen für Neue Donau und Donauinsel in den 70er Jahren sowie für Gürtel Süd- und Westeinfahrt ("Wiener Modell") geschaffen werden. Dies gab Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt. Als erster Schritt wird eine neunköpfige Beratergruppe gebildet, die aus fünf freiberuflichen Mitgliedern der ehemaligen Donaujury sowie vier Beamten besteht:

Jakob Maurer (Zürich), Kurt Freisitzer (Graz), Thomas Sieverts (Darmstadt), Friedrich W. Dahmen (Köln), Heinz Lemberger (Wien). Dazu kommen der Leiter des Koordinationsbüros der Magistratsdirektion, Obersenatsrat Dr. Walter Skopalik, sowie je ein Vertreter der Geschäftsgruppen Finanzen und Wirtschaftspolitik, Stadtentwicklung und Stadterneuerung sowie Umwelt und Bürgerdienst.++++

Aufgaben dieser Beratergruppe werden sein:

- o Erarbeitung und Prüfung aller Vorschläge für Projekte im Donaauraum.
- o Erarbeitung einer Projektorganisation für deren Durchführung.
- o Erarbeitung der Rahmenbedingungen für die Verhandlungen der Stadt Wien mit der DOKW und der Ingenieurkammer über einen Wettbewerb für das Kraftwerk Wien und dessen Stauraum.

Für die Vorbereitung dieses Wettbewerbes, der die städtebaulichen, gestalterischen und ökologischen Probleme einer Staustufe Wien umfassen soll, sind etwa drei Monate in Aussicht genommen. Das Wettbewerbsergebnis könnte 1987 vorliegen. (Forts. mgl.) ger/gg

NNNN

Zilk für scharfe Konsequenzen aus "Fleischskandal" (2)

Utl.: Seidl: Staatsanwalt ermittelt in Oberösterreich

11 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Obwohl in Wien routinemäßig die Lieferungen jedes dritten Schweinefleischlieferanten einmal jährlich kontrolliert werden, hat Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL aus aktuellem Anlaß angeordnet, daß sofort weitere tausend Schweinefleischproben auf Antibiotika untersucht werden. Heute wurde die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien fündig: In einer Fleischlieferung aus Oberösterreich wurden drei antibiotikaverseuchte Schweinehälften festgestellt. Damit unverzüglich Ermittlungen durch die Kriminalpolizei begonnen werden können, wurde der zuständige Staatsanwalt in Ried im Innkreis telefonisch von diesem Medikamentenmißbrauch unterrichtet. (Schluß)
chr/lei/bs

NNNN

Projektorganisation für den Donauraum (2)

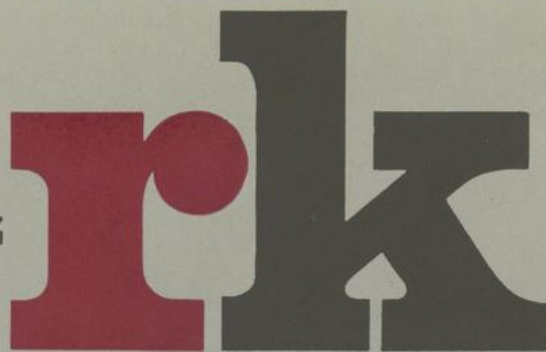
Utl.: Zilk: Bereitschaft zur Zusammenarbeit

12 Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister ZILK und Stadtrat HOFMANN wiesen in der Pressekonferenz darauf hin, daß es seitens der ÖVP bezüglich der Absichten für die weitere Vorgangsweise in der Donauraumplanung offenbar ein Mißverständnis gegeben habe. Die beiden Politiker unterstrichen in diesem Zusammenhang ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, zu gemeinsamen Lösungen für den Donauraum zu kommen. (Schluß) ger/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 5. Februar 1986

Blatt 291

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Entsorgungsvertrag für "Filterkuchen" abgeschlossen
ausgesendet: Mammutzahn bei U-Bahn-Arbeiten gefunden
(grau) Auch heuer wieder Faschingsumzug zum Kalvarienberg

Politik: Wien-Besuch des Züricher Stadtoberhaupts
(rosa)

Kommunal: Mitterfeldsteg über Aspangbahn fertiggestellt
(rosa) Terminübersicht vom 6. bis 14. Februar
Katastrophenschutzpläne nun auch für Bezirke
Seidl: Kampf gegen illegale Abgabe von
Antibiotika

Lokal: Sattelschlepper als Kino
(orange)

Nur
über FS: Kran beschädigte das Simpl

.....
Bereits am 4. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Entsorgungsvertrag für "Filterkuchen" abgeschlossen

Utl.: Rauchgasreinigungsanlage Flötzersteig bewährt sich

13 Wien, 3.2. (RK-KOMMUNAL) Die Entsorgung der Rückstände aus der Rauchgasreinigung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig ist gesichert: Vergangene Woche konnten die Heizbetriebe Wien mit der "Kommunalservice für Abfallbeseitigung und Umweltschutz GesmbH." in Graz einen Vertrag abschließen, der die ordnungsgemäße Entsorgung und Deponierung der Rückstände zum Inhalt hat, erklärte Dienstag Energiestadtrat Johann HATZL im Bürgermeisterpressegespräch.

Der hohe Wirkungsgrad der Rauchgasreinigung, die seit Wochen provisorisch in Betrieb ist, übertrefft alle Erwartungen. Bei einem durchschnittlichen Müllanfall von 400 Tonnen pro Tag fallen rund drei Tonnen "Filterkuchen" nach der Rauchgasreinigungsanlage an. Die Lagerung dieser Rückstände erfolgt in drei Boxen, die für die Zwischenlagerung genehmigt sind. Die Rückstände werden per Bahn zur Entsorgung in die Oststeiermark gebracht.

Im Vertrag mit der "Kommunalservice für Abfallbeseitigung und Umweltschutz GesmbH." wurde auch die Entsorgung der Rückstände aus der Rauchgasanlage der Müllverbrennungsanlage Spittelau vereinbart, die im Herbst dieses Jahres in Betrieb gehen wird. (Schluß) lei/rr

NNNN

.....
Bereits am 4. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mammutzahn bei U-Bahn-Arbeiten gefunden

14 Wien, 4.2. (RK-LOKAL) Der Aufmerksamkeit eines Baggerfahrers ist es zu verdanken, daß möglicherweise ein sehr bedeutender archäologischer Fund erhalten bleibt: Bei Grabungsarbeiten an der U 3 beim Rochusmarkt wurde in 16 Meter Tiefe ein 1,5 Meter langer und an der Basis 35 Zentimeter breiter Gegenstand gefunden, der von den Archäologen mit hoher Wahrscheinlichkeit als Mammuteckzahn identifiziert wurde. Der Mammutzahn dürfte aus der Zeit zwischen 80.000 und 10.000 v. Chr. stammen. Der Fund wird gegenwärtig weiter untersucht und dann restauriert. Stadtrat Johann HATZL lobte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Archäologen und den am Bau der U-Bahn Beteiligten. Dadurch konnten innerhalb weniger Monate einige für Wien sehr wesentliche archäologische Funde gesichert werden.
(Schluß) lei/bs

NNNN

.....
Bereits am 4. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Auch heuer wieder Faschingsumzug zum Kalvarienberg
15 Wien, 4.2. (RK-LOKAL) Der traditionelle Hernalser
Faschingsumzug findet heuer am Sonntag, dem 9. Februar, statt.
Faschingsnarren und Schaulustige treffen sich um 14.30 Uhr am
Diepoldplatz, ab 15.00 Uhr geht der Zug über die Kalvarienberggasse
und den Elterleinplatz zum St. Bartholomäusplatz. (Schluß) red/bs

NNNN

Mitterfeldsteg über Aspangbahn fertiggestellt

2 -Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Der Mitterfeldsteg, eine Fußgängerbrücke über die Aspangbahn und die Schemmerlstraße in Simmering, wurde Mittwoch vormittag fertiggestellt. Durch die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage, eines Einkaufsmarktes und einer Haltestelle der Autobuslinie "69 A" ergab sich hier ein dringender Bedarf für einen Übergang über die Eisenbahngleise und zugleich über die stark befahrene Schemmerlstraße. Der 44 Meter lange Steg kostete zwei Millionen Schilling.++++

Die Breite des Stegs und der Stiegen beträgt 2,50 Meter. Die Gehfläche hat einen Holzbohlenbelag. Es gibt drei Stiegen: eine zur Straße Am Kanal und je eine auf beiden Seiten der Schemmerlstraße. Der Steg wird mit Lichtständern der Type "Donaukanal" beleuchtet.
(Schluß) sc/rr

NNNN

Terminübersicht vom 6. bis 14. Februar

3 Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 6. bis 14. Februar hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

DONNERSTAG, 6. FEBRUAR:

10.30 Uhr, Pressekonferenz Hofmann "Stadterneuerungsfonds" (PID)

14.00 Uhr, Trauerfeier StR. Mauthe (1, Lutherische Stadtkirche, Dorotheergasse 18)

FREITAG, 7. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien, Ministerpräsident von Dänemark Poul Schlüter; Zilk (Stadt-senatssitzungssaal, Rathaus)

SAMSTAG, 8. FEBRUAR:

13.30 Uhr, Faschingsumzug der Wiener Wirtschaft (ab Schwarzenbergplatz über die Ringstraße zum Rathaus)

SONNTAG, 9. FEBRUAR:

Ende Semesterferienspiel

MONTAG, 10. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 11. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 12. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Stacher

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadterneuerung

16.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Anton Hans Cyrill KOLLER; Mrkvicka (Steinerner Saal, Rathaus)

DONNERSTAG, 13. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bauten

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

FREITAG, 14. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenmedaillenüberreichung an Alfred Böhm, Prof. Walter Davy, Ernst Track; Zilk (Steinerner Saal, Rathaus)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst
(Schluß) red/gg

Sattelschlepper als Kino

4 Wien, 5.2. (RK-LOKAL) Ein zu einem beheizten Kino für Kinder umfunktionierter Sattelschlepper der Stadt Budapest ist derzeit im Rahmen des Semester-Ferienspiels in Wien unterwegs. Ungarische Mitarbeiter betreuen diese mobile Kinoeinrichtung, in der Zeichentrickfilme und Filme über Budapest Wiener Kindern präsentiert werden.

Am Donnerstag, dem 6. Februar, macht der Kino-Sattelschlepper von 9.30 Uhr bis 11.30 Uhr am Rathausplatz Station. (Schluß) je/nr

NNNN

Katastrophenschutzpläne nun auch für Bezirke (1)

5 =Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Katastrophenhilfegesetz, seit 1978 in Kraft, ist die rechtliche Grundlage für alle im Katastrophenfall notwendigen Maßnahmen. Als Katastrophe im Sinne des Gesetzes gelten bereits eingetretene oder bevorstehende Ereignisse, die durch elementare, technische oder sonstige Auswirkungen in außergewöhnlichem Umfang Personen- oder Sachschäden hervorrufen können. Der Katastrophenschutz umfaßt alle nach diesem Gesetz zu treffenden Maßnahmen, die der Verhütung und der Vorbereitung der Abwehr sowie der Bekämpfung von Katastrophen dienen. Mit dem Katastrophenhilfegesetz wurde der Gemeinde auch aufgetragen, einen Katastrophenschutzplan zu erstellen, der die Arten der absehbaren Katastrophen unter Angabe der besonders gefährdeten Bereiche und der Art der jeweils zu erwartenden Gefahren, eine Übersicht über die örtlichen Gegebenheiten, eine Liste der dauernd bzw. zeitweise erforderlichen Hilfskräfte und Hilfsmittel, eine Aufzählung der Einrichtungen, die für Katastrophenfälle voraussichtlich zur Verfügung stehen und eine Zusammenstellung der Anordnungsbefugten und der ausführenden Stellen zu enthalten hat. Zusätzlich sollen nun aber auch eigene Katastrophenschutzpläne für die Bezirke erstellt werden. Diese Pläne sind noch stärker als der allgemeine Plan auf die örtlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten der einzelnen Bezirke abgestimmt. Darüber und über die Maßnahmen des Katastrophenschutzes in Wien informierte Stadtrat Helmut BRAUN in einem Pressegespräch. Gleichzeitig erklärte Braun, daß auch die Möglichkeiten des Zivilschutzes in Wien verbessert werden sollen. Es sei dabei jedoch nicht die Aufgabenstellung - und könne es auch gar nicht sein - auf Maßnahmen im Kriegsfall abzu zielen. Der Zivilschutz müsse für den Katastrophenfall vorsorgen, dürfe jedoch in keiner Form zu einer paramilitärischen Einrichtung werden, sondern soll der Bevölkerung Informationen über Selbstschutz bei zivilen Notständen (Verhalten im Brandfall, bei Unfällen, Erste Hilfe, Lebensmittelbevorratung usw.) bieten.++++

(Forts.) hrs/gg

NNNN

Katastrophenschutzpläne nun auch für Bezirke (2)

Utl.: Katastrophenschutzplan

6 Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Der von der Magistratsdirektion -
Verwaltungsorganisation in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und den
anderen betroffenen Dienststellen ausgearbeitete
Katastrophenschutzplan ist in mehrere Abschnitte geteilt:

1) Arten der absehbaren Katastrophen mit Angabe der besonders ge-
fährdeten Bereiche und Art der Gefahren.

Hier wird in mehrere Kategorien unterteilt. Es gibt zum Beispiel
einen eigenen Abschnitt des Katastrophenschutzplans für Natur-
katastrophen wie Hochwasser, Sturm, Schnee, Unwetter, Erdbeben.
Ein anderer Bereich beschäftigt sich mit Umweltkatastrophen, von
radioaktiver Verstrahlung über chemische Verunreinigungen bis zu
Emissionen. Ebenso sind technische Katastrophen, aber auch Brand-
und Explosionskatastrophen, Verkehrskatastrophen und medizinische
Katastrophen (Seuchen) darin enthalten.

2) Übersicht über die örtlichen Gegebenheiten.

3) Liste der dauernd bzw. zeitweise erforderlichen Hilfskräfte und
Hilfsmittel.

4) Aufzählung der Einrichtungen, die für Katastrophenfälle voraus-
sichtlich zur Verfügung stehen.

5) Zusammenstellung der Anordnungsbefugten und der ausführenden
Stellen.

Zwtl.: Katastropheneinsatz

Der Katastropheneinsatz umfaßt alle zu treffenden Maßnahmen zur
Abwehr unmittelbar drohender und zur Bekämpfung bereits
eingetretener Katastrophen. Die Katastropheneinsatzpläne sind
"Organisationsanweisungen", die bei entsprechenden Ereignissen und
Vorfällen eine Richtlinie für das Verhalten geben sollen.

Zwtl.: Bezirkskatastrophenschutzplan

Schon im Katastrophenhilfegesetz wurde festgelegt, daß die
Bezirksvorsteher zu ihrer Beratung für den Katastropheneinsatz aus
dem Kreis der Bezirksvertretung eine Bezirkskommission bestellen
können. Ergänzend dazu sollen nun auch für und mit den Bezirken
eigene Bezirkskatastrophenpläne erarbeitet werden, die noch stärker
als ein allgemeiner Plan auf örtliche Gegebenheiten und
Möglichkeiten (wo befinden sich Versorgungseinrichtungen, wo gibt es
zum Beispiel bei großen Supermärkten Lebensmittellager, wo gibt es
Brunnen, welche Firmen haben Material usw.) Rücksicht nehmen können.
(Forts.) hrs/gg

Katastrophenschutzpläne nun auch für Bezirke (3)

Utl.: Die Organisation der Magistratsabteilung 68 - Feuerwehr und Katastrophenschutz

7 Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Das Stadtgebiet von Wien ist für die Feuerwehr in acht Brandschutzsektionen eingeteilt: In jeder dieser Brandschutzsektionen befindet sich eine Hauptfeuerwache mit entsprechender Besatzung und Einsatzfahrzeugen sowie mehrere Nebenfeuerwachen. Insgesamt verfügt Wien über 24 Feuerwachen sowie zwei Freiwillige Feuerwehren.

Jeweils zwei Brandschutzsektionen sind außerdem zu einem Katastrophensprengel zusammengefaßt, um den Einsatz bei örtlichen Großereignissen besser zu organisieren. Es gibt - über den "normalen" Einsatz hinaus - erhöhte Einsatzbereitschaft Interne Maßnahmen, dann erweiterte Einsatzbereitschaft (die dienstfreien Mannschaften eines oder zweier Katastrophensprengel werden einberufen) und Katastropheneinsatzbereitschaft (Einberufung aller dienstfreien Mannschaften der Feuerwehr). Insgesamt hat die Feuerwehr rund 1.500 Mitarbeiter, von denen 430 Mann jeweils rund um die Uhr im Dienst sind.

Sind die Einsatzmöglichkeiten der Wiener Feuerwehr und der beiden Freiwilligen Feuerwehren Wiens bei Großereignissen bereits ausgeschöpft, so gibt es ein Löschhilfeabkommen mit den Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs. Sozusagen auf Knopfdruck kommen dabei in einer ersten Welle rund 300 Freiwillige der benachbarten Wehren in die Bundeshauptstadt und besetzen die Hauptfeuerwachen bzw. unterstützen die Wiener Feuerwehr beim Einsatz. Diese "Übernahme" der Wiener Wachen wurde bereits bei Übungen und in der Praxis erprobt - etwa beim Gerngroß-Brand oder bei Sturmeinsätzen. Umgekehrt hilft auch Wiens Feuerwehr den Niederösterreichern, wie etwa beim Sleepy-Brand in Vösendorf oder kürzlich bei einem Einsatz in Klosterneuburg.

Die Feuerwehr übernimmt im Katastrophenfall auch die Verständigung und Anforderung anderer Dienststellen. Dies geschieht über die Nachrichtenzentrale. Da möglicherweise auch diese von einem Großereignis betroffen sein könnte, wurden bzw. werden weitere entsprechende Reserven (auf einer anderen Hauptfeuerwache bzw. Katastrophenleitzentrale im Rathaus bzw. auch mobiles Leitstellenfahrzeug für örtliche Einsatzleitung) geschaffen.

Im Katastrophenfall können außerdem zusätzliche Hilfskräfte, zum Beispiel das Bundesheer (durch den Bürgermeister), angefordert werden.

Die Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr - 160 Stück - sind natürlich ebenfalls für Katastrophenfälle ausgerüstet. (Forts. mgl.) hrs/gg

Wien-Besuch des Züricher Stadtoberhaupts

Utl.: Gespräche Zilk - Wagner über engere Zusammenarbeit

8 Wien, 5.2. (RK-POLITIK) Der Stadtpräsident von Zürich, Dr. Thomas WAGNER, trifft morgen, Donnerstag, auf Einladung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Wien ein.

Inhalt der Gespräche zwischen Zilk und Wagner sind ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch sowie die Erörterung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Wien und Zürich, zumal die beiden Städte aufgrund ihrer neutralen Lage ähnliche politische Voraussetzungen aufweisen. Im weiteren dienen die Gespräche der Vorbereitung von österreich-Tagen in Zürich, die im Herbst mehrere Wochen hindurch Wien in künstlerischer und gesellschaftlicher Weise in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken sollen. Auf dem Wien-Programm Wagners stehen auch der Besuch des Opernballs und einer "Cats"-Vorstellung.

Der 43-jährige Schweizer Politiker - ein gelernter Jurist und Mediziner - ist Präsident der Freisinnigen Partei Zürichs und seit Mai 1982 Stadtpräsident. Am 2. März finden in Zürich Kommunalwahlen statt. (Schluß) red/bs

NNNN

Seidl: Kampf gegen illegale Abgabe von Antibiotika

10 Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Die Fälle mißbräuchlicher Verwendung von Antibiotika durch Schweinezüchter reißen nicht ab. Wurden von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien gestern in drei Schweinehälften Antibiotikarückstände festgestellt, so waren es heute, Mittwoch, weitere sechs Fleischlieferanten, in deren Lieferungen medikamentenverseuchte Schweinehälften festgestellt wurden. Es handelt sich dabei wieder um einen Lieferanten aus Oberösterreich, einem aus Niederösterreich sowie um vier Betriebe aus dem Burgenland. Die zuständigen Staatsanwaltschaften werden umgehend verständigt.

Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL ordnete in Anbetracht der Häufung dieser Mißbräuche noch schärfere Kontrollen als bisher an. Die dringliche Forderung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, den Einsatz chemischer Mitteln zur Steigerung der Produktivität in der Tierzucht zu verbieten, müsse in Anbetracht der unseriösen Praktiken in der Schweinezucht von allen Seiten unterstützt werden, erklärte die Stadträtin.

Von den Fachleuten wird vermutet, daß die Schweinezüchter wegen der momentan herrschenden Witterung häufiger Arzneiantibiotika illegal verabreichen. Aus Angst, daß die Tiere erkranken, ist auch eine Überdosierung der Medikamte nicht auszuschließen, was längere Absetzfristen zur Folge hat. Um diese Praktiken langfristig zu unterbinden, arbeitet gegenwärtig Univ.-Prof. Dr. Maximilian WEISER vom Institut für Chemische Medizin an der Veterinärmedizinischen Universität Wien an einem Forschungsauftrag, der "Methoden zum routinemäßigen Nachweis für Antibiotika" zum Inhalt hat. Stadtrat Seidl hat dem Wissenschaftler ihre uneingeschränkte Unterstützung zugesagt. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien wird unter anderem positive Proben zu Versuchszwecken zur Verfügung stellen. (Schluß) lei/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Donnerstag, 6. Februar 1986

Blatt 303

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Storchenteg wieder benützbar
(grau)

Kommunal:
(rosa)

Ab Sonntag neue Einbahnen in Mariahilf
16.000 Arbeitsplätze durch Wohnbau und
Stadterneuerung

Fleischskandal: "Schwarze Liste" der Lieferanten

Lokal:
(orange)

Ablehnung einer Baubewilligung

Nur

über FS: 5.2. Zwei Blöcke des Kraftwerks Simmering abgeschaltet
Tödlicher Brand in Favoriten

.....
Bereits am 5. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Storchensteg wieder benützbar

11 Wien, 5.2. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL gab Mittwoch in Anwesenheit der Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER und Kurt MENGER den Storchensteg zur Benützung frei. Der Fußgängersteg, der die Bezirke Meidling und Fünfhaus verbindet, mußte im Zuge der Bauarbeiten für den Bauabschnitt U 6/4 Längenfeldgasse im April des Vorjahres gesperrt werden. Der nun an der gleichen Stelle errichtete Fußgängersteg wurde mit einem Kostenaufwand von rund acht Millionen Schilling im Rohbau fertiggestellt. (Schluß) lei/bs

NNNN

Ab Samstag neue Einbahnen in Mariahilf

Utl.: Rautner ersucht die Kraftfahrer um besondere Vorsicht

1 =Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) In der Nacht von Freitag auf Samstag treten in Mariahilf neue Einbahnregelungen in Kraft. Damit wird ein weiterer Teil der Verkehrsorganisation Mariahilfer Straße verwirklicht, die während der Vor- und Bauarbeiten für die U-Bahn-Linie U 3 in der Mariahilfer Straße sicherstellen soll, daß das Geschäftsleben in diesem großen Wiener Einkaufszentrum so wenig wie nur möglich beeinträchtigt wird. Bautenstadtrat Roman RAUTNER ersucht die Kraftfahrer, in den nächsten Tagen und Wochen in diesem Gebiet besonders vorsichtig zu fahren, bis sich die neuen Verkehrsregelungen "eingespielt" haben. An der Erschließungsrouten Gumpendorfer Straße gibt es nämlich weit mehr Änderungen im gewohnten Verkehrsablauf als an der Erschließungsrouten Lindengasse. Kraftfahrer, die die Mariahilfer Straße bisher als Durchzugsstrecke benützt haben, sollen ab nächster Woche möglichst weiträumig ausweichen. +++

In der Nacht von Freitag auf Samstag sollen folgende Arbeiten durchgeführt werden:

- Der Straßenzug Kaunitzgasse - Magdalenenstraße - Mollardgasse wird Einbahn in Richtung stadtauswärts von der Gumpendorfer Straße bis zur Hofmühlgasse.
- Die Schadekgasse wird durchgehend Einbahn von der Mariahilfer Straße bis zur Gumpendorfer Straße.
- Die Esterhazygasse wird im unteren Teil Einbahn von der Mollardgasse bis zur Linken Wienzeile.
- Die Spörlingasse wird Einbahn von der Linken Wienzeile bis zur Mollardgasse.
- Die Einbahnregelung Nevillebrücke - Nevillegasse zwischen der Linken Wienzeile und der Schönbrunner Straße wird aufgehoben. Diese Straßenverbindung kann also in beiden Richtungen befahren werden.

In diesen Straßen werden über Nacht die Verkehrszeichen den neuen Regelungen entsprechend geändert. Zum Teil sind davon auch Bodenmarkierungen betroffen. Bei den Bodenmarkierungen könnten sich allerdings Verzögerungen ergeben, wenn das Wetter nicht mitspielt.

Die Verkehrslichtsignalanlagen in diesen Straßen wurden zum Teil bereits auf die neuen Verkehrsverhältnisse umgestellt, zum Teil erfolgt das noch. Neue Verkehrsampeln werden auf der Kreuzung Magdalenenstraße - Corneliusgasse - Kaunitzgasse am 19. Februar und auf der Kreuzung Grabnergasse - Mollardgasse am 20. Februar, jeweils am späten Abend, in Betrieb genommen. Weitere Arbeiten für neue Verkehrsregelungen in diesem Bereich werden von Sonntag früh bis Montag früh durchgeführt. (Schluß) sc/bs

16.000 Arbeitsplätze durch Wohnbau und Stadterneuerung (1)

2 -Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Die Forcierung der Stadterneuerung in Wien wird 1986 kräftige Impulse für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze der Bauarbeiter auslösen: Insgesamt werden für den Wohnungsneubau, für die Haussanierung und für die Wohnungsverbesserung rund 11 Milliarden Schilling gefördertes Bauvolumen zur Verfügung stehen. Mit diesem Rekordinvestitionsvolumen können rund 16.000 Arbeitsplätze im Bauhaupt- und Baunebengewerbe gesichert werden. Diese Zahlen gaben Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN und die Direktoren des Stadterneuerungsfonds Walter HOFSTETTER, Kurt WINDISCH und Erwin WIPPEL am Donnerstag in einer Pressekonferenz bekannt.+++

Eine besonders positive Auswirkung auf die Arbeitsplatzsituation ist von der verstärkten Investition für Haussanierungen und Wohnungsverbesserungen zu erwarten.

Beim Wiener Stadterneuerungsfonds sind bis Ende 1985 insgesamt 685 Förderungsanträge - davon 120 während der Monate November und Dezember - avisiert worden. 419 Anträge sind beim Fonds zur Bearbeitung eingelangt, davon wurden rund 50 Prozent erledigt. Rund 50 Prozent von diesen Erledigungen wurden für die Förderung empfohlen. Diese Empfehlungen werden ein Bauvolumen von rund 670 Millionen Schilling auslösen. Diese Entwicklung hat sich im Jänner verstärkt fortgesetzt.

Bei Fortsetzung dieses Trends werden bis Jahresende die für hausbezogene Sanierungen und Verbesserungen vorgesehenen Mittel mit einem geförderten Gesamtbauvolumen von rund 2 Milliarden Schilling und von rund 190 Millionen Schilling jährlich Landeszuschüssen ausgeschöpft.

Für die Einzelwohnungsverbesserung durch Mieter sind rund 1,2 Milliarden Schilling vorgesehen. Die Stadt Wien hat im Budget 1986 rund 1,7 Milliarden Schilling für die Sanierung der von ihr verwalteten Althäuser vorgesehen.

Damit werden im Sanierungs- und Erneuerungsbereich insgesamt rund 9.800 Arbeitsplätze gesichert.

Zu diesen Investitionen kommen noch die Mittel für den Wohnungsneubau:

Wohnbauförderung 1986	rund 3,0 Milliarden S
Sonderwohnbauprogramm 1986	rund 1,0 Milliarden S
bereits zugesicherte, aber noch nicht abgerufene Mittel:	
Wohnbauförderung 1968	rund 3,1 Milliarden S
Sonderwohnbauprogramm 1983	rund 1,1 Milliarden S

Von diesen 8,2 Milliarden Schilling werden im Jahre 1986 etwa 3/4 - das sind rund 6 Milliarden Schilling - bauwirksam (rund 6.000 Arbeitsplätze). (Forts.) ger/gg

16.000 Arbeitsplätze durch Wohnbau und Stadterneuerung (2)

Utl.: Trendwende bei Stadterneuerung

3 Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Eine Analyse der Entwicklung im Bereich der Haussanierungen und Wohnungsverbesserungen zeigt seit der Tätigkeit des Wiener Stadterneuerungsfonds und seit Inkrafttreten des Wohnhaussanierungsgesetzes sowie der Landesverordnungen eine entscheidende Trendwende: Wurden vorher nur rund 10 Prozent der jährlich zur Verfügung gestellten Förderungsmittel für die Beseitigung von Substandardwohnungen verwendet, so liegt der Schnitt seit Mitte des vergangenen Jahres bereits bei über 50 Prozent.

Durch die Beratungs- und Betreuungstätigkeit des Wiener Stadterneuerungsfonds wird dieser Trend noch verstärkt werden.

Bei derzeit rund 110.000 bewohnten Substandardwohnungen und einer voraussichtlich gleichbleibenden Bevölkerungszahl in Wien könnten innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre diese Substandardwohnungen beseitigt werden, wenn jährlich rund 7.000 verbessert oder durch Neubauten ersetzt werden. Bei einer durchschnittlich vorgesehenen Neubauleistung von 4.000 Wohnungseinheiten pro Jahr ergäbe dies einen jährlichen Erneuerungs- bzw. Verbesserungsbedarf von rund 3.000 Wohnungen. Die jetzt eingeleitete Entwicklung führt in diese Richtung. (Forts. mgl.) ger/gg

NNNN

Fleischskandal: "Schwarze Liste" der Lieferanten

4 Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Auf Anordnung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird ab sofort eine "Schwarze Liste" jener Betriebe veröffentlicht, denen die Lieferung von Schweinefleisch mit Antibiotikarückständen nachgewiesen wurde. Außerdem werden künftig, so Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL, Fleischlieferungen beanstandeter Betriebe nicht mehr nur stichprobenmäßig, sondern lückenlos kontrolliert.

Heute wurde wiederum in einer Lieferung antibiotikahaltiges Schweinefleisch gefunden, sodaß die "Schwarze Lise" vorläufig neun Betriebe umfaßt:

OBERÖSTERREICH:

Vieh- und Fleisch Ges.m.b.H.
Lambrechten/Ried im Innkreis
Roman RANKL OHG
Kirchdorf an der Krems

NIEDERÖSTERREICH:

WöV Mischfutter- und Viehverwertungsges.m.b.H.
Mistelbach
Rudolf FLANDORFER
Loidesthal
Rudolf SCHMID
Ladendorf
Julius KLOIBER
Karlstetten
EISINGER-Schlachthof
Mistelbach
Viktor THEURER
Stockerau

BURGENLAND:

RIEGER
Großhöflein
(Schluß) chr/lei/bs

Ablehnung einer Baubewilligung

Utl.: Baupolizei stellte auf Fabriksgebäude in Hernals schwerwiegende Sicherheitsmängel fest

5 Wien, 6.2. (RK-LOKAL) Auf dem Areal einer ehemaligen Nähmaschinenfabrik in Hernals, Lobenhauergasse 13 - 15, fand gestern eine Verhandlung um Erteilung einer Baubewilligung statt. Da schwere Sicherheitsmängel festgestellt wurden, mußte diese verweigert werden.

Die Vorgeschichte: Seit Mai des vergangenen Jahres hatten zahlreiche Personen bei der Polizei Anzeige wegen Lärmbelästigung erstattet. Die Erhebungen ergaben, daß der Mieter des Grundstückes Umbauten ohne Baubewilligung vorgenommen hatte. Hobbyräume, Kleinwerkstätten, Clubs, Vereinslokale, Kleinbüros etc. waren entstanden und an bisher 100 Personen weitervermietet worden, nach Angaben des Bauwerbers sollten weitere 200 Personen demnächst "einziehen".

Wie die Baupolizei bei der Verhandlung feststellen mußte, waren schwerwiegende Sicherheitsmängel aufgetreten: Unter anderem wurden in manchen Räumen die Fenster vermauert, wodurch nun ungenügend Fluchtwege zur Verfügung stehen; durch den überdachten Hof wären im Brandfall Bergungen mit einer Leiter unmöglich; in manchen Abteilen lassen sich die Eingangstüren nur gangseitig öffnen, sodaß die Restbreite nur 10 Zentimeter beträgt; in mehreren Räumen wurde von nicht konzessionierten Firmen die Isolierung unsachgemäß vorgenommen. Aufgrund dieser Mängel wurde nicht nur der Antrag um Erteilung einer Baubewilligung abgelehnt, die MA 37 - Baupolizei für den 17. Bezirk - sprach - nicht zuletzt im Interesse der gefährdeten Mieter - auch ein Benützungsverbot aus.

Bezirksvorsteher Robert PFLEGER zeigte sich über das Ergebnis der Verhandlung zufrieden. Zuletzt hatte es nicht nur aus der Bevölkerung immer wieder Klagen gegeben, sogar im "Kulturbeisl Kulisse" hatten wegen des Lärms Aufführungen kurzfristig abgebrochen werden müssen. (Forts. mgl.) ull/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 7. Februar 1986

Blatt 310

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Städtebund: Fachausschuß für Schlachthof- und
ausgesendet: Veterinärwesen tagte
(grau) Berichtigung
Busek: Mauthes Vielgeliebte war Wien

Politik: Dänemarks Premier im Rathaus
(rosa)

(Kommunal: Ab Montag: Mariahilfer Straße stadteinwärts
(rosa) gesperrt
Knapp 22.500 Impfungen gegen Kinderlähmung

Nur
über FS: 6.2. Oberleitungsschaden am Gaudenzdorfer Gürtel
7.2. Rodelfest am Laaer Berg
Hohe-Wand-Wiese ab Samstag wieder in Betrieb

.....
Bereits am 6. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Städtebund: Fachausschuß für Schlachthof- und Veterinärwesen tagte
Utl.: Seidl: Schluß mit Medikamentenmißbrauch

6 Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL begrüßte Donnerstag Schlachthofdirektoren und Amtstierärzte aus ganz Österreich, die sich zu einer Tagung des Fachausschusses für Schlachthof- und Veterinärwesen des Städtebundes im Wiener Rathaus trafen. Aus aktuellem Anlaß ging die Stadträtin vor allem auf die in den vergangenen Tagen häufiger auftretenden Lieferungen von Schweinefleisch mit Antibiotikarückständen ein. Es sei notwendig, daß die Kontrollen auf Rückstände österreichweit intensiviert und ausgedehnt werden. So werden ab sofort in Wien die Lieferungen bereits beanstandeter Betriebe nicht nur stichprobenmäßig, sondern lückenlos kontrolliert.

Diese Maßnahmen seien zum Schutz der Konsumenten dringend erforderlich, es müßten aber auch im Interesse der vielen seriösen Tiermäster und Fleischlieferanten sein, daß mit der verbotenen Medikamentenabgabe aus Gründen der Produktivitätssteigerung Schluß gemacht werde, erklärte Seidl. Sie forderte deshalb die Tagungsteilnehmer auf, bei der Bekämpfung des Medikamentenmißbrauches noch stärker als bisher mitzuarbeiten. (Schluß) lei/rr

NNNN

.....
Bereits am 6. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

BERICHTIGUNG

.....
7 Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) Entgegen der Meldung in unserer
RK-Aussendung Nr. 4 (Fleischskandal: "Schwarze Liste" der
Lieferanten), daß bei einer Lieferung eines burgenländischen
Betriebes antibiotikahältiges Schweinefleisch gefunden wurde,
handelt es sich hierbei um den Betrieb Robert RIEGER, Schlacht- und
Stechviehhändler aus Oberhöflein in Nö. Bis jetzt wurde aus keinem
burgenländischen Betrieb antibiotikahältiges Schweinefleisch
geliefert. (Schluß) red/bs

NNNN

.....
Bereits am 6. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Busek: Mauthes Vielgeliebte war Wien

Wien, 6.2. (RK-KOMMUNAL) "Wien verdankt Dir viel, nicht zuletzt die Freude, sich selbst zu entdecken - in ihrer kleinen Schönheit der Grätzl und Hinterhöfe wie in ihrer großen Einbettung in Mitteleuropa". Mit diesen Worten würdigte Donnerstag der Wiener Vizebürgermeister Erhard BUSEK bei der Trauerfeier für Jörg MAUTHE dessen Engagement für Wien, "das er selbst zuletzt seine Vielgeliebte genannt hat".

Busek würdigte den "humanen Geist" Mauthes, seine persönliche Liberalität und seine rare Haltung als Politiker, die "Bereitschaft, sich zur Verfügung zu stellen, obwohl man davon keinen Vorteil hat, und die Bereitschaft, Risiko zu tragen". - "Ohne Menschen wie Jörg Mauthe", so Busek, "sind Parteien recht wenig, mit Menschen wie ihm können sie immer wieder viel werden". Mauthe habe immer an die "unzerstörbare Kraft des Schöpferischen" geglaubt, sagte Busek, er sei sein Leben lang auf der Suche nach der Schönheit gewesen. Wo andere die Notwendigkeit von Visionen beschwörten, habe er sie gehabt.

Für Mauthe sei stets das "Zusammenbringen wichtiger ^{gewesen} als das Auseinanderschneiden", zitierte Busek aus der letzten Rede des Stadtrates vor dem Wiener Gemeinderat. So habe sein Abschied von ihm nun Menschen zusammengeführt, deren Lebenswege sich sonst selten kreuzen. ((Schluß)) wfo/kr

Ab Montag: Mariahilfer Straße stadteinwärts gesperrt (1)

Utl.: Rautner ersucht Kraftfahrer um Vorsicht und Rücksicht

2 =Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Ab Montag kann nun die Mariahilfer Straße auch in der Fahrtrichtung stadteinwärts nicht mehr durchfahren werden. Infolge der Vorarbeiten für die U-Bahn-Linie U 3 tritt der zweite Teil der neuen Verkehrsorganisation Mariahilfer Straße in Kraft. Die Erschließungsrouten stadteinwärts: Mariahilfer Straße - Webgasse - Gumpendorfer Straße - Windmühlgasse - Mariahilfer Straße. Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" betonte, soll diese Strecke nicht als Umleitung für den Durchzugsverkehr in der Mariahilfer Straße benützt werden. Sie soll ausschließlich der Zufahrt zum Geschäftszentrum Mariahilfer Straße für Zulieferer, Kunden und Anrainer dienen. "Durchfahrer" sollen möglichst weiträumig ausweichen.++++

Im Bereich südlich der Mariahilfer Straße gibt es eine Reihe bedeutender Änderungen in der Verkehrsführung, die zum Teil in der Nacht von Freitag auf Samstag durchgeführt werden. Die wichtigsten Umstellungen für den Individualverkehr werden von Sonntag früh bis Montag früh vorgenommen:

- Die Gumpendorfer Straße wird zwischen der Hofmühlgasse und der Köstlergasse Einbahn in Richtung stadteinwärts, wobei allerdings der Autobus auch in der Gegenrichtung fährt. Für die Autobuslinie "57 A" bleibt also die Streckenführung unverändert.
- Die Hofmühlgasse wird Einbahn von der Mollardgasse bis zur Gumpendorfer Straße.
- Die Esterhazygasse wird im oberen Teil Einbahn von der Gumpendorfer Straße bis zur Mariahilfer Straße.

(Forts.) sc/rr

NNNN

Ab Montag: Mariahilfer Straße stadteinwärts gesperrt (2)

3 Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL)

- Die Köstlergasse wird Einbahn von der Gumpendorfer Straße bis zur Linken Wienzeile.
- Die Damböckgasse wird Einbahn von der Parkgarage bis zur Esterhazygasse.

Die Verkehrslichtsignalanlagen wurden und werden den neuen Verkehrsverhältnissen angepaßt. Neue Verkehrsampeln werden auf der Kreuzung Magdalenenstraße - Corneliusgasse - Kaunitzgasse am 19. Februar, auf der Kreuzung Grabnergasse - Mollardgasse am 20. Februar und auf der Kreuzung Köstlergasse - Linke Wienzeile am 27. Februar, jeweils am späten Abend, in Betrieb genommen. Die Ampel auf der Kreuzung Gumpendorfer Straße - Köstlergasse wird am 13. Februar auf ein neues Schaltprogramm umgestellt.

Ab Betriebsbeginn am Sonntag früh ändern sich die Linienführungen der Autobusse "13 A" und "14 A". Der "13 A" fährt in Richtung Süden die Strecke Neubaugasse - Schadekgasse - Kaunitzgasse - Magdalenenstraße - Mollardgasse - Hofmühlgasse. Neue Stationen gibt es in der Neubaugasse (später in der Schadekgasse) und an der Ecke Kaunitzgasse/Gumpendorfer Straße. Der "14 A" fährt (von der Pilgrambrücke kommend) die Strecke Hofmühlgasse - Gumpendorfer Straße - Amerlingstraße - Schadekgasse - Kaunitzgasse - Magdalenenstraße - Mollardgasse - Hofmühlgasse - Pilgrambrücke und weiter. Neue Stationen gibt es in der Gumpendorfer Straße, in der Amerlingstraße (später in der Schadekgasse) und an der Ecke Kaunitzgasse/Gumpendorfer Straße.

Stadtrat Rautner ersucht die Kraftfahrer, während der Umstellungsphase und in den ersten Wochen nach Einführung der neuen Verkehrsorganisation in diesem Bereich besonders vorsichtig zu fahren und vor allem auf die Fußgänger Rücksicht zu nehmen. Nach einer gewissen Gewöhnungszeit müßte auch dieser Teil der neuen Verkehrsorganisation so gut funktionieren, wie die Erschließungsroute Lindengasse. (Schluß) sc/rr

NNNN

Knapp 22.500 Impfungen gegen Kinderlähmung

Utl.: Rückgang in Bezirksgesundheitsämtern um 58 Prozent

5 =Wien, 7.2. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt 22.463 Impfungen wurden bei den letzten beiden Teilimpfungen gegen Kinderlähmung in den Bezirksgesundheitsämtern vorgenommen, das sind um 30.874 oder 58 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Vor allem an der zweiten Teilimpfung haben sich jedoch erfreulicherweise wieder mehr Wiener beteiligt. Möglichkeiten zum Impfen gibt es noch bei einem weiteren Nachzüglertermin in den Bezirksgesundheitsämtern am Dienstag, dem 18. März und Freitag, dem 21. März, sowie laufend in den Mutterberatungsstellen (bis 12. April), in der Spezialambulanz Gellertgasse 42 (bis 9. April jeweils Mittwoch von 17 bis 19 Uhr) und in der Mutterberatungsstelle 21., Freytaggasse 32 (bis 10. April jeweils Donnerstag von 17 bis 19 Uhr).++++

Nach Ansicht des Gesundheitsamtes der Stadt Wien ist der Rückgang bei den Imp fzahlen unter anderem darauf zurückzuführen, daß ein Großteil der Bevölkerung bereits den Impfschutz besitzt und erst wieder in einigen Jahren eine Auffrischungsimpfung benötigt. Maßgeblich dafür können überdies auch zurückgehende Geburtenzahlen sein. Abgesehen davon gehen jedoch nicht wenige Wiener das unnötige Risiko ein und verzichten auf diese Impfung, die völlig frei von Nebenwirkungen ist.

Wenn es auch in Österreich derzeit keine Kinderlähmungsfälle gibt, besteht doch, vor allem bei Auslandsreisen oder durch Auslandsreisende, weiterhin die Gefahr einer Ansteckung. (Schluß)
and/rr

NNNN

Dänemarks Premier im Rathaus

Utl.: Poul Schlüter trug sich ins Goldene Buch ein

6 Wien, 7.2. (RK-POLITIK) Der dänische Ministerpräsident Poul SCHLÜTER hat anlässlich seines Staatsbesuchs in Österreich am Freitag auch das Wiener Rathaus besucht, wo er von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßt wurde. Poul Schlüter trug sich in das Goldene Buch ein. (Schluß) red/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 10. Februar 1986

Blatt 318

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Förderungen aus der Hochschuljubiläumsstiftung
(grau) Schwimmen und Saunabesuch waren der Jännerhit

Kommunal: Neues aus dem Stadterneuerungsgebiet Margareten-Ost
(rosa) Amtseinführung in der Poliklinik

öVP: Überdurchschnittlich viele Arbeitslose in Wien

Nur

über FS: 7.2. Feuerwehrmann bei Brandeinsatz verletzt
9.2. Ab Montag gelten verlängerte U-Bahn-Betriebszeiten
Wintereinbruch in Wien
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Schneeschaufler im Großeinsatz

.....
Bereits am 8. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Förderungen aus der Hochschuljubiläumsstiftung

Utl.: Bewerbungen bis 31. März

1 =Wien, 8.2. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Von der Hochschuljubiläumsstiftung werden auch 1986 wieder Förderungsmittel vergeben. Bewerbungen müssen bis 31. März im Sekretariat der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5 eingereicht werden.+++

Die Mittel der Stiftung, die 1965 anlässlich des 600jährigen Bestehens der Universität Wien und des 150jährigen Bestehens der Technischen Universität gegründet wurde, sind für wissenschaftliche Projekte, insbesondere der Wiener Hochschulinstitute, bestimmt. In besonderen Fällen können auch wissenschaftliche Vereinigungen, Personengemeinschaften und Einzelpersonen um eine Förderung ansuchen.

Es können nur Anträge berücksichtigt werden, die Forschungsaufgaben in unmittelbarem Sinn umfassen. In den Bewerbungen ist der wissenschaftliche Charakter des betreffenden Projektes darzustellen. Die Bewerbung muß mit folgenden Unterlagen erfolgen: Name des Bewerbers oder der bewerbenden Institution, Adresse, Telefonnummer (bei Einzelbewerbungen Lebenslauf, Bildungsgang, Fachrichtung, bisherige Arbeiten; bei Institutionsbewerbungen analoger Qualifikationsnachweis der vorgesehenen Mitarbeiter), Begründung und Disposition des Vorhabens, Arbeitsdauer, aufgegliederter Kostenvoranschlag und Bekanntgabe sonstiger Förderungsbeiträge anderer Stellen. Die Bewerber müssen ihren Sitz (Wohnsitz) in Wien haben. Die Beschlußfassung über die Zuerkennung der Förderungsmittel obliegt dem Kuratorium der Stiftung, das die Verleihung im November 1986 vornehmen wird. (Schluß) gab/gg

NNNN

.....
Bereits am 9. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schwimmen und Saunabesuch waren der Jännerhit

1 Wien, 9.2. (RK-LOKAL) Die Wiener/innen sind offensichtlich im Jänner vom Schifahren eher auf Schwimmen und Saunieren umgestiegen - die städtischen Hallenbäder verzeichneten jedenfalls mit 160.000 Badegästen ein Plus von 15,3 Prozent gegenüber dem Jänner 1985. Auch bei den Saunabädern gab es mit 86.300 schwitzenden Gästen eine zehnpromzentige Steigerung; und überraschend hatten sogar die Brausebäder 15 Prozent mehr Besucher registriert. (Schluß) hrs/rr

NNNN

Neues aus dem Stadterneuerungsgebiet Margareten-Ost (1)

Utl.: Fischers Fritz fischt in der Pannaschgasse

3 =Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Fischers Fritz fischt in der Pannaschgasse: Die Pannaschgasse liegt mitten im Stadterneuerungsgebiet Margareten-Ost, und Fischers Fritz prangt, von Kindern gemalt, an einer früher unansehnlichen Mauer. Die Pannaschgasse in unmittelbarer Nähe des Stadterneuerungslokals (Margaretenstraße 105) gelegen, wurden zur Wohnstraße erklärt und mit Bäumen, Bänken, einer bunten Mauer und attraktivem Bodenbelag ansprechend ausgestaltet. Derzeit laufen Vorarbeiten zur schrittweisen Neuerstellung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Stadterneuerungsgebiet, und es entstehen auch Konzepte für Innenhofbegrünung und Parkraumschaffung.+++

Mitarbeiter der Gebietsbetreuung berichteten darüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

Zwtl.: Zweitgrößtes Wiener Stadterneuerungsgebiet

Das Stadterneuerungsgebiet Margareten-Ost ist mit 103 Hektar das zweitgrößte in Wien. Hier leben etwas mehr als 23.000 Menschen in etwa 11.700 Haushalten. Die Zahl der Liegenschaften beträgt 1.003, jene der Wohnungen etwas über 13.500. Über ein Drittel der Wohnungen entspricht nicht den heutigen Anforderungen, und auch ein Drittel der Gebäude weist im Sinne der Stadterneuerung (nicht jedoch der baupolizeilichen Bestimmungen) Mängel auf. Erneuerungsmaßnahmen sind also dringend notwendig.

Zwtl.: Wenig Grünflächen

Beträchtlich ist in diesem dichtbebauten Stadtteil auch der Mangel an öffentlich zugänglichen Grünflächen. Die größte öffentlich zugängliche Grünfläche befindet sich am Bacherplatz. Auf jeden Bewohner des Stadterneuerungsgebietes Margareten-Ost entfallen lediglich 0,5 Quadratmeter öffentliches Grün. Ein Projekt für einen neuen Park gibt es im Bereich Mittersteig/Ziegelhofengasse. (Forts.)
and/gg

Neues aus dem Stadterneuerungsgebiet Margareten-Ost (2)

Utl.: Weitere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen

4 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Nach der Pannaschgasse sollen - unter Mitsprache der Bewohner - weitere Bereiche verkehrsberuhigt werden: der an die Pannaschgasse angrenzende Teil des Bacherplatzes, der Bereich zwischen Kirche und Magistratischem Bezirksamt (nach Fertigstellung des "Ananas"-Hotels auf dem Gelände des "Vorwärts"-Verlages), an drei Seiten der Schule Stolberggasse (durch die Wohnstraße Stolberggasse wird auch der Rosenhügel-Radweg führen) sowie bei der Berufsschule Viktor-Christ-Gasse.

Das Stadterneuerungsgebiet Margareten-Ost umfaßt die Hälfte des 5. Bezirkes. Es ist dies der ältere, stetig gewachsene Teil von Margareten rund um den Margaretenplatz. Begrenzt wird das Stadterneuerungsgebiet von Wienfluß, Reinprechtsdorfer Straße, Wiedner Hauptstraße, Nikolsdorfer Gasse, Mittersteig, Neugasse und Kettenbrückengasse. Der Nord-Süd-Durchmesser von "Margareten-Ost" entspricht der Ausdehnung der Inneren Stadt. Das Stadterneuerungs- Informationslokal befindet sich in der Margaretenstraße 105. Es wurde im November 1984 eröffnet und ist telefonisch unter 55 13 82 erreichbar. Die Öffnungszeiten des Lokals: Montag bis Mittwoch 8 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr, Donnerstag 8 bis 12 und 13 bis 18 Uhr, Freitag 8 bis 12 Uhr.

Zwtl.: Wie Studenten die Stadterneuerung sehen

Vorschläge zur sanften und zur radikalen Stadterneuerung wurden von Studenten der Technischen Universität im Rahmen einer Studienarbeit erstellt. Die Ideen für diese zwei Themenbereiche, die für insgesamt vier Baublöcke zu erarbeiten waren, sind im Stadterneuerungslokal zu sehen.

Übrigens: Im Stadterneuerungsgebiet stehen mehrere Naturdenkmäler: Margaretenstraße 103 (Morgenländische Platane und Robinie), Castelligasse 5 (Roßkastanie), Schönbrunner Straße 20 (Robinie), Schloßgasse 15 (Weißer Maulbeerbaum) und Margaretenstraße 89 (Winterlinde). (Schluß) and/gg

Amtseinführung in der Poliklinik

Utl.: Stacher: Kaum ein anderer Betrieb ändert sich so rasch wie
ein Krankenhaus

6 =Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Sozialstadtrat
Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER nahm Montag die Amtseinführung von
Univ.-Prof. Dr. Wolf FASCHING als neuen Leiter der Chirurgischen
Abteilung der Poliklinik vor. Fasching folgt Univ.-Prof. Dr. Robert
KÜHLMAYER, der die Abteilung 20 Jahre lang geleitet hat. Stacher
verwies bei der Amtseinführung darauf, daß es kaum einen anderen
Betrieb gebe, der sich so rasch ändere wie das Krankenhaus. Das
betreffe sowohl die immer neuen diagnostischen und Behandlungs-
Methoden, aber auch die Erfüllung der persönlichen Wünsche der
Patienten.++++

Univ.-Prof. Dr. Fasching war bisher Vorstand der Chirurgischen
Abteilung des Sopienspitals. Er hat mehrere wissenschaftliche
Preise und Auszeichnungen erhalten. (Schluß) and/bs

NNNN

öVP: Überdurchschnittlich viele Arbeitslose in Wien

Utl.: öVP will eigene Landesförderung

7 Wien, 10.2. (RK-KOMMUNAL) In Wien wächst nicht nur die Arbeitslosigkeit rascher als im österreichischen Durchschnitt (plus 9 Prozent gegenüber 7,1 Prozent), die Bundeshauptstadt hat auch den höchsten Anteil an den "Problemgruppen" Frauen, Akademiker und Jugendliche. Das erklärten StR. Wilhelm NEUSSER (öVP) und VP-Landespartei sekretär Ferdinand MAIER Montag in einem Pressegespräch. Als Abhilfe schlugen die beiden Förderungsmaßnahmen des Landes Wien zur Verbesserung des Investitionsklimas sowie ein Weiterbildungsprogramm zur Überwindung von Qualifikationsmängeln vor.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit sei in Wien besonders drängend, meinte Neusser. Im Vorjahr habe es fast 24 Prozent mehr Arbeitslose zwischen 19 und 25 Jahren gegeben als im Jahr davor. In dieser Gruppe sei auch der Anteil der "verdeckten Arbeitslosigkeit" besonders hoch, weil Maturanten und Studienabgänger nicht bei den Arbeitsämtern gemeldet seien, erklärte Neusser.

Wien solle nicht darauf warten, daß der Bund aktiv werde, meinte Maier, sondern in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Sozialpartnern ein Programm initiieren, das neue Berufsfelder erschließt, Arbeitslose für neue Facharbeiterplätze qualifiziert und vor allem Jugendlichen ermöglicht, den neuen Technologien besser gerüstet gegenüberzutreten. (Schluß) wfo/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 11. Februar 1986

Blatt 325

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Fotoimpressionen im Bezirksmuseum Döbling
(grau)

Politik: Zilk: Wien bietet NÖ-Hauptstadt zum Nulltarif
(rosa)

Kommunal: Stadtsenat beschließt Reduktion des Gastarifes
(rosa) um 4,5 Prozent
Zilk: Neuregelung beim Schienenstraßenparkverbot
Wiener Arbeitsmarkt besser als im Bundesdurchschnitt
Neues Informationskonzept der Stadt Wien

Lokal: Erster mobiler Rodelhügel Wiens
(orange)

Nur

über FS: 10.2. Zimmerbrand im 10. Bezirk
11.2. Moderne Herzchirurgie im Krankenhaus Lainz
Schneeräumung weiterhin im Großeinsatz

.....
Bereits am 10. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Fotoimpressionen im Bezirksmuseum Döbling

8 =Wien, 10.2. (RK-LOKAL) Fotoimpressionen von Dr. Heinz BAIER sind ab 11. Februar im Bezirksmuseum Döbling in der Villa Wertheimstein, 19., Döblinger Hauptstraße 96, zu sehen. Bezirksvorsteher Adolf TILLER eröffnet die Ausstellung am 11. Februar um 19 Uhr. Sie ist dann bis 2. März jeweils Dienstag, Donnerstag und Samstag von 16.30 bis 18.30 Uhr, sonntags von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.++++

Im Rahmen dieser Ausstellung findet am Dienstag, dem 18. Februar, um 19 Uhr, ein musikalisch-literarischer Abend statt. Richard HELMER liest aus seinem Lyrik-Band "Frühe Sonne - Lange Schatten", Christine SCHMEISER spielt Renaissance-Musik auf der Gitarre. (Schluß) and/rr

NNNN

Stadtsenat beschließt Reduktion des Gastarifes um 4,5 Prozent
2 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat genehmigte
Dienstag einen Antrag der Wiener Stadtwerke-Gaswerke auf Senkung des
Gastarifes um 4,5 Prozent. Der Tarif wird rückwirkend per 1. Jänner
1986 wirksam. Der Gastarif für Haushalte beträgt somit 575,77
Groschen pro Kubikmeter (bisher 602,90 Groschen pro Kubikmeter). Der
Tarif für Gewerbe und Industrie wurde mit 554,44 Groschen pro
Kubikmeter neu festgesetzt (bisher 580,57 Groschen pro Kubikmeter).
Diese Tarife sind ohne Umsatzsteuer angegeben. Für die Abnehmer
bedeutet die Tarifreduzierung eine Einsparung von rund 250 Millionen
Schilling im heurigen Jahr, erklärte Energiestadtrat Johann HATZL.

Gleichzeitig mit dem neuen Tarif wird eine kundenfreundlichere
Gestaltung der Strom- und Gasabrechnung von Kilowattstunden auf
Kubikmeter erfolgen. Die Umstellung von Kilowattstunden auf
Kubikmeter im Verrechnungssystem wurde von der Preisbehörde
genehmigt. Die Tarifreduzierung erfolgte auf Grund einer Kalkulation
der Wiener Gaswerke in Folge der Absenkung der Erdgaseinstandspreise.
(Schluß) lei/bs

NNNN

Erster mobiler Rodelhügel Wiens

3 Wien, 11.2. (RK-LOKAL) Weil es gerade im innerstädtischen Bereich kaum Möglichkeiten zum Anlegen einer Rodelstraße gibt und auch nicht alle Parkanlagen über geeignete Hügel verfügen, ist seit heute Dienstag im Schönbornpark in der Josefstadt der erste mobile Rodelhügel in Betrieb. Das teilte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. Die mobilen Rodelhügel, die aus Strohlballen und Schnee bestehen und vom Stadtgartenamt betreut werden, sollen, falls sie bei den Kindern erfolgreich sind, auch in anderen Parks aufgestellt werden. (Schluß)
hrs/gg

NNNN

Zilk: Neuregelung beim Schienenstraßenparkverbot

Utl.: keine Fahrt mit Sommerreifen

6 =Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Zwei für die Schneeräumung und für die Autofahrer/innen wesentliche Neuregelungen kündigte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch an: Eine Verordnung, die - sollte der Appell an die Autofahrer auf Winterreifen umzurüsten, nichts nützen - bei starkem Schneefall das Autofahren mit Sommerreifen verbietet, und eine Neuregelung des Schienenstraßenparkverbots, um das wechselweise Schneeräumen in den Straßen zu ermöglichen.++++

Gleichzeitig appellierte Zilk an die Autofahrer, bei der derzeitigen Witterung das Fahren mit Sommerreifen einzustellen und auf Winterreifen umzurüsten. Sollte diese Aufforderung allerdings keine Früchte tragen, dann werde für den kommenden Winter eine entsprechende Winterreifen-Verordnung kommen.

Die zweite Änderung betrifft das Schienenstraßenparkverbot. Um die Schneeräumung in Schienenstraßen zu erleichtern, soll ab dem kommenden Winter bei starkem Schneefall ein wechselweises Schienenstraßenparkverbot erlassen werden. Nach Verlautbarung durch das Land Wien soll dann an geraden Tagen nur auf der Straßenseite mit geraden Nummern, an ungeraden Tagen auf jener mit den ungeraden Nummern geparkt werden dürfen. Damit wird, wie Umweltstadtrat Helmut BRAUN betonte, die winterliche Schneeräumung in diesen Straßen erleichtert, da sie wechselweise erfolgen kann.

Im Rahmen des Pressegespräches wies Zilk auch darauf hin, daß derzeit 700 Mitarbeiter der MA 48 und 1.439 vorübergehend aufgenommene Schneearbeiter im Einsatz sind. Zilk betonte, daß selbstverständlich noch weitere Schneearbeiter aufgenommen werden.
(Schluß) hrs/rr

NNNN

Wiener Arbeitsmarkt besser als im Bundesdurchschnitt

7 =Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Die derzeitige Arbeitsmarktsituation in Wien ist, wie meistens in den Wintermonaten, besser als im Bundesdurchschnitt, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Ende Jänner waren in Wien 39.767 Personen als arbeitslos gemeldet, die Wiener Arbeitslosenrate betrug 5,1 Prozent. Im österreichischen Durchschnitt verzeichnete man dagegen Ende Jänner eine Arbeitslosenrate von 7,1 Prozent.+++

Nach wie vor ist der Wiener Arbeitsmarkt von der paradoxen Situation "Mehr Arbeitsplätze, mehr offene Stellen, aber auch mehr Arbeitslose" gekennzeichnet, betonte Mayr. Die Zahl der Arbeitsplätze nahm im heurigen Jänner in Wien um rund 6.000 auf 726.186 zu. Die Zahl der offenen Stellen erhöhte sich um rund 1.000 auf 4.847. Die Zahl der Arbeitslosen stieg jedoch auch um mehr als 2.000 auf 39.767 an.

Die Situation bei den arbeitslosen Jugendlichen ist in Wien etwas günstiger als im österreichischen Durchschnitt. In Wien sind rund 20 Prozent der Arbeitslosen Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, im österreichischen Durchschnitt sind bereits 38 Prozent der Arbeitslosen Jugendliche. Entspannt hat sich die Situation bei den Lehrstellensuchenden: Ende Jänner gab es in Wien 510 Lehrstellensuchende, um rund 100 weniger als im Jänner 1985.

Abschließend meinte Mayr zur Wiener Arbeitsmarktsituation, langfristig ergebe sich die Problematik, daß sich die Wiener Situation an den Bundesdurchschnitt annähere. Die Sozialistische Partei hat daher, so Mayr, bereits im Dezember die rasche Inangriffnahme einer wirtschaftspolitischen Offensive für Wien beschlossen. Kernpunkt dieser Offensive ist der Bau der Staustufe Wien, der Bau eines Wiener Zentralbahnhofes, die Forcierung der Stadterneuerung und die Bewerbung um eine Weltausstellung. (Schluß)

sei/bs

Zilk: Wien bietet Nö-Hauptstadt zum Nulltarif

Utl.: Telegramm an Landeshauptmann Ludwig

8 Wien, 11.2. (RK-POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK griff heute, Dienstag, einen Vorschlag der "Bürgerinitiative Niederösterreich" zum Thema einer eigenen niederösterreichischen Landeshauptstadt auf, der ihm gestern brieflich übermittelt worden war. "Wenn es das Selbstverständnis Niederösterreichs verlangt, macht Wien an Niederösterreich das Angebot einer Landeshauptstadt zum Nulltarif," erklärte Zilk in seinem wöchentlichen Pressegespräch. Denkbar sei etwa eine Art "Vatikanlösung" für Gebäude der niederösterreichischen Landesregierung und weiterer niederösterreichischer Einrichtungen in der Wiener Innenstadt. Zilk sandte heute ein Telegramm an Landeshauptmann Siegfried LUDWIG, in dem er ihm die Gesprächsbereitschaft Wiens über diesen Vorschlag mitteilte.

Vizebürgermeister Hans MAYR zeigte sich besorgt, daß die Gründung einer eigenen niederösterreichischen Hauptstadt außerhalb Wiens eine negative Signalwirkung haben könnte - nämlich in die Richtung, daß die beiden Länder nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung der strukturellen Probleme in der Ostregion zu entwickeln. (Schluß) chr/rr

NNNN

Neues Informationskonzept der Stadt Wien

9 -Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) Das neue Informationskonzept der Stadt Wien stellten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters vor. Wie Zilk betonte, werde durch die Umstrukturierung im Bereich der Informationsarbeit Geld eingespart, und gleichzeitig die Möglichkeit besserer und umfassenderer Information geboten. Die neue Zeitung "Unser Wien" soll jedoch keine Vorwegnahme der Information an die Massenmedien sein, sondern diese ergänzen und das bringen, was in den Zeitungen aus Platzmangel keinen Raum finden kann. "Wien aktuell magazin" wird in Zukunft eine geistig-literarische Linie - ähnlich der Tiroler Kulturzeitschrift "fenster" - erhalten und jungen Wiener Literaten/innen die Möglichkeit bieten, zu Wort zu kommen. Stadtrat Braun wies darauf hin, daß das Informationsbedürfnis der Menschen gestiegen ist. Diesen Anforderungen wird mit dem neuen Informationskonzept entsprochen. Zusätzlich werden dadurch die Kosten des PID real um fünf Prozent sinken.++++

Das neue Informationskonzept sieht folgende wesentliche Änderungen vor:

- o Die Postwurfsendungen "Wien unsere Stadt", die bisher fünf- bis sechsmal jährlich erschienen sind, werden jetzt - nach Bedarf - bis zu 18mal jährlich in die Wiener Haushalte verschickt. Billigere Produktionstechniken (Zeitungspapier statt Hochglanz, auch Schwarz-Weiß-Seiten, etc.) ermöglichen trotz öfterem Erscheinen gleiche Kosten.
- o Die Betriebszeitung "wien aktuell Wochenblatt" wird von wöchentlicher Erscheinungsweise auf jetzt 21mal jährlich reduziert (Kostensparnis ca. zwei Drittel, weil auch geringere Seitenanzahl).
- o Das "Amtsblatt der Stadt Wien" wird übersichtlicher gestaltet und so weit wie möglich von nicht Notwendigem "ausgeräumt", (Erscheinungsweise wie bisher wöchentlich, Kostensparnis durch geringere Seitenanzahl.)
- o "Wien aktuell magazin" wird nicht wie bisher sechsmal, sondern jetzt viermal als "Stadtsaison-Illustrierte" erscheinen. Inhaltlich wird der Kultur- und Kunstbereich erweitert und auch eine Kooperation mit der Wirtschaft angestrebt (dadurch Kostenersparnis)
- o Ausstellungen und Veranstaltungen werden in geringerem Ausmaß als bisher stattfinden (Kostensparnis auch hier).
- o Inserate werden so wie bisher in den verschiedenen Journalen und Zeitschriften geschaltet. Zusätzlich ab März 1986 sollen auch in den Tageszeitungen - nach Bedarf - Inseratenseiten geschaltet werden. Die genauen Kosten können daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genannt werden. (Schluß) ger/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Mittwoch, 12. Februar 1986

Blatt 333

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:
(rosa)

Terminvorschau vom 13. bis 23. Februar
Bäderpreise werden um 20 Prozent erhöht
Moderne Herzchirurgie im Krankenhaus Lainz

Lokal:
(orange)

Familiensonntag mit Erich Schleyer
Schienenparkverbot unerlässlich
Wintersportfreuden in Wien

Nur
über FS:

"Kampf gegen den Schnee" wird fortgesetzt
Kindesleiche in Hauptkläranlage

Familiensonntag mit Erich Schleyer

1 Wien, 12.2. (RK-LOKAL) Bereits seit Ende Jänner läuft der Kartenvorverkauf für ein Programm, das Erich SCHLEYER im Rahmen des Familiensonntags am 23. Februar im Raimundtheater präsentiert. Karten für die Vorstellung im renovierten Raimundtheater gibt es an der Tageskasse. Die Preise sind ebenso familienfreundlich gestaltet wie die Sitzordnung im Theater: Die vorderen Sitzreihen sind den Kindern vorbehalten. (Schluß) jel/bs

NNNN

Terminvorschau vom 13. bis 23. Februar (1)

2 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 13. bis 23. Februar hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

DONNERSTAG, 13. FEBRUAR:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bauten
- 10.00 Uhr, Eröffnung der Studien- und Berufsinformationsmesse; Zilk, Dallinger, Moritz, Fischer (Rathaus, Volkshalle)
- 12.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

FREITAG, 14. FEBRUAR:

- 10.00 Uhr, Ehrenmedaillenüberreichung an Alfred Böhm, Prof. Walter Davy, Ernst Track; Zilk (Steinsaal, Rathaus)
- 11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

MONTAG, 17. FEBRUAR:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend und Familie
- 11.00 Uhr, Ehrenmedaillenüberreichung an Judith Holzmeister, Inge Konradi, Liselotte Maikl; Mrkvicka (Steinerner Saal, Rathaus)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 18. FEBRUAR:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheit und Soziales
- 14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 19. FEBRUAR:

- 10.00 Uhr, Presseführung "Otto Nirenstein-Kallir, ein Wegbereiter der österreichischen Kunst" (Historisches Museum)
 - 19.00 Uhr, Pressekonferenz Mayr (Wiener Holding)
- (Forts.) red/rr

NNNN

Terminvorschau vom 13. bis 23. Februar (2)

3 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL)

DONNERSTAG, 20. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Überreichung von Rettungsmedaillen; Seidl
(Steinerner Saal, Rathaus)

10.00 Uhr, Eröffnung Kindertagesheim; Smejkal (19, Radelmayer-
gasse 8)

11.00 Uhr, Ausstellungseröffnung VAMED "90 Jahre Röntgenstrahlen",
(VAMED-Info Center, 9, Währinger Gürtel, gegenüber
der Neurochirurgischen Universitätsklinik)

FREITAG, 21. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

13.00 Uhr, Überreichung Prof. Dr. Julius-Tandler-Medaille an
Pflegeeltern; Smejkal (Steinerner Saal, Rathaus)

SONNTAG, 23. FEBRUAR:

Familiensonntag

(Schluß) red/rr

NNNN

Bäderpreise werden um 20 Prozent erhöht (1)

Utl.: Verbesserung für Senioren und Studierende

4 =Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) "Die städtischen Bäder sind eine für die Bevölkerung wichtige Einrichtung und können daher nicht gewinnorientiert oder auch nur kostendeckend arbeiten. Da nun jedoch zahlreiche Einrichtungen zur Attraktivierung der Bäder geschaffen wurden und in den viereinhalb Jahren seit der letzten Tarifierhöhung entsprechende Kostenerhöhungen eingetreten sind, sollen nun auch die Eintrittspreise für die städtischen Bäder ab 1. April 1986 um durchschnittlich zwanzig Prozent erhöht werden. Die städtischen Bäder sind damit aber natürlich weiterhin billiger als andere vergleichbare Anlagen". Das betonte Bäderstadtrat Helmut BRAUN Mittwoch gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zur geplanten Bäderpreiserhöhung.+++

Die neuen Bäderpreise müssen erst von den zuständigen Gremien beschlossen werden. Die städtischen Bäder sind für die Gesundheit und die Freizeitgestaltung der Wiener/innen eine wichtige Einrichtung. Sie müssen daher auch weiterhin erschwinglich bleiben. Andererseits wurde die Kostendeckung - wobei die kommunalen Bäder ohnehin nie kostendeckend geführt werden können; dafür müßten nämlich die Einnahmen um 283 Millionen, das sind knapp dreihundert Prozent, erhöht werden - immer geringer: von 24 Prozent im Jahr 1981, dem Jahr der letzten Preiserhöhung, sank sie auf knapp 17 Prozent im Jahr 1985.

Mit der kommunalen Tarifreform, die nun vorgeschlagen wird, sollen aber auch die vielen verschiedenen Eintrittspreise - speziell bei den mit einem Sommerbad kombinierten Hallenbädern - einheitlicher werden. Die wesentlichen Neuerungen:

o Eintrittspreise für Hallenbäder und Sommerbäder werden gleichgestellt. Damit entfällt bei den mit Schwimmhallen als Kombinationsbäder geführten Sommerbädern die Umstellung der Bäderpreise - es gelten dafür aber auch die in den Hallenbädern beliebten ermäßigten Reihenkarten für die Sommerbäder. Die Eintrittspreise in den Hallenbädern werden um 10 Schilling (+25 Prozent) für Kabinen, fünf Schilling (+20 Prozent) für Kästchen, bei Jugendlichen um drei (+20 Prozent) und bei Kindern um zwei (+20 Prozent) erhöht.

Die Preise: Schwimmhalle (identisch mit den Eintrittspreisen für Sommerbäder) Einzelkarten 50 Schilling, Reihenkarte mit fünf Stück 200 Schilling; Kästchen 30 Schilling, Reihenkarte 120 Schilling; Eintritt für Jugendliche 18, für Kinder 12 Schilling.

(Forts.) hrs/bs

Bäderpreise werden um 20 Prozent erhöht (2)

5 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) In den Sommerferien gilt natürlich wieder der freie Eintritt für Kinder an jedem Mittwoch und Sonntag in den Sommerbädern, Jugendliche zahlen an diesen Tagen den Kindertarif.

o Beim Bäderpaß wird nun nur noch eine für alle Sommer- und Hallenbäder gültige Karte ausgegeben, da sich die Beschränkung ("kleiner Bäderpaß", gültig nur für Hallenbäder) bei den Kombi-Bädern unangenehm ausgewirkt hat. Die Preise für den großen Bäderpaß bleiben mit 1.200 Schilling für 12, bzw. 750 Schilling für sechs Monate unverändert (Jugendliche: 600 bzw. 350 Schilling, Kinder 350 bzw. 200 Schilling).

o Eine wesentliche Erweiterung der Begünstigungen (verbilligter Eintritt) wird ebenfalls kommen: Auch Studierende an den Pädagogischen Akademien, Akademie für Sozialarbeit usw. sind in Zukunft einbezogen und können bis zum 27. Lebensjahr mit der Jugendkarte in die Hallen-, Sommer- und Saunabäder (bisher war dies nur für Hörer der Universitäten und Hochschüler möglich, auch galt es bisher nicht für die Sauna).

Für alle Senioren ab dem vollendeten 60. Lebensjahr wird in den Hallenbädern zu den für die Senioren reservierten Zeiten der Ermäßigungstarif gelten. Dieser Tarif wird auch an bestimmten festgesetzten Tagen zwischen Betriebsbeginn und 15.30 Uhr in Saunabädern gelten.

o Die neuen Saunatarife: Sauna kombiniert mit Schwimmhalle - Kabine 115 statt 100, Reihenkarte mit fünf Stück 490 statt 400, Kästchen 95 statt 80 und Reihenkarte 400 statt 320 Schilling (Jugendliche, Kinder 60 statt 45 Schilling). Sauna ohne Schwimmhalle (in den Saunabädern in ehemaligen Tröpferlbädern): Kästchen 85 statt 70 Schilling, Reihenkarte 360 statt 280 Schilling, Jugendliche und Kinder 55 statt 40 Schilling.

"Ich weiß, daß eine Preiserhöhung um zwanzig Prozent hoch erscheint und sicherlich Kritik finden wird. Dennoch liegt aber der Besuch der städtischen Bäder weit unter den Kosten, die für eine Stunde bei anderen Sportarten gerechnet werden muß. Da die Personalkosten in dem Zeitraum seit der letzten Tarifierhöhung um 33 Prozent, die Gebühren für Wasserver- und entsorgung um 120 Prozent, die Baukosten um 27 Prozent, die Energiekosten um 7 Prozent gestiegen sind und dazu noch Kostenerhöhungen bei der Mehrwertsteuer kamen, müssen die Bäderpreise nun angehoben werden, um die ständige Vergrößerung des Betriebsabganges zu stoppen." (Forts.) hrs/bs

Bäderpreise werden um 20 Prozent erhöht (3)

6 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) "Die Stadt hat dabei aber selbstverständlich darauf zu achten, daß der Besuch der städtischen Bäder auch weiterhin erschwinglich bleibt", sagte Braun abschließend.

Die neuen Bädertarife sollen am Freitag im Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst und anschließend im Gemeinderat beschlossen werden. (Schluß) hrs/rr

NNNN

Moderne Herzchirurgie im Krankenhaus Lainz (1)

Utl.: Herz- und Gefäßkrankheiten häufigste Todesursachen

8 =Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Das Krankenhaus Lainz verfügt seit kurzem über eine der modernsten Herzchirurgien Wiens. An der 1. Chirurgischen Abteilung (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Helmuth DENCK) wurde mit einem Kostenaufwand von insgesamt 19,6 Millionen Schilling ein zusätzlicher Operationsbereich geschaffen, der es nunmehr ermöglicht, die Zahl der Herzoperationen wesentlich zu erhöhen. Wurde bisher rund ein Fünftel aller Herzoperationen Wiens in dieser Abteilung durchgeführt, wird sich der Anteil künftighin auf etwa ein Drittel erhöhen. Mittwoch wurde die neugeschaffene Einrichtung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegespräches vorgestellt.++++

Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher gehören Herz- und Gefäßkrankheiten weltweit und auch in Österreich zu den häufigsten Todesursachen. So starben im Jahr 1984 in Wien 8.899 Personen an Herzerkrankungen und 4.610 an diversen Gefäßkrankheiten. Dementsprechend hat auch die Gefäß- und Herzchirurgie in den letzten Jahren an Bedeutung stark zugenommen.

Zwtl.: Steigende Patientenfrequenz

Die 1. Chirurgische Abteilung, in der vor einigen Jahren Europas modernstes gefäßchirurgisches Zentrum eingerichtet wurde (Kosten 30,8 Millionen Schilling), verfügt gegenwärtig über acht Stationen mit 154 Betten. Neben der Allgemein Chirurgie und der Lungenchirurgie bilden gerade in den letzten Jahren die Herzchirurgie und die Gefäßchirurgie besondere Schwerpunkte. Im Rahmen der ambulanten Patientenversorgung stehen eine allgemein-chirurgische und unfallchirurgische Ambulanz, eine gefäßchirurgische Ambulanz, eine Ambulanz für chirurgische Erkrankungen der Lunge und eine weitere für Erkrankungen des Enddarmes zur Verfügung. (Forts.)
zi/rr

NNNN

Moderne Herzchirurgie im Krankenhaus Lainz (2)

Utl.: 5.000 Operationen, 30.000 ambulante Patienten

9 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Trotz des durch die Umbauarbeiten bedingten, eingeschränkten Betriebes wurden im vergangenen Jahr rund 5.000 Operationen durchgeführt. Davon waren 200 Operationen am offenen Herzen und 150 Schrittmacherimplantationen, sowie 150 Lungenresektionen. Die übrigen Operationen teilten sich auf Allgemein- und Gefäßchirurgie auf. Die Zahl der Operationen am offenen Herzen werde sich in den 90er Jahren auf das Drei- bis Vierfache erhöhen, erklärte Univ.-Prof. Dr. Denck. Die Ambulanzen der 1. Chirurgischen Abteilung wurden im Jahr 1985 von nahezu 30.000 Patienten frequentiert. Was die Altersstruktur der Patienten betrifft, so liegt diese zwischen 30 und 75 Jahren, wobei es sich bei den meisten Herzoperierten um ca. 50jährige Patienten handelt. Mit ein bis zwei Prozent ist die Mortalität relativ niedrig.

Nahezu 20 Prozent der behandelten Patienten stammen aus anderen Bundesländern.

Zwtl.: Kurze Verweildauer

Aufgrund der engen Zusammenarbeit mit der 4. Medizinischen Abteilung (Kardiologie) - Vorstand Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ENENKEL - ist die Verweildauer von herzoperierten Patienten relativ kurz. Der Patient wird im Rahmen der Kardiologie untersucht bzw. auf die Operation vorbereitet und nach zumeist 48stündigem Aufenthalt in der chirurgischen Abteilung zur weiteren Behandlung wieder in die kardiologische Abteilung verlegt. Laut Professor Enenkel werden heuer 700 Herzkatheteruntersuchungen durchgeführt, wovon jeder zweite bis dritte Patient entweder am Herzen operiert oder eine Ballerweiterung der Kranzgefäße erhalten wird. (Forts.) zi/rr

NNNN

Schienenparkverbot unerläßlich

10 Wien, 12.2. (RK-LOKAL) Trotz der extremen Witterung kommt es im öffentlichen Verkehr nur bei Straßenbahnen zu Verspätungen. Doch auch diese müßten nicht sein: Hauptschuld daran, daß Straßenbahnen oft unpünktlich unterwegs sind, tragen Autofahrer, die das Schienenparkverbot nicht einhalten. Bekanntlich gilt dieses vom 14. Dezember bis 31. März in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr früh. Davon ist übrigens auch die Versuchsstrecke der Linie "41" im Bereich Währinger Straße im 9. und 18. Bezirk, Gentzgasse und Gersthofer Straße betroffen. Dort besteht, wie einer Zusatztafel zu entnehmen ist, bei Schneelage ein Halteverbot. Stadtrat Johann HATZL appelliert an alle Autofahrer, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. (Schluß) ull/rr

NNNN

Wintersportfreuden in Wien

11 Wien, 12.2. (RK-LOKAL) Gewaltige Schneemassen und heftige Verwehungen machen die zahlreichen Wintersporteinrichtungen in Wien derzeit nur begrenzt benützbar. So muß wegen der Schneelage davon abgeraten werden, die Rodelbahnen in der Löwygrube auf dem Laaerberg und auf dem Gallitzinberg zu befahren. Derzeit haben auch nur die Langlaufloipen 2, Prater, 17, Schwarzenbergpark und 22, Donaupark eine gute Spur, auf den übrigen Loipen 10, Laaer Berg, 16, Steinhofgründe, 19, Am Cobenzl, 21, Donauinsel Nord und 22, Donauinsel Süd wird man erst in den nächsten Tagen wieder dahingleiten können.

In gutem Zustand befindet sich dagegen die Piste auf der Hohen Wand Wiese. Der Lift ist täglich zwischen 10 und 22 Uhr in Betrieb. Die Himmelhofwiese wird am Wochenende geöffnet, der Lift fährt dann Samstag und Sonntag von 10 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit. Offen für alle Rodler sind auch die Rodelstraßen 7, Ulrichsplatz, 12, Schwenkgasse, 15, Eduard Sueß-Gasse, 15, Mareschgasse, 18, Edmund Weiß-Gasse und 18, Leschetitzkygasse. (Schluß) wfo/rr

NNNN

Moderne Herzchirurgie im Krankenhaus Lainz (3)

Utl.: Rehabilitationszentrum urgiert

12 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Univ.-Prof. Dr. Denck verwies darauf, daß die Herzchirurgie nahezu ausschließlich bei den Erwachsenen angewendet werde. Es gibt nun vier Operationssäle, sodaß die Zahl der Herzoperationstage pro Woche erhöht werden kann. Das Gros der Herzoperationen betrifft Bypassoperationen (90 Prozent der Fälle), wovon jede einen Aufwand von 150.000 bis 200.000 Schilling erfordert. Den geringeren Teil nehmen Herzklappenoperationen ein, wovon jede mit einem Aufwand von 600.000 Schilling verbunden ist, erklärte Oberarzt Dr. Klaus Kubiena. Demgegenüber stehen die Verpflegungskostensätze von 864 Schilling pro Tag seitens der Sozialversicherung.

Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher urgierte neuerlich die Einrichtung lokaler Rehabilitationszentren vor allem für Wiener Patienten. Den großen Spitälern sollten Rehabilitationsabteilungen angegliedert werden, die billiger wären als die Errichtung eines neuen Rehabilitationszentrums, weil im Umfeld des Spitals dessen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Wichtig wären vor allem Einrichtungen zur neurologischen Rehabilitation. (Schluß) zi/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 13. Februar 1986

Blatt 345

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Goldenes Ehrenzeichen für Hans Koller

Kommunal:
(rosa)

Das kommunale Wohnbauprogramm 1986 bis 1988
Informationssystem "Straße und Verkehr" wird
erweitert

Fürst: Wiener Katastrophenschutz besteht nur aus
Ankündigungen

Zilk: Wien ist das Bildungszentrum Österreichs
Katastrophenschutzaktivitäten gerade in
letzter Zeit verstärkt

Lokal:
(orange)

Schneeräumungs-Schwerpunktaktion in
Schienenstraßen

Nur
über FS:

Lagerhallenbrand in Meidling
Überreichung des Michael-Viszanik-Preises an
Dr. Peter Huemer
Telefonarbeiten beim Franz-Josef-Spital
Lagerhallenbrand in Meidling

NNNN

.....
Bereits am 12. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Goldenes Ehrenzeichen für Hans Koller

14 Wien, 12.2. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Mittwoch im Wiener Rathaus dem Jazzmusiker und Komponisten Hans KOLLER das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Koller, der am 12. Februar 1921 geboren wurde - er feierte also seinen 65. Geburtstag - hat dem Jazz in Wien bereits in den ersten Nachkriegsjahren mit dem "Hot Club Vienna" wichtige Impulse gegeben. In den 50er und 60er Jahren lebte Koller in Deutschland, wo er zu einem der bekanntesten Jazzmusiker Europas wurde. Er spielte u.a. mit Dizzy Gillespie, Stan Kenton, Benny Goodman, Friedrich Gulda und Joe Zawinul. Seit 1970 lebt Koller, der für seine Ehrung mit einem Saxophonsolo dankte, wieder in Wien.
(Schluß) gab/bs

NNNN

Das kommunale Wohnbauprogramm 1986 bis 1988 (1)

Utl.: Endgültige Trendwende zur Stadterneuerung

3 =Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Im kommunalen Wohnbau der Bundeshauptstadt ist die Trendwende zur Stadterneuerung endgültig vollzogen. Stadterneuerungsprojekte - kleinere Bauvorhaben im gewachsenen Stadtgebiet, vor allem Baulückenverbauungen - dominieren wie nie zuvor im Wohnbauprogramm der Jahre 1986 bis 1988, das Mittwoch nachmittag auf Antrag von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN vom Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung beschlossen wurde.

Zwtl.: Revitalisierung Karmeliterviertel, "Arik-Brauer-Haus"

Einen lokalen Schwerpunkt im neuen Wohnbauprogramm bildet das Stadterneuerungsgebiet Karmeliterviertel mit sechs Neubau- und drei Revitalisierungsprojekten auf der Grundlage des Architektenwettbewerbs im vergangenen Jahr. Als Bauplatz für das geplante Arik-Brauer-Haus ist die Gumpendorfer Straße 134-136 im 6. Bezirk in Aussicht genommen. Im 22. Bezirk, im Bereich Stundlgasse/Pogrelzstraße, ist eine Reihenhaussiedlung geplant.++++

Mit dem Gemeinderatsbeschluß über das Wohnbauprogramm wird der Magistrat ermächtigt, die notwendigen Vorarbeiten einzuleiten: Für die Baudurchführung ist dann für jedes einzelne Projekt noch ein separater Beschluß notwendig.

Die Projekte des Wohnbauprogramms 1986 bis 1988 im einzelnen (Revitalisierungsprojekte scheinen in dieser Liste nur auf, wenn sie in engem Zusammenhang mit einem benachbarten Neubau stehen):

2, Stadterneuerungsgebiet Karmeliterviertel

Im Werd 4

Im Werd 8 - Leopoldsgasse 24

Im Werd 15

Große Schiffgasse 32

Hollandstraße 11

Malzgasse 1 - Miesbachgasse 2

Im Werd 17 (Revitalisierung)

Große Schiffgasse 30 (Rev.)

Malzgasse 3 - Miesbachgasse 4 (Rev.)

(Forts.) ger/rr

Das kommunale Wohnbauprogramm 1986 bis 1988 (2)

- 4 Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL)
 - 3, Kundmannngasse 35 (Rev.)
 - 3, Kundmannngasse 37
 - 3, Markhofgasse 5-9, 11-17
 - 6, Gumpendorfer Straße 134-136
 - 10, Herzgasse 15-19 - Erlachplatz 9
 - 11, Münnichplatz 2 - Dreherstraße
 - 11, Oberleitengasse - Trinkhausstraße
 - 12, Hetzendorfer Straße 15-19
 - 12, Mandlgasse 25-27
 - 16, Abelegasse 14-16
 - 16, Weyprechtgasse 7
 - 18, Abt Karl-Gasse 14
 - 19, Obkirchergasse 14 - Leidesdorfgasse
 - 22, Stundlgasse - Pogrelzstraße
 - 23, Draschestraße 70-72
- (Schluß) ger/rr

NNNN

Informationssystem "Straße und Verkehr" wird erweitert

Utl.: Bautenausschuß beschloß wichtige Projekte

6 =Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Das Informationssystem "Straße und Verkehr", das derzeit von der Stadt Wien aufgebaut wird, wird erweitert und verbessert. Ein Schwerpunkt der Projekterweiterung ist der schrittweise Aufbau eines Leitungskatasters, also eines Verzeichnisses aller Ver- und Entsorgungsleitungen im Straßenraum. Wichtig ist auch, daß Grundlagen für die Sanierung des Kanal- und des Wasserleitungsnetzes erstellt werden. Die graphische Datenverarbeitung wird es ermöglichen, die Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich weiter zu verbessern. Der Gemeinderatsausschuß für Bauten bewilligte Donnerstag eine Erhöhung der für die Vermessungs- und Erhebungsarbeiten vorgesehenen Mittel von 27 auf 62 Millionen Schilling. Bis einschließlich 1985 wurden bereits rund 16 Millionen Schilling aufgewendet, weitere 46 Millionen Schilling kosten diese Arbeiten bis 1991.++++

Außerdem genehmigte der Bautenausschuß unter anderem den Bau von zwei neuen Erschließungsstraßen für das Betriebsbaugebiet Aldergründe in Favoriten um rund 7,5 Millionen Schilling und den Bau von Erschließungsstraßen für die neue Wohnhausanlage in der Pretschgasse in Simmering um rund 4,6 Millionen Schilling. (Schluß)
sc/rr

NNNN

Schneeräumungs-Schwerpunktaktion in Schienenstraßen (1)

9 =Wien, 13.2. (RK-LOKAL) Seit dem vergangenen Wochenende sind in Wien 31 cm Schnee gefallen. Die Mitarbeiter der MA 48 und der Privatfirmen sind seit dieser Zeit ununterbrochen im Dienst, um den Schnee - zuerst auf den Hauptverkehrsrouten, dann in Nebengassen - wegzuräumen. An manchen neuralgischen Punkten (Engstellen) gibt es jedoch immer noch Behinderungen. Die Stadt Wien - Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, Stadtwerke-Generaldirektion überhaupt, MA 28, Büro für Sofortmaßnahmen, Feuerwehr, MA 48 usw. - starten daher ab sofort eine Schwerpunktaktion, bei der mit Hilfe wechselseitiger Halteverbote zunächst in Schienenstraßen der Schnee an den "kritischen Punkten" rationeller und rascher entfernt werden soll. Umweltstadtrat Helmut BRAUN informierte darüber Donnerstag. Das Straßenbahnnetz in Wien umfaßt rund 250 Kilometer. Zehn Kilometer davon sind - vor allem in den Innenbezirken - kritische Stellen: Engstellen, an denen gerade ein Pkw neben der Straßenbahn Platz hat. Da jedoch diese Stellen, wie etwa in der Josefstädter Straße, durch eingeschneite parkende Autos noch zusätzlich beeinträchtigt werden, soll nun eine Schwerpunktaktion durchgeführt werden: es werden wechselseitig Halteverbote aufgestellt. Die Autofahrer werden ersucht, an dem betreffenden Tag die eine Seite der Straße freizumachen. Von der Stadt werden vier große Arbeitstrupps mit Radlader und Lkw eingesetzt, um die Schneehaufen am Straßenrand rasch wegzuräumen und so den Weg für die Straßenbahn wieder freizumachen.++++

Das Wegräumen selbst kann natürlich nicht in den Spitzenzeiten erfolgen, um nicht zusätzliche Verkehrsbehinderungen zu verursachen. Diese Flächenräumung einzelner Straßenbereiche soll nicht nur die derzeit vorhandenen Schwierigkeiten beseitigen, sondern auch verhindern, daß es bei einem neuerlichen Schneefall zu noch größeren Problemen kommt.

Rechnet man die vorhandenen Schneemengen und die Schneehaufen am Straßenrand auf einen Straßenmeter um, so sind pro Meter 1,5 Kubikmeter Schnee zu entfernen. Ein Lkw kann etwa acht m³ aufladen; auf vier bis fünf Autolängen ist ein Radlader damit voll. Selbst mit dieser Schwerpunktaktion - und ohne Behinderung durch trotz Halteverbots abgestellte Pkw - benötigt man damit pro Häuserblock bis zu einer Stunde.

An den kritischen Stellen werden daher nun Halteverbotstafeln - jeweils nur auf einer Straßenseite, am kommenden Tag kommt dann die andere an die Reihe - aufgestellt, die den Hinweis "Wir räumen Schnee - wir bitten um Verständnis" tragen. (Forts.) hrs/bs

Schneeräumungs-Schwerpunktaktion in Schienenstraßen (2)

10 Wien, 13.2. (RK-LOKAL) Die Autofahrer werden ersucht, sich an diese Verbote zu halten und ihr Auto auch tatsächlich auszuschaufeln und wegzufahren, da jeder falsch geparkte PKW die Räumarbeiten enorm verzögert. Auf der freien Straßenfläche können LKW und Radlader dann zügig den Schnee aufladen und wegbringen. Trotz Halteverbots abgestellte Autos müssen jedoch im Interesse des öffentlichen, aber auch des privaten Verkehrs entfernt werden.

Die Aktion soll zunächst schwerpunktartig in jenen zehn Kilometer umfassenden Bereichen der Schienenstraßen, in denen es Probleme gibt, durchgeführt werden. Anschließend sollen auch Geschäftsstraßen und Wohngebiete an die Reihe kommen. Sollte sich allerdings neuerlich Schneefall einstellen, so muß ein Großteil der nun für die Schwerpunktaktion eingesetzten Mannschaft wieder für die "normale" Schneeräumung abgezogen werden. Der Einsatz des Bundesheeres ist bisher nicht möglich, da es sich nicht um eine Katastrophensituation handelt.

Zwtl.: Bereits heute Information durch die Feuerwehr

Bereits heute Donnerstag wird die Feuerwehr die Bewohner folgender Straßenzüge mittels Lautsprecher über die geplante Aktion informieren; ab morgen wird zunächst hier die Schneeräumung (an geraden Tagen wird auf der Seite der geraden Hausnummern, an ungeraden Tagen auf der Seite der ungeraden Nummern geräumt) durchgeführt:

- 9, Währinger Straße zwischen Hörlgasse und Währinger Gürtel
- 7, Burggasse, Breite Gasse, Siebensterngasse, Westbahnstraße
- 3, Prinz-Eugen-Straße zwischen Gußhausstraße und Landstraßer Gürtel
- 21, Franz-Jonas-Platz einschließlich Schloßhoferstraße zwischen Brünner Straße und Hoßplatz

Die Straßenrouten für Samstag und Sonntag werden noch gesondert bekanntgegeben. Umweltstadtrat Braun wies darauf hin, daß diese Aktion selbstverständlich mit und nicht gegen die Bevölkerung durchgeführt wird und appellierte an die Autofahrer, das wechselseitige Halteverbot zu beachten. (Forts.) hrs/rr

Schneeräumungs-Schwerpunktaktion in Schienenstraßen (3)

11 Wien, 13.2. (RK-LOKAL) Im Rahmen der Schwerpunktaktion müssen allerdings Falschparker so wie sonst abgeschleppt werden. Diese Autos werden zum Abschleppplatz Eibesbrunnnergasse gebracht. Die Fahrzeuge jener Autobesitzer, die sich nur nicht an das Schienenparkverbot halten, sollen nach Möglichkeit im unmittelbaren Bereich an einen anderen Platz gestellt werden, wo dies nicht geschehen kann, werden die Autos vorübergehend auf den Rathausplatz gebracht.

Die kritischen Straßenbereiche, die im Rahmen der Aktion an die Reihe kommen sollen, sind 3, und 4, Prinz-Eugen-Straße, 7, Kaiserstraße, Breite Gasse, Westbahnstraße, Siebensterngasse, 9, Kinderspitalgasse, Hebragasse, Währinger Straße, 14, Breitenseer Straße, 15, Ullmannstraße von Stiebergasse bis Diefenbachgasse, 17, Hernalser Hauptstraße von Elterleinplatz bis Lacknergasse, Ottakringer Straße von Gürtel bis Wattgasse, 18, Kreuzgasse und 21, Schloßhofer Straße. (Schluß) hrs/rr

NNNN

Fürst: Wiener Katastrophenschutz besteht nur aus Ankündigungen
12 Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Der Sicherheitssprecher der Wiener
öVP, Stadtrat Anton FÜRST, begründete Donnerstag in einem
Pressegespräch seinen Rücktritt als Vizepräsident des Wiener
Zivilschutzverbandes mit dem Fehlen konkreter Maßnahmenkonzepte für
Katastrophenfälle. Die öVP habe jahrelang im Zivilschutzverband und
im Gemeinderat ein solches Konzept gefordert, erklärte Fürst, es sei
aber immer nur angekündigt und nie vorgelegt worden. Er könne daher
die Mitverantwortung als Präsidiumsmitglied des Verbandes nicht
länger tragen. In Falle eines Notstandes, etwa durch Großbrand oder
Erdbeben, drohe in Wien "Chaos und Panik", sagte Fürst. Die öVP
werde die Funktion im Zivilschutzverband erst wieder besetzen, wenn
ein Papier vorgelegt werde, auf dessen Basis die Zusammenarbeit
möglich sei, sagte Fürst. (Schluß) wfo/rr

NNNN

Zilk: Wien ist das Bildungszentrum Österreichs

Utl.: Studien- und Berufsinformationsmesse im Rathaus eröffnet

13 Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) In der Volkshalle des Wiener Rathauses wurde heute vormittag von Bürgermeister Helmut ZILK und den Ministern Heinz FISCHER, Herbert MORITZ und Alfred DALLINGER die Studien- und Berufsinformationsmesse eröffnet. Die Schau ist bis kommenden Sonntag täglich von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Bürgermeister Zilk hob in seiner Begrüßung den engen Kontakt zwischen der Stadt Wien und den Einrichtungen von Wissenschaft und Forschung hervor. Wien sei das Bildungszentrum Österreichs, erklärte Zilk und nannte einige Beispiele. So werden in der Bundeshauptstadt 57 Prozent aller Medizinstudenten und 31 Prozent aller österreichischen Turnusärzte ausgebildet. Die Studien- und Berufsinformationsmesse sei, so Zilk, in Wien von besonderer Bedeutung, da in Wien prozentuell deutlich mehr junge Menschen die Matura absolvieren als in allen anderen Bundesländern (Wien 17 Prozent, Vorarlberg 8,6 Prozent). (Schluß) chr/bs

NNNN

Katastrophenschutzaktivitäten gerade in letzter Zeit verstärkt
14 Wien, 13.2. (RK-KOMMUNAL) Zu den Vorwürfen von Stadtrat Anton
FÜRST auf dem Sektor Katastrophenschutz stellte Stadtrat Helmut
BRAUN Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, daß
gerade in letzter Zeit zahlreiche Maßnahmen im Bereich
Katastrophenschutz gesetzt wurden. Braun verwies dabei speziell auf
die Katastrophenschutzpläne, die nun auch auf Bezirksebene erstellt
und anschließend mit den für das gesamte Stadtgebiet geltenden
Schutzplänen konfrontiert werden. Informationsveranstaltungen für
die Bezirksvorsteher wurden bereits durchgeführt und wurden von den
Bezirken mit großer Zustimmung aufgenommen. Zusätzlich werden alle
Bezirksräte über die Maßnahmen auf dem Sektor Katastrophen- bzw.
Zivilschutz instruiert werden. Wie Braun außerdem sagte, sollen auch
interessierte Wiener/innen immer mehr in den Bereich des
Katastropheneinsatzes integriert werden. Eine Broschüre über
Katastrophenschutz, die von der Stadt Wien bereits vor einigen
Jahren an alle Wiener Haushalte gesendet wurde, wird derzeit
überarbeitet. (Schluß) hrs/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 14. Februar 1986

Blatt 356

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Rodelbahn Löwygrube kann benützt werden

Politik:
(rosa)

Mayr: Diskussion über Ferienordnung nützlich

Kommunal:
(rosa)

Sanierung von städtischen Althäusern
Michael-Viszanik-Preis an ORF-Redakteur Peter
Huemer
Kurzparkzonen: 6 Schilling für eine halbe Stunde
Zilk ehrt drei Wiener Künstler

Lokal:
(orange)

Schwerpunktaktion Schneeräumung: rund vier
Kilometer geräumt

Nur
über FS:

Hatzl: Vorrang für die Fahrgäste der Straßenbahn

Bereits am 13. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet

Rodelbahn Löwygrube kann benützt werden

15 Wien, 13.2. (RK-LOKAL) Die Rodelbahn in Favoriten, Löwygrube auf dem Laaer Berg, steht dank der Mithilfe von 80 Soldaten des Bundesheeres ab sofort wieder zur Verfügung. Am kommenden Sonntag, 16. Februar, wird ab 9 Uhr auf der 350 Meter langen Strecke ein Rodelrennen stattfinden, das vom Wiener Stadtradio und dem Wiener Rodelverband veranstaltet wird. Gefahren wird in drei Gruppen, Kinder bis 15 Jahre, Frauen ab 15 Jahre und Männer ab 15 Jahre.
(Schluß) ull/bs

NNNN

Sanierung von städtischen Althäusern (1)

1 =Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Aus "Bruchbuden" mit Substandardwohnungen werden "Schmuckkästchen" mit modernen Wohnungen mit Bad, WC und Zentralheizung: Der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung beschloß in seiner letzten Sitzung die umfassende Sanierung einer Reihe von Althäusern, die sich im Besitz der Stadt Wien befinden. Die Gesamtkosten für die fünf Projekte im 5., 6., 8. und 9. Bezirk belaufen sich auf 164 Millionen Schilling. Die Finanzierung erfolgt, wie Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN mitteilte, mit Hilfe des Wohnhaussanierungsgesetzes. Positive Empfehlungen des Stadterneuerungsfonds liegen bereits vor.++++

Die Projekte im einzelnen:

- o Wien 5, Margaretenstraße 104: In dem Haus, Baujahr 1889, befinden sich derzeit 23 Substandardwohnungen, im Rahmen der Sanierung entstehen daraus 12 Standard-A-Wohnungen. Selbstverständlich wird auch die reichgegliederte Fassade instandgesetzt. Der Einbau eines Aufzugs ist ebenfalls vorgesehen. Die Sanierungskosten belaufen sich auf 16,2 Millionen Schilling. Baubeginn ist heuer, die Fertigstellung erfolgt 1987.
- o Wien 5, Siebenbrunnengasse 63: Das 1890 erbaute Haus enthält derzeit 16 Substandardwohnungen, aus denen durch die Sanierung 12 Standard-A-Wohnungen entstehen. Die derzeit glatte Fassade des Hauses wird nach den Originalplänen rekonstruiert. Gesamtkosten: knapp 13 Millionen Schilling. Baubeginn ist heuer, die Fertigstellung ist für 1987 geplant.
- o Wien 6, Garbergasse 20a: In dem Haus aus dem Jahr 1843 befinden sich zwei Standard-A-Wohnungen, die während des Umbaus bewohnt bleiben, sowie acht Substandardwohnungen, aus denen sechs Standard-A-Wohnungen geschaffen werden. Zwei weitere neue Wohnungen entstehen durch den Ausbau des Dachgeschosses. Der Hoftrakt mit vier leerstehenden Substandardwohnungen wird zur Verbesserung der Umweltbedingungen abgebrochen. Kosten: 12,6 Millionen; Bauzeit: 1986/87.

(Forts.) ger/rr

NNNN

Sanierung von städtischen Althäusern (2)

2 Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL)

- o Wien 8, Schmidgasse 11: Das Haus wurde im Jahr 1845 errichtet und enthält derzeit 18 unbewohnte Substandardwohnungen, die durchwegs auf Kategorie A angehoben werden. Im Erdgeschoß ist ein Pensionistenklub vorgesehen. Auch bei diesem Projekt ist natürlich die komplette Erneuerung des Fassadenverputzes geplant. Ein Aufzug ist ebenfalls vorgesehen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 19,2 Millionen Schilling. Baubeginn ist heuer, die Fertigstellung erfolgt 1987.
- o Wien 9, Lazarettgasse 6-12: Die vier zwischen 1867 und 1900 errichteten Häuser sollen zu einem Ensemble zusammengefaßt und umfassend saniert werden. Die 116 Wohnungen sind überwiegend Substandard und teilweise bewohnt. Nach der Sanierung, die im Einvernehmen mit den Mietern durchgeführt wird, werden es 86 Standard-A-Wohnungen sein. Außerdem sind ein Kindertagesheim, eine Polizeistation und eine Tiefgarage geplant. In den Häusern Lazarettgasse 10 und 12 werden Aufzüge eingebaut. In den Höfen entsteht eine gemeinsame Grünanlage für alle vier Häuser. Die Gesamtkosten der Sanierung (Baubeginn heuer, Fertigstellung 1988) belaufen sich auf 103,2 Millionen Schilling.

(Schluß) ger/rr

NNNN

Michael-Viszanik-Preis an ORF-Redakteur Peter Huemer (1)

Utl.: Zilk: Für Meinungsbildung zugunsten psychisch Kranker
3 =Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK
überreichte Donnerstag abend den Michael-Viszanik-Preis an den
ORF-Redakteur und Club-2-Chef Dr. Peter HUEMER. Zilk unterstrich die
Notwendigkeit der Meinungsbildung zugunsten psychisch Kranker.
Künftig will die Zentralsparkasse, wie Generaldirektor Dr. Karl VAK
erklärte, jährlich diesen von Bürgermeister Zilk initiierten Preis
für Beiträge im Interesse von psychisch Kranken und Behinderten
vergeben, durch die eine Meinungsbildung und ein Abbau der
Vorurteile erreicht werden soll. Gesundheits- und Sozialstadtrat
Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER verwies darauf, daß dieser Preis im
Zusammenhang mit dem Jubiläum "5 Jahre psychosoziale Dienste"
geschaffen wurde - eine Einrichtung, die zu einer wesentlichen
Verbesserung der Situation psychisch Kranker beigetragen habe.++++

Zwtl.: Die vielen Gesichter der Psychiatrie

Die Psychiatriereform habe im Laufe der Jahrhunderte viele
Gesichter gehabt, sagte Gesundheits- und Sozialstadtrat Stacher. Die
psychisch Kranken seien einmal als Heilige angesehen worden, dann
wurden sie in Ketten gefangen gehalten, schließlich als Patienten
angesehen, dann in Pflegeanstalten aufgenommen, in den Jahren der
Schreckensherrschaft der Nazis wurde ihr Leben als "unwert"
betrachtet, nach dem Krieg wurden sie "verwahrt", bis ihnen
schließlich im Rahmen der Psychiatriereform "schwere Ketten der
Gefangenschaft" abgenommen wurden: Durch eine umfassende soziale
Versorgung konnte ein wesentlicher Teil der psychiatrischen
Versorgung aus den Anstalten in die psychosozialen Stationen
verlagert werden. Diese Befreiung sei mit jener vergleichbar, die im
Jahre 1839 der damalige neue Leiter des Narrenturmes, Michael
Viszanik, durchsetzte: Er ließ damals den psychisch Kranken ihre
schweren Eisenketten abnehmen. Nun sei es jedoch wichtig, in der
Öffentlichkeit das Verständnis gegenüber den psychisch Kranken zu
verbessern und eine Gleichstellung mit den übrigen Kranken zu
erreichen. (Forts.) and/rr

NNNN

Michael-Viszanik-Preis an ORF-Redakteur Peter Huemer (2)

Utl.: Huemer will Preise verwenden, um Musterprozeß gegen
Zwangseinweisung zu finanzieren

4 Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Peter Huemer, der im Rahmen der
Sendereihe "Club 2" in mehreren Sendungen die Probleme der
psychiatrischen Versorgung und die Lage der psychisch Kranken in
österreich einer breiten Öffentlichkeit nähergebracht hat, will
seinen Preis dazu verwenden, einen Musterprozeß im Zusammenhang mit
der Zwangseinweisung psychisch Kranker in geschlossene Anstalten zu
führen. Huemer meint, diese Frage sei noch nicht ausjudiziert, und
er wolle auf diese Weise einen Beitrag zur Klärung der Rechtslage
leisten. Die Journalisten sollten Verbesserungen unterstützen, aber
auch zeigen, was alles bereits für die psychisch Kranken geschehen
ist, ergänzte Dr. Huemer. (Schluß) and/rr

NNNN

Kurzparkzonen: 6 Schilling für eine halbe Stunde
Utl.: Erhöhung soll mit 1. April in Kraft treten

5 =Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Mit 1. April 1986 sollen die Tarife in den Wiener Kurzparkzonen erhöht werden. Für eine halbe Stunde Parken in den Kurzparkzonen sollen dann 6 Schilling (bisher 4 Schilling), für eine Stunde 12 Schilling (bisher 8 Schilling) und für eineinhalb Stunden 18 Schilling (bisher 12 Schilling) verlangt werden. Die Anträge zu dieser Erhöhung sollen noch im Februar im Finanzausschuß, im Stadtsenat und im Wiener Gemeinderat gestellt werden, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Freitag der "RATHAUSKORRESPONDENZ".++++

Das kostenpflichtige Parken in den Kurzparkzonen wurde in Wien im Jahr 1975 eingeführt. Man hat sich damals für das System der Parkscheine und gegen das das Stadtbild störende System von Parkometern entschieden. Das Wiener System wurde im Laufe der Zeit von vielen österreichischen Städten übernommen.

Die Einführung der Kostenpflicht hatte vor allem den Sinn, den Parkraum durch eine doch finanziell spürbare Abgabe zu rationieren. Dieser gewünschte, ordnungspolitische Effekt wurde auch erreicht: Die Kurzparkzonen boten die Möglichkeit, kurzfristig im innerstädtischen Bereich für Besorgungen einen Parkplatz zu finden.

Dieser ordnungspolitische Effekt geht jedoch verloren, wenn die Abgabe über eine zu lange Zeit unverändert bleibt und nicht entsprechend angehoben wird. Die Tarife der Wiener Kurzparkzonen wurden zuletzt im Jänner 1981 erhöht, nach einem Zeitraum von 5 Jahren scheint nun doch wieder die Zeit gekommen zu sein, um eine Erhöhung aus ordnungspolitischen Gründen vorzunehmen.

Zwtl.: Garagenförderung soll erweitert werden

Die Einnahmen aus den Wiener Kurzparkzonen - derzeit rund 50 Millionen Schilling im Jahr müssen für Maßnahmen zur Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs verwendet werden. In erster Linie sind darunter die Förderung des Garagenbaus und des öffentlichen Verkehrs zu verstehen.

Die Wiener Garagenförderung soll nun erweitert werden: Derzeit können bis zu 30 Prozent der Errichtungskosten einer gewerblichen Garage in Wien durch einen Zuschuß gefördert werden, in Zukunft denkt man an eine Förderung bis zu 40 Prozent der Errichtungskosten. Zur Ankurbelung des Garagen-Baus sollen die nächsten Projekte nicht über generelle Förderungsrichtlinien, sondern über maßgeschneiderte, auf den Einzelfall abgestimmte Förderungspakete abgewickelt werden. Diese Einzelförderungen werden jeweils dem Wiener Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Erst, wenn sich aus mehreren Einzelfällen allgemeine Erfahrungen ergeben werden, wird man wieder zu generellen Richtlinien übergehen. (Schluß) sei/bs

Schwerpunktaktion Schneeräumung: rund vier Kilometer geräumt (1)

Utl.: Aktion dauerte bis nach fünf Uhr früh

6 Wien, 14.2. (RK-LOKAL) Vier Kilometer der durch Schnee und parkende Autos am stärksten beeinträchtigten Stellen bei Schienenstraßen wurden in der vergangenen Nacht im Rahmen der Schwerpunktaktion Schneeräumung gesäubert: Rund 1,2 Kilometer in der Prinz-Eugen-Straße, 650 Meter in der Siebensterngasse, 900 Meter in der Währinger Straße und 1,2 Kilometer in der Schloßhofer Straße einschließlich Jonasplatz. 5.900 Kubikmeter Schnee wurden bei der Aktion, die bis nach fünf Uhr früh dauerte, entfernt und knapp hundert Autos mußten entweder an einer anderen Stelle in der Umgebung oder am Rathausplatz abgestellt werden.

In den vier in der Nacht auf heute geräumten Bereichen wurden mit dem wechselseitigen Halteverbot bereits beide Straßenseiten - am 13. und 14. Februar - geräumt. Welche Straßenzüge nun an die Reihe kommen, wird derzeit bei einer Sitzung im Rathaus festgelegt.

Bei der Aktion selbst waren pro Schwerpunkt jeweils 30 bis 40 Mitarbeiter mit zehn Lkw und einem Radlader eingesetzt, in der Schloßhofer Straße waren sogar 20 Lkw vorhanden.

"Die Disziplin und Mitarbeit der Bevölkerung war hervorragend", betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN dazu in einem ORF-Interview. Braun wies auch darauf hin, daß die Aktion sehr wohl "erlaubt" sei, da ja die gesetzliche Notwendigkeit besteht, dafür zu sorgen, daß der Verkehr ordentlich abgewickelt werden kann (ganz abgesehen vom nächtlichen Schienenparkverbot in Wien). Von den rund hundert vorübergehend von ihrem Parkplatz entfernten Autos wurde der Großteil in unmittelbarer Nähe wieder abgestellt, lediglich 30 Pkw wurden zum Rathausplatz gebracht. Strafen wurden bisher nicht verhängt. Ab heute, Freitag abend, wird die Polizei jedoch strafen, und effektiv falsch geparkte Autos werden wie sonst auch üblich auf den Abstellplatz in der Eibesbrunnnergasse gebracht. Für Autos, die "nur" das Halteverbot mißachten, steht weiterhin der Rathausplatz zur Verfügung. (Forts.) hrs/bs

Freitag, 14.2.1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 364

Zilk ehrt drei Wiener Künstler

Utl.: Auszeichnung für Alfred Böhm, Walter Davy und Ernst Track

8 Wien, 14.2. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK
überreichte heute, Freitag, im Steinsaal des Rathauses dem
Schauspieler Alfred BÖHM und dem Regisseur Walter DAVY die Goldene
Ehrenmedaille sowie dem Komponisten Ernst TRACK die Silberne
Ehrenmedaille der Stadt Wien. (Schluß) red/rr

NNNN

Mayr: Diskussion über Ferienordnung nützlich

9 Wien, 14.2. (RK-POLITIK) Er halte es für nützlich, daß über die Ferienordnung in Österreich diskutiert werde, erklärte Freitag Vizebürgermeister Hans MAYR der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Genau das habe er mit seinem Hinweis, die Energieferien hätten ihren ursprünglichen Zweck verloren, erreichen wollen - nämlich darüber nachzudenken, wie die schulischen und wirtschaftlichen Belange durch eine andere Gestaltung der Ferienordnung besser als derzeit unter einen Hut gebracht werden könnten. Er habe jedoch nicht die ersatzlose Streichung der Energieferien gefordert, denn dann bräuchte man ja nicht nachzudenken, wenn man bereits eine Lösung parat hat, betonte Mayr. (Schluß) sei/rr

NNNN

Schwerpunktaktion Schneeräumung: rund vier Kilometer geräumt (2)
10 Wien, 14.2. (RK-LOKAL) Folgende Straßenzüge werden ab heute
und am Wochenende mit der Schwerpunktaktion betreut (an geraden
Tagen wird die Straßenseite mit den geraden, an ungeraden Tagen jene
mit ungeraden Hausnummern gesäubert):

- o 3. bzw. 4. (ab 17 Uhr), Prinz-Eugen-Straße und über Wochenende
Rennweg
- o 18, Kreuzgasse (ab 20 Uhr) vom Gürtel auswärts bis Vorortelinie
und Pötzleinsdorf
- o 18, Währinger Straße (ab 17 Uhr) bis Gersthofer Platzl
- o 7, Siebensterngasse bzw. Westbahnstraße (ab 20 Uhr)
- o 9, Alserstraße ab Spitalgasse, über Kinderspitalgasse bis
Gürtel (sobald die Arbeiten in den anderen vier Bereichen
beendet sind).

(Schluß) hrs/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 17. Februar 1986

Blatt 367

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Der "neue Hausarzt" kommt aus der Praxis-
gemeinschaft
Schwerpunktaktion Schneeräumung: 4,6 Kilometer
Straße gesäubert
Gemeindebauten: 56 Millionen für Grünflächen
Schwerpunktaktion Schneeräumung in der Nacht
auf Montag

Kommunal:
(rosa)

250.000 Kundenberatungen der Stadtwerke
Neuer Flächenwidmungsplan an der Eibes-
brunnnergasse
Mehr Geld für den Unterhalt von Pflegekindern
Busek: Große Reform für Wiener Stadtverfassung

Lokal:
(orange)

50.000 Teilnehmer bei Aktion "Fahrt zum Schnee"
Schneeräumung weiterhin auf Hochtouren

Kultur:
(gelb)

Ehrung für Judith Holzmeister, Inge Konradi
und Liselotte Maikl

Nur
über FS:

- 15.2. "52er" zwei Stunden unterbrochen
Heurigenbrand in Liesing
- 16.2. Oberleitung beschädigt - Brand eines Triebwagens
- 17.2. Verkehrsunfall in der Eichenstraße
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 15. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Der "neue Hausarzt" kommt aus der Praxisgemeinschaft (1)
Utl.: Stacher: Verstärkte Regionalisierung bei praktischen Ärzten
1 =Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Der "neue Hausarzt" wird aus der
Praxisgemeinschaft kommen, abwechselnd mit seinen Gemeinschafts-
Kollegen rund um die Uhr erreichbar sein, aber doch auch seine
eigenen Patienten und seine eigenen Ordinationszeiten haben.
Voraussetzung dafür ist eine verstärkte Regionalisierung bei den
niedergelassenen praktischen Ärzten, die vermehrt mit den
Sozialeinrichtungen der Stadt Wien zusammenarbeiten sollen, und die
Schließung von einzelnen Versorgungslücken. Vorteile aus dieser
Neuerung haben Ärzte wie Patienten: Die Ärzte können die aufwendige
Administration wirtschaftlicher abwickeln und können eventuell ein
kleines Labor oder Einrichtungen zu physikalischen Therapie
gemeinsam nützen. Die Patienten erhalten in gewisser Weise wieder
"ihren Hausarzt", der die ganze Familien kennt und Erkrankungen im
Einzelfall besser einschätzen kann als ein völlig fremder Notarzt.
Das meint Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois
STACHER in einem Beitrag in der Zeitschrift "wien aktuell magazin",
die kürzlich erschienen ist und sich mit dem Schwerpunktthema
Gesundheit und Soziales befaßt.++++

Zwtl.: Entlastung von Rettung und Spitälern

Nach Ansicht von Stadtrat Stacher könnte eine verstärkte
Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen auch zu
der wünschenswerten Entlastung der Spitäler führen: Viele Leistungen
in den Spitalsambulanzen, deren Kosten ja nur zu einem Teil
abgegolten werden, könnten bei einer optimalen Primärversorgung in
einer Arztpraxis oder beim Patienten zu Hause erbracht werden. Die
Verlagerung solcher Behandlungen würde die Spitäler - auch
hinsichtlich der Kosten - entlasten. Überdies könnte die Rettung,
die mit ihrer aufwendigen Ausstattung für den Einsatz bei schweren
Unfällen oder plötzlichen bedrohlichen Erkrankungen eingerichtet ist,
aber vielfach als Ersatz des praktischen Arztes angesehen wird, für
ihre eigentlichen Aufgaben entlastet werden. (Forts.) and/bs

NNNN

.....
Bereits am 15. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Der "neue Hausarzt" kommt aus der Praxisgemeinschaft (2)

Utl.: Kostengünstigste Versorgung durch Verbindung Soziales-
Gesundheit

2 Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Stacher weiter ausführt, hat es sich gezeigt, daß einerseits sehr oft soziale Hilfen notwendig sind, um wieder gesund zu werden, andererseits eine medizinische Behandlung erforderlich sein kann, um soziale Situationen zu stabilisieren oder zu verbessern. Eine starke Verflechtung des Gesundheits- und des Sozialwesens ist nach Ansicht von Stadtrat Stacher somit zwingend notwendig. Hiezu wurden und werden neue Überlegungen angestellt, neue Wege beschritten und neue Modelle erprobt. Stadtrat Stacher: "Diese notwendige Integration stellt auch den wohl nicht immer billigsten, aber im Verhältnis zum Ergebnis sicher kostengünstigsten Weg zur gesundheitlichen und sozialen Versorgung der Menschen dar."

Zwtl.: Mehr Sozialarbeiter in den Spitälern

Natürlich müsse ein integriertes Gesundheits- und Sozialsystem auch das Krankenhaus stärker als bisher erfassen. Es werde daher notwendig sein, den Spitälern mehr Sozialarbeiter als bisher zur Verfügung zu stellen und auch noch mehr Verständnis des medizinischen Personals für die sozialen Belange der Kranken zu erreichen. Das Krankenhaus müsse aber auch ein Ort der sozialen Begegnung werden, verlangt Stadtrat Stacher in seinem Beitrag, und verweist auf künstlerische Veranstaltungen in Spitälern, Radioprogramme in verschiedenen Krankenhäusern, Videoprogramme auf geburtshilflichen Stationen und anderes. Zahlreiche "Kleinigkeiten" wurden bereits verwirklicht oder sind geplant, um den Aufenthalt im Krankenhaus für den Patienten angenehmer zu machen. (Forts.) and/bs

NNNN

.....
Bereits am 15. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Der "neue Hausarzt" kommt aus der Praxisgemeinschaft (3)

Utl.: Rehabilitation muß im Akutkrankenhaus beginnen

3 Wien, 15.2. (RK-KOMMUNAL) Bereits im Akutkrankenhaus muß, so Gesundheits- und Sozialstadtrat Stacher, mit der Rehabilitation begonnen werden. So müsse die Zusammenarbeit mit den Ergo-Therapeuten und physikalisch-technischen Assistenten und Beschäftigungstherapeuten sinnvoll verstärkt werden. Die im Spital begonnene Rehabilitation muß, so Stadtrat Stacher weiter, nach der Entlassung aus dem Krankenhaus fortgesetzt werden. Aber auch hier gilt: Die medizinische Rehabilitation darf nicht von der sozialen und beruflichen getrennt werden. Wenn es gelingt, die lokale, zum Teil ambulante Rehabilitation zu verstärken, können Kapazitäten etwa für die neurologische Wiederherstellung gewonnen werden.

Zwtl.: Pflegeheimaufenthalt muß nicht Non-Plus-Ultra sein

Keinesfalls sei die Aufnahme in ein Pflegeheim die einzige Möglichkeit zur Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen. Wie sich zeigte, wurden viele alte Menschen auch nur von ihren Angehörigen gedrängt, die Wohnung gegen einen Heimplatz zu vertauschen, oder sie fühlten sich schlicht unsicher allein zu Hause. Andererseits leben Schwerkranke - betreut von ihren Angehörigen - oft zu Hause und mit ärztlicher und sozialer Unterstützung. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen bestmöglich gerecht zu werden, müssen daher verschiedene Angebote bestehen: Tageszentren für Senioren, Wohnheime und Wohngemeinschaften sind Beispiele dafür, die Stadtrat Stacher in seinem Beitrag beispielhaft nennt. Er unterstreicht, daß überdies die medizinischen Selbsthilfegruppen zunehmend an Bedeutung gewinnen. (Schluß) and/bs

NNNN

.....
Bereits am 15. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schwerpunktaktion Schneeräumung: 4,6 Kilometer Straße gesäubert

Utl.: 18 PKWs und 1 LKW abgeschleppt

4 Wien, 15.2. (RK-LOKAL) In der Nacht von Freitag auf Samstag wurden im Rahmen der Schwerpunktaktion Schneeräumung 4,6 Kilometer Schienenstraßen gesäubert. Insgesamt waren bei dieser Aktion 80 Schneeschaufler, acht Schaufellader, acht Abschleppfahrzeuge und 50 LKWs im Einsatz. Die Appelle der Stadtverwaltung an die Fahrzeuglenker, die Halteverbote zu beachten, zeigten Wirkung: lediglich 30 PKWs und 1 LKW mußten vorübergehend entfernt werden, 18 PKWs wurden davon abgeschleppt und am Rathausplatz abgestellt. Fahrzeuge, die im Schienenparkverbot abgestellt waren und die Schneeräumung behinderten, wurden - sofern sie nicht abgeschleppt wurden - mit einem Organstrafmandat versehen.

Zwtl.: Schwerpunktaktion Schneeräumung in der Nacht auf Sonntag

In der kommenden Nacht werden ab 17 bzw. 20 Uhr folgende Straßen schwerpunktmäßig vom Schnee gesäubert: Rennweg (3. Bezirk), Westbahnstraße (7. Bezirk), Alser Straße zwischen Spitalgasse und Gürtel (9. Bezirk), Kreuzgasse, Simonygasse, Herbeckstraße, Währinger Straße und Gentzgasse bis Gersthofer Platzl (18. Bezirk). Die Anrainer werden durch Flugblätter und "Pappkameraden" auf die Schneeräumaktion aufmerksam gemacht, überdies wird die Feuerwehr den Beginn der Aktionen mit dem Folgetonhorn ankündigen.

Zwtl.: Schneeräumung Samstag während des Tages

Am Samstag werden bis in die Abendstunden für die "normale" Schneeräumung 1.749 Schneeschaufler sowie knapp 160 Kranfahrzeuge sorgen. (Schluß) lei/rr

NNNN

.....
Bereits am 16. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gemeindebauten: 56 Millionen für Grünflächen

1 Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Für die Betreuung der Grünflächen der städtischen Wohnhausanlagen im Jahr 1986 genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung einen Betrag von 56 Millionen Schilling. Die Pflegearbeiten werden vom Stadtgartenamt an private Firmen vergeben. (Schluß) ger/rr

NNNN

.....
Bereits am 16. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schwerpunktaktion Schneeräumung in der Nacht auf Montag

2 Wien, 16.2. (RK-LOKAL) In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurden im Rahmen der Schwerpunktaktion Schneeräumung sechs Kilometer Schienenstraßen gesäubert. Dabei mußten wiederum 27 Fahrzeuge abgeschleppt und am Rathausplatz abgestellt und neun weitere Fahrzeuge umgestellt werden.

In der kommenden Nacht werden ab 17 bzw. 20 Uhr folgende Straßen schwerpunktmäßig vom Schnee gesäubert: Löwengasse, Radetzkystraße, Teile der Hinteren Zollamtsstraße im Bereich der Schienen der Straßenbahnlinie "N" (3. Bezirk), Lerchenfelder Straße von der "2er"-Linie bis zum Gürtel (7./8. Bezirk), Alser Straße, Kinderspitalgasse, Zimmermannplatz (9. Bezirk), in der Herbeckstraße werden noch Restarbeiten durchgeführt und die Endschleife der Straßenbahnlinien "40" und "9" gesäubert, Gentzgasse, Gersthofer Straße, Pötzleinsdorfer Straße bis zum Polizeiwachzimmer (18. Bezirk). Die Anrainer werden durch Flugblätter und "Pappkameraden" auf die Schneeräumaktion aufmerksam gemacht, überdies wird die Feuerwehr den Beginn der Aktionen mit dem Folgetonhorn ankündigen.
(Schluß) lei/rr

NNNN

50.000 Teilnehmer bei Aktion "Fahrt zum Schnee"

7 Wien, 17.2. (RK-LOKAL) An diesem Sonntag konnte die 50.000ste Teilnehmerin an der Aktion "Fahrt zum Schnee", die vom Sportamt der Stadt Wien alljährlich durchgeführt wird, in Puchenstuben begrüßt werden: die 11jährige Ursula SIMOTA aus Wien-Favoriten, die ein Erinnerungsgeschenk und ein Buch erhielt. (Schluß) hof/rr

NNNN

250.000 Kundenberatungen der Stadtwerke

8 Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Bereits eine Viertelmillion Kunden der Wiener Stadtwerke haben sich im Kundendienstzentrum in der Spitalgasse 5-9, das im Juni 1984 eröffnet wurde, Rat und Hilfe geholt. Energiestadtrat Johann HATZL konnte vergangenen Freitag ein Ehepaar (Maria und Johann MÜLLNER aus Wien 18) als die 250.000sten "Jubiläumskunden" begrüßen. Anlaß für die Ratsuche war in diesem Fall der Umstieg von einem Gas- auf einen Elektroherd.

Das Kundendienstzentrum besteht aus einem kaufmännischen Bereich, wo alle Fragen hinsichtlich Rechnungslegung, Bezahlungsmodalitäten und dergleichen umgehend beantwortet und Probleme gelöst werden können, und einem technischen Bereich, wo auch in diesem Fall die Beratung erfolgte. Hatzl verwies angesichts der hohen Frequenz auf die Bedeutung des Kundendienstzentrums: Hätte man es nicht rechtzeitig errichtet, wäre eine erfolgreiche Kundenbetreuung heute für E- und Gaswerke in diesem Umfang nicht mehr möglich. Besondere Bedeutung kommt auch der neuen Energieberatungsstelle im Kundendienstzentrum zu, die im Juli des vergangenen Jahres ihre Arbeit aufnahm und über Heizungsmöglichkeiten, Wärmebedarf, Heizungskontrolle und -regelung, aber auch über Finanzierungsmöglichkeiten informiert. (Schluß) roh/rr

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan an der Eibesbrunnnergasse

Utl.: öffentliche Auflage

9 =Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Für ein 32 Hektar großes Gebiet beiderseits der Eibesbrunnnergasse - zwischen Donauländebahn, An den Eisteichen und Am Schöpfwerk - wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Der Planentwurf liegt vom 20. Februar bis 20. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.++++

Unter anderen sollen mit dem neuen Plan folgende Ziele erreicht werden: Reduzierung der Bebauungsmöglichkeiten auf den gegenwärtigen Bestand, Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen entsprechend dem Bestand zur Gestaltung des örtlichen Stadtbildes, Berücksichtigung von kleingärtnerisch genutzten Bereichen sowie Sicherung von privaten und öffentlichen Grünflächen. Dieser Plan nützt auch den Kleingärtnern der Anlage an der Kirschenallee: Nachdem nunmehr der Grundbedarf für die künftige U-Bahn-Linie U 6 feststeht, können nun nicht benötigte Bereiche als Kleingartenflächen ausgewiesen werden. Weil die Oehlenschlägergasse nicht ausgebaut wird, werden die bereits derzeit kleingärtnerisch genutzten Flächen künftig ebenfalls als Kleingärten gewidmet. Vorsorge wird in dem Plan auch für den Ausbau der Eibesbrunnnergasse getroffen. Für die Fußgänger werden zahlreiche öffentliche Durchgänge im Flächenwidmungsplan ausgewiesen. (Schluß) and/bs

NNNN

Mehr Geld für den Unterhalt von Pflegekindern (1)

Utl.: Wien erhöht Pflegegeld auf 3.000 S monatlich

10 =Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend und Familie beschloß, das monatliche Pflegegeld für Pflegekinder ab dem 1. Mai um 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf die runde Summe von 3.000 S zu erhöhen, nachdem bereits 1985 eine Erhöhung ähnlicher Größenordnung erfolgt war. Mit dieser Steigerungsrate nimmt Wien in Österreich eine führende Stellung ein. Neben dem monatlichen Pflegegeld, das 14mal angewiesen wird, erhalten die Pflegefamilien jährlich zwei Bekleidungsbeiträge in der Höhe des Pflegegeldes. Pflegegroßfamilien, die mehr als drei Pflegekinder betreuen, erhalten ab 1. Mai 1986 pro Kind 3.400 S monatlich.++++

Das Jugendamt der Stadt Wien strebt durch diese Erhöhung an, die Aufnahme eines fremden Kindes in die eigene Familie in finanzieller Hinsicht unproblematisch zu machen, um noch mehr Familien für die Aufnahme von Pflegekindern gewinnen zu können, die auch die dazu notwendige Eignung haben. Pflegekinder sind keine Adoptivkinder, ihre Betreuung kann auch "auf Zeit" erforderlich sein, bis die leiblichen Eltern ihre soziale Situation stabilisieren und die Kinder wieder selbst erziehen können. Manche Pflegekinder werden allerdings auch bis zur eigenen Selbständigkeit von Pflegefamilien betreut. Besuchskontakte der Pflegekinder mit Verwandten, aber oft auch Anpassungsschwierigkeiten der Pflegekinder auf Grund früherer Erlebnisse und Einflüsse stellen einige Ansprüche an die Belastbarkeit und die erzieherischen Fähigkeiten der Pflegeeltern. Diese Erziehungs- und Beziehungsarbeit der Pflegeeltern wird nicht bezahlt: Pflegekinder sollen dadurch anderen Kindern gleichgestellt und um ihrer selbst willen in die Familie aufgenommen und gern gehabt werden. Die Aufnahme eines Pflegekindes kann als eine Nachbarschaftshilfe im weiteren Sinn angesehen werden, wobei die Unterhaltskosten des Kindes voll abgegolten werden, wozu auch noch die Familienbeihilfe für das Pflegekind beiträgt, worauf ein gesetzlicher Anspruch besteht. (Forts.) gab/bs

Mehr Geld für den Unterhalt von Pflegekindern (2)

Utl.: 2.295 Kinder in Pflegefamilien

11 Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Seit Beginn der Siebzigerjahre versucht das Jugendamt der Stadt Wien, Kindern, die von sozialen Krisensituationen betroffen sind, möglichst auch weiterhin die Zugehörigkeit und das Aufwachsen in einer Familie zu ermöglichen, einerseits durch Unterstützung der leiblichen Familie bei der Problembewältigung, andererseits durch Pflegefamilien. 2.295 Wiener Kinder leben heute in Pflegefamilien. Das Verhältnis zwischen Kindern in Heimen und Kindern in Pflegefamilien hat sich seit 1970 stark verändert: Der Anteil der Pflegekinder wuchs in dieser Zeit von 34 Prozent auf 56 Prozent.

Das vorherrschende Image der Pflegefamilien hat sich in dieser Zeit ebenfalls gewandelt. Bei den modernen Pflegeeltern handelt es sich um aktive und leistungsfähige Menschen, die Erfahrung und Freude an Erziehung haben und sozial interessiert sind, und zwar auf realistische, tatkräftige Weise. Sie arbeiten mit Sozialarbeitern und Psychologen zusammen, treffen sich in Elternrunden zum Erfahrungsaustausch. Pflegeelternvereine vertreten ihre Interessen.

Das Jugendamt sucht weiterhin Familien für die anspruchsvolle Aufgabe, Eltern auf Zeit zu sein, und wird in diesem Jahr die Werbung verstärken. Wer sich näher informieren will, erhält in jedem Bezirksjugendamt alle gewünschten Auskünfte. (Schluß) gab/rr

NNNN

Ehrung für Judith Holzmeister, Inge Konradi und Liselotte Maikl
13 =Wien, 17.2. (RK-KULTUR) Kammerschauspielerin Judith
HOLZMEISTER, Kammerschauspielerin Inge KONRADI und Kammersängerin
Liselotte MAIKL erhielten am Montag die Ehrenmedaille der
Bundeshauptstadt Wien in Gold. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA, der
die Ehrung im Wiener Rathaus vornahm, bezeichnete die
Ausgezeichneten als Botschafter der Kulturstadt Wien, als
Persönlichkeiten, die den Ruf Wiens in der Welt ausmachen.++++

Judith Holzmeister ist seit 1947 Mitglied des Burgtheaters. Ihr
Rollenspektrum reicht von den klassischen Tragödien bis zum modernen
Fach, von der "Orestie" bis zu Thomas Bernhards "Jagdgesellschaft".

Inge Konradi gehörte zunächst dem Volkstheater an, wo sie
bereits in jungen Jahren den Ruf einer Volksschauspielerin hatte. An
der Burg und bei den Salzburger Festspielen machte sie die Rollen
Raimunds und Nestroys zu ihrem Markenzeichen, begeisterte aber
ebenso in vielen anderen Rollen der Weltliteratur.

Liselotte Maikl gehörte ab 1951 dreißig Jahre lang dem Ensemble
der Wiener Staatsoper an, an der sie große Partien verkörperte. Sie
gab während ihrer Laufbahn ein Beispiel für den Ensemblegeist,
gästerte aber auch an anderen Bühnen wie München, Brüssel oder
Berlin.

An der Feier nahmen auch der zweite Präsident des Wiener
Landtages, Fritz HAHN, Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS und der
Vorsitzende des Gemeinderates, Leopold WIESINGER, teil. (Schluß)
gab/gg

NNNN

Schneeräumung weiterhin auf Hochtouren

14 Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Im Rahmen der Schwerpunktaktion werden heute untertags folgende Straßenzüge geräumt (Fortsetzung der gestrigen Schneeräumungsarbeiten):

- o 7., 8., Lerchenfelder Straße
- o 3., Radetzkystraße

ab 20 Uhr:

- o 7., Burggasse (ungerade Hausnummern)
- o 17., Hernalser Hauptstraße zwischen Elterleinplatz und Gürtel (ungerade Hausnummern)

Für morgen sind folgende Straßenzüge geplant:

- o 7., Neustiftgasse (gerade Hausnummern)
- o 20., Klosterneuburger Straße zwischen Gaußplatz und Wexstraße (gerade Hausnummern)

(Schluß) red/rr

NNNN

Busek: Große Reform für Wiener Stadtverfassung

Utl.: ÖVP: PID wird für Parteipropaganda und Personenkult mißbraucht
15 =Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Dezentralisierung durch Aufwertung der Bezirke, größere Bürgernähe und die Schaffung eines nicht weisungsgebundenen Wiener Rechnungshofes sind für Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK (ÖVP) und VP-Klubchef Dr. Günther GOLLER die drei Säulen, auf denen eine reformierte Wiener Stadtverfassung ruhen soll. Wie Busek Montag in einem Pressegespräch erklärte, sei eine solche Reform von grundlegender demokratischer Bedeutung, ebenso wie das Verhältnis einer Regierung zur Information. Die Wiener Sozialisten verstünden den PID offenbar als "Korrektiv zur Berichterstattung der unabhängigen Medien", sagte Busek.+++

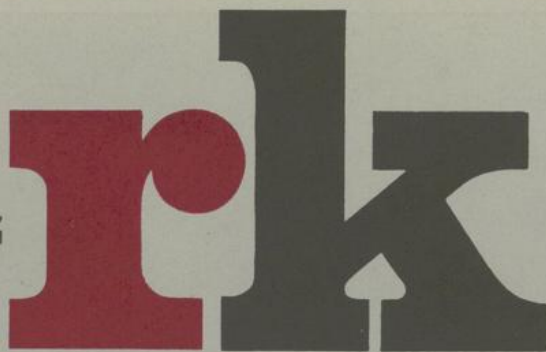
Viele Wiener Bezirke hätten mehr Einwohner als die mittleren österreichischen Städte, erklärte Goller, sie sollten daher ihre eigenen Angelegenheiten auch selbst besorgen können und vor allem eigenverantwortete Budgets erhalten. Die Stadtverfassung müßte außerdem ein Informationsrecht (Auskunft und Akteneinsicht) des Bürgers und das Recht enthalten, mit Unterstützung durch 1.000 Unterschriften Anträge im Gemeinderat zu stellen. Ein unabhängiger Rechnungshof soll anstelle des weisungsgebundenen Kontrollamtes nicht nur die gesamte Gebarung, sondern auch Projekte während ihrer Abwicklung und alle Vergaben überprüfen.

Auch mit seinem neuen Konzept gehe der Presse- und Informationsdienst am wirklichen Informationsbedürfnis der Bürger vorbei, meinte GR. Ing. Günther ENGELMAYER in derselben Pressekonferenz. Statt sachbezogener Information würde Sympathiewerbung, Parteipropaganda und Hofberichterstattung geleistet und außerdem ein "penetranter Personenkult" betrieben. Das Budget für den PID sei überhöht und werde außerdem noch in seiner wahren Höhe verschleiert, sagte Engelmayer. (Schluß) wfo/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 18. Februar 1986

Blatt 382

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Braun: PID-Produkte sehr wohl ausgeschrieben
(grau)

Kommunal:
(rosa)

Bausperre in der Brigittenau
Hatzl: Ausgegliche Bilanz der Gaswerke

Lokal:
(orange)

Konzentrierte Schneeräumung: in fünf Nächten
21 Kilometer geräumt

Nur
über FS:

Verkehrsunfall in der Ungargasse

.....
Bereits am 17. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Braun: PID-Produkte sehr wohl ausgeschrieben

17 Wien, 17.2. (RK-LOKAL) "Im Gegensatz zu den heute von öVP-Gemeinderat Ing. Günther ENGELMAYER aufgestellten Behauptungen werden die Informationsprodukte des PID sehr wohl - allerdings nicht von Jahr zu Jahr, was auch von der öVP nicht verlangt wurde - ausgeschrieben. Dies wurde auch in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses Umwelt und Bürgerdienst am Freitag, bei der es eine ausführliche Debatte zum Thema Öffentlichkeitsarbeit gab, genau erklärt." Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Braun wies außerdem darauf hin, daß

- o das Budget des PID real um fünf Prozent verringert wurde
- o die Mitarbeiterzeitung ebenfalls verringert wurde und nur noch vierzehntägig erscheint
- o und die Umstellung des Postwurfs auf Zeitungsformat und häufigeres Erscheinen keine Mehrkosten verursacht, dafür aber die Möglichkeit noch besserer und umfassenderer Information bietet.

Braun wendete sich in diesem Zusammenhang auch gegen Behauptungen, die Dimensionen der Öffentlichkeitsarbeit würden verschleiert. Die öVP, die ebenfalls im Besitz entsprechender Untersuchungen sei, müßte wissen, daß das Informationsbedürfnis der Menschen gestiegen ist. Der PID müsse dieses Informationsbedürfnis erfüllen und habe die Aufgabe, die Serviceleistungen und die Gesamttätigkeit der Stadt zu zeigen.

"Ich freue mich, wenn Gemeinderat Engelmayer - wie er es auch Freitag getan hat - feststellt, die Mitarbeiter des PID sollen in keiner Weise kritisiert werden. Ich glaube aber auch, daß seine Kritik angesichts der Tatsachen, die ihm genau erklärt wurden, ungerechtfertigt ist", meinte Braun. Keinesfalls betreibe die Stadt "versteckte Sympathiewerbung", wie die öVP meint; keinesfalls führe sie versteckte Parteipropaganda durch. Der PID habe die Aufgabe, über Aktivitäten der Stadt - nicht der Gemeinderäte oder der Parteien - zu berichten und das steigende Informationsbedürfnis der Menschen zu erfüllen. (Schluß) hrs/rr

Bausperre in der Brigittenau

Utl.: Öffentliche Auflage

1 =Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Wallensteinstraße, Nordwestbahnstraße, Rauscherstraße, Wasnergasse, Perinetgasse und Brigittenauer Lände soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Der Planentwurf liegt vom 20. Februar bis 20. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14 - 16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.+++

Für dieses Gebiet soll ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt werden. Seine Ziele: Vorkehrungen für die Bedürfnisse der Betriebe und Wohngebiete sowie eine städtebaulich wünschenswerte Anpassung der Gebäudehöhen und Trakttiefen an den Bestand. Die Arbeiten für die Überarbeitung des geltenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes werden während der Zeit der Bausperre durchgeführt. (Schluß) and/gg

NNNN

Konzentrierte Schneeräumung: in fünf Nächten 21 Kilometer geräumt
3 =Wien, 18.2. (RK-LOKAL) Bei der Schwerpunktaktion zur
Schneeräumung konnten in vier Nächten insgesamt 21 Kilometer
Schienenstraßen rasch und rationell geräumt werden. Die Aktion wurde
vor allem an den kritischen Stellen mehrerer Schienenstraßen
durchgeführt. Jede Nacht waren je vier Arbeitsteams mit Radlader und
LKW im Einsatz, die jeweils eine Straßenhälfte - an geraden Tagen
galt ein Halteverbot auf der Seite der geraden Nummern, an ungeraden
Tagen auf der Seite der ungeraden Nummern - gründlich von Schnee
säuberten. Insgesamt mußten dabei 282 Kraftfahrzeuge von ihrem
Abstellplatz weggebracht werden: 147 Autos wurden nur vorübergehend
entfernt und nach der Schneeräumung wieder in unmittelbarer Umgebung
des früheren Parkplatzes abgestellt, 129 Kraftfahrzeuge wurden am
Rathausplatz abgestellt und sechs echte Falschparker mußten
kostenpflichtig zum Abstellplatz der MA 48 in der Eibesbrunnnergasse
abtransportiert werden. Die Aktion selbst, bei der 28.000 Kubikmeter
Schnee beseitigt wurde, kostete insgesamt fünf Millionen Schilling.
Darüber berichtete Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im
Pressegespräch des Bürgermeisters.++++

In der kommenden Nacht werden Neustiftgasse, Klosterneuburger
Straße, Jägerstraße (jeweils vom Gaußplatz weg) ab 20 Uhr auf der
Seite der geraden Hausnummern geräumt. In der Nacht vom 19. auf den
20. Februar sind auf der Seite der ungeraden Hausnummern wieder 20,
Klosterneuburger Straße und Jägerstraße und 3, Ungargasse von
Sechskrügelgasse bis Juchgasse an der Reihe. (Forts. mgl.) hrs/gg

NNNN

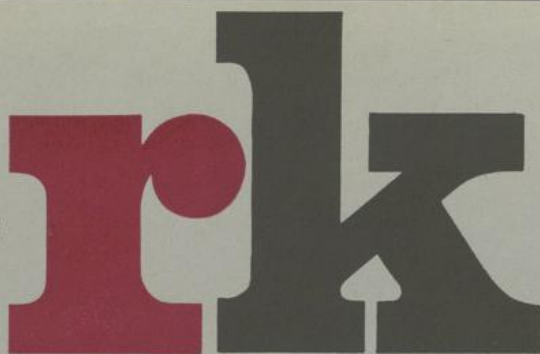
Hatzl: Ausgegliche Bilanz der Gaswerke

4 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnete Dienstag Energiestadtrat Johann HATZL die Behauptung von GR. Otto KREINER, die Gaswerke hätten durch die Ölpreissenkung einen "Mehrgewinn von einer Milliarde Schilling" zu erwarten. Hatzl dazu: "Im Wirtschaftsplan 1986 ist für die Gaswerke ein Verlust von 63 Millionen Schilling präliminiert. Nach heutigem Stand werden die Ölpreissenkungen den Gaswerken eine Netto-Ersparnis von rund 280 Millionen Schilling bringen, dem gegenüber stehen starke Steigerungen am Personal- und Erhaltungssektor. Diese Ersparnis wurde mit der Gaspreissenkung von 4,5 Prozent mit 1. Jänner 1986 voll an die Konsumenten weitergegeben, sodaß für 1986 nun weder mit einem Gewinn noch mit einem Verlust zu rechnen ist und die Gaswerke ausgeglichen bilanzieren werden." (Schluß) roh/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 19. Februar 1986

Blatt 387

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)
- Terminübersicht vom 19. bis 28. Februar
Heuer in Wien Bundesbauten für 4 Milliarden
Grippewelle in Wien
Lärmschutz entlang der Schnellbahntrasse
Friedhofsgebühren werden angehoben
- Kommunal:
(rosa)
- Studie "Lunge und Umwelt": Zwischenergebnis
vorgelegt
Neues Pflegeheim im Psychiatrischen Krankenhaus
Um eineinhalb Millionen mehr für Behinderten-
Fahrtendienst
Mitbestimmungsoffensive im Gemeindebau
Herkunftslisten und rigorose Kontrollen gegen
Antibiotikamißbrauch
Wiener FPÖ bietet Mithilfe bei Großprojekten an
- Lokal:
(orange)
- Familiensonntag am 23. Februar
- Kultur:
(gelb)
- "Otto Kallir-Nirenstein" - Ausstellung im
Historischen Museum
- Nur
über FS:
- Oberleitungsgebrecchen am Ring
Zusätzliche Straßenbahnlinie zur Freizeitmesse
Vorsicht, Dachlawinen!

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Terminübersicht vom 19. bis 28. Februar (1)

6 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 19. bis 28. Februar hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

MITTWOCH, 19. FEBRUAR:

- 10.00 Uhr, Presseführung Historisches Museum "Otto Nirenstein-Kallir"
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener FPÖ, Pawkowicz, U-Bahn-Bau (Rathaus, FPÖ-Klub)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz Mayr (Holding)

DONNERSTAG, 20. FEBRUAR:

- 10.00 Uhr, Eröffnung Kindertagesheim, 19, Radelmayergasse 8, Smejkal
- 10.00 Uhr, Überreichung von Rettungsmedaillen, Seidl (Rathaus, Steinerne Saal I)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz Stadtmarathon ("Theodor Körner")
- 11.00 Uhr, Ausstellungseröffnung "90 Jahre Röntgenstrahlen" (VAMED-Info Center, 9, Währinger Gürtel)

FREITAG, 21. FEBRUAR:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

SONNTAG, 23. FEBRUAR:

Familiensonntag

MONTAG, 24. FEBRUAR:

- 9.00 Uhr, Spatenstich U 3, Bauabschnitt Herrengasse, 1, Minoritenplatz; Hatzl
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)
- 11.00 Uhr, Überreichung von Ehrenmedaillen an Prof. Franz Hiesel, Prof. Berislav Klobucar, Hochschulprof. Mag. Ferdinand Welz und Eduard Robitschko; Mrkvicka (Rathaus, Steinerne Saal I)

DIENSTAG, 25. FEBRUAR:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- (Förts.) red/bs

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Terminübersicht vom 19. bis 28. Februar (2)

7 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL)

MITTWOCH, 26. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Stacher, Krankenhaus Lainz

14.00 Uhr, Berufstitel Hofrat für Dr. Gertrude Hawle und Primarius
Dr. Viktor Samec sowie Überreichung von Ehrenzeichen;
Stacher (Rathaus, Steinerne Saal I)

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadter-
neuerung

DONNERSTAG, 27. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bauten

9.45 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und
Konsumentenschutz

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

18.00 Uhr, Pressekonferenz Viennale, Mrkvicka (Feuerwehr-Wagner)

FREITAG, 28. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat
(Schluß) red/bs

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Heuer in Wien Bundesbauten für 4 Milliarden

8 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der Bund investiert heuer im Hoch- und Straßenbau in Wien mehr als 4 Milliarden Schilling, erklärte heute, Dienstag, Bautenminister Dr. Heinrich ÜBLFIS bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Rathaus. Insgesamt sind heuer - inklusive Wasserwirtschaftsfonds, Wohnbauförderung und Nettoinvestitionen der Bauträger - für Wien Mittel in Höhe von 10,6 Milliarden Schilling vorgesehen.

Zilk betonte, daß sich Wien in der Vergangenheit oft zurecht benachteiligt gefühlt habe, was die Bautätigkeit des Bundes in Wien anbelangt. Dies sei nun nicht mehr der Fall. Der Bürgermeister hob hervor, daß der Bund in Wien heuer auch die Trendwende zur Stadterneuerung vollziehe: Für die Sanierung und Erhaltung von Bundesgebäuden stehen heuer mit 977 Millionen Schilling um 150 Millionen mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Einen weiteren Schwerpunkt bildet, so Zilk, der Umweltschutz, sei es in Form von Förderungsmitteln aus dem Wasserwirtschaftsfonds, etwa für die EBS-Sanierung, oder Lärmschutzbauten entlang der Bundesstraßen.
(Schluß) chr/rr

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Grippewelle in Wien

Utl.: In der vergangenen Woche fast 19.000 Neuerkrankungen

9 =Wien, 18.2. (RK-LOKAL) Wien hat wieder seine alljährliche Grippewelle: in der vergangenen Woche erkrankten 18.800 Wienerinnen und Wiener an Grippe beziehungsweise grippalen Infekten. In der Woche zuvor hatte sich das Virus (nachgewiesen wurde teilweise der Stamm B) 15.700 mal bemerkbar gemacht. Für diese Woche wird wieder mit rund 19.000 neu an Grippe Erkrankten gerechnet.++++

Diese Grippewelle schlägt sich auch in der Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse nieder (in der allerdings alle Krankenstände, nicht nur jene wegen Grippe erfaßt sind): Zwischen 10. und 16. Februar waren 3,9 Prozent der Beschäftigten als krank gemeldet, in der Woche zuvor waren es 3,4 Prozent gewesen. (Schluß) and/rr

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Lärmschutz entlang der Schnellbahntrasse

10 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Johann HATZL kündigte Dienstag im Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie Gespräche mit den österreichischen Bundesbahnen an, um Lärmschutzmaßnahmen entlang der Schnellbahntrasse im 3. Bezirk zu erreichen.

Hatzl sagte in Beantwortung eines entsprechenden Antrags, er werde sich beim Direktor der ÖBB für diese Forderung einsetzen und auch den mit der Leitung der Koordinierungsgespräche mit den ÖBB betrauten Vertreter Wiens damit beauftragen. (Schluß) roh/bs

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Friedhofsgebühren werden angehoben

11 =Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie beschloß Dienstag mit Stimmenmehrheit eine Erhöhung der Friedhofsgebühren. Die Grabstellenentgelte werden um 3,2 Prozent, die Arbeitsentgelte um fünf Prozent angehoben. Voraussichtlicher Termin ist - nach der Beschlußfassung im Gemeinderat - der 1. März. Gleichzeitig erfolgte eine Neuverfassung der Tarifbestimmungen, die übersichtlicher und verständlicher wurden.++++

Die Erhöhung entspricht bei den Grabstellenentgelten dem Lebenshaltungskosten-Index bzw. bei den Arbeitsentgelten der Steigerung der Lohnkosten. Um die städtischen Friedhöfe technisch einwandfrei und unter Berücksichtigung der geforderten kulturellen Belange und eines zeitgemäßen Betriebes führen zu können, ist eine Reihe von Investitionen notwendig. Die wichtigsten Punkte: Umbau und Sanierung der Simmeringer Feuerhalle mit Errichtung der zwei restlichen Kremationsöfen, Weiterführung der Reaktivierung der ehemaligen 16 Sperrfriedhöfe, Kanalisierung des Zentralfriedhofes, laufende Instandsetzungsarbeiten in praktisch allen Friedhöfen.

Weiters nahm der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie mit Stimmenmehrheit eine Erhöhung der Kundenpreise der städtischen Friedhofsgärtnerei um vier Prozent zur Kenntnis, was dem durch die paritätische Kommission genehmigten Preisantrag der Landesinnung Wien der Gärtner entspricht. Die Relation der Preise der städtischen Friedhofsgärtnerei zu denjenigen der Privatgärtner bleibt damit unverändert.

Ein ÖVP-Antrag auf Privatisierung der städtischen Friedhofsgärtnereien wurde im Ausschuß abgelehnt. Stadtrat Johann HATZL sagte in der Begründung, daß die städtische Gärtnerei bei einer den Privatbetrieben ähnlichen Preisgestaltung, die bisher bewußt vermieden wurde, durchaus ausgeglichen arbeiten könnte, wobei noch zusätzlich für den Gesamtbetrieb der Friedhofsabteilung notwendige Arbeiten geleistet werden müßten. Die Städtische Gärtnerei bietet vergleichbare Leistungen um bis zu 60 Prozent billiger an. (Schluß) roh/rr

Studie "Lunge und Umwelt": Zwischenergebnis vorgelegt (1)

Utl.: Werden die Kinder krank, wenn's stinkt?

3 =Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Werden die Kinder häufiger krank, wenn's stinkt? Auf diese einfache Fragestellung läßt sich das Ziel einer Studie über "Lunge und Umwelt" bringen, die gegenwärtig im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt wird. Überraschendes Zwischenergebnis: Subjektiv empfundene schlechte Luftqualität ist nicht gleichzusetzen mit objektiv feststellbarer Luftbelastung. In den sogenannten "Schlecht-Luft-Bezirken" leiden die Kinder um nichts häufiger an Erkrankungen der Atemwege als in den sogenannten "Gut-Luft-Bezirken". Das gaben Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und der Vorstand der Lungenabteilung des Lainzer Krankenhauses Prim. Dr. Hartmut ZWICK Dienstag abend im Rahmen der Gesundheitspolitischen Presserunde Stachers bekannt.+++

Zwtl.: Kein Unterschied zwischen "Gut-Luft-" und "Schlecht-Luft-Bezirken" meßbar

Weil immer wieder erklärt wurde, etwa in Simmering würden häufiger Kinder an Atemwegserkrankungen leiden als in anderen Stadtteilen, gab Gesundheitsstadtrat Stacher im vergangenen Jahr den Auftrag, mögliche überdurchschnittliche Belastungen nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu überprüfen. Untersucht wurden in einer ersten Phase Kinder zwischen dem 6. und dem 11. Lebensjahr, weil sie einerseits häufiger für Bronchialerkrankungen anfällig sind als Erwachsene, zugleich aber an der wissenschaftlichen Erforschung von Krankheiten besser mitarbeiten können als kleinere Kinder. Außerdem halten sie sich mehr im unmittelbaren Wohnbereich bzw. der Wohnumgebung auf als Erwachsene. Gleichzeitig erhielten die Eltern der Kinder Fragebögen, die sie aus ihrer persönlichen Sicht beantworten sollten. Dabei zeigte sich, daß Eltern aus den Bezirken 2 und 11 eher annehmen, daß ihre Kinder unter umweltbedingten Bronchialerkrankungen leiden als Kinder aus den Vergleichsbezirken 13 und 23. Aufwendige Messungen der Vitalkapazität (Menge der ausgetauschten Luft) und der Sekundenkapazität (rasch ausgestoßene Luftmenge), beides Kriterien für den Zustand des Bronchialsystems, konnten die subjektive Empfindung nicht objektiv bestätigen.
(Forts.) and/bs

NNNN

Studie "Lunge und Umwelt": Zwischenergebnis vorgelegt (2)

Utl.: 60 besonders empfindliche Kinder werden weiter untersucht

4 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Untersuchungen wurden 60 Kinder ausgewählt, deren Bronchialsystem besonders empfindlich ist. Sie werden nun während der nächsten Monate laufend überwacht: sie tragen spezielle Sammelröhrchen, die von der Technischen Universität Zürich angeschafft wurden, mit denen die Stickoxidbelastung unmittelbar beim Kind selbst gemessen werden kann. Mit einer einfachen Lungenfunktionsanalyse werden diese Kinder außerdem permanent überwacht, und einmal wöchentlich werden sie von einem Mitarbeiter des Forschungsprojektes zu Hause besucht. Ziel des nun laufenden zweiten Teils der Studie ist es, den Einfluß höherer Luftschadstoffkonzentrationen auf ein überempfindliches kindliches Bronchialsystem objektiv zu erfassen, erklärte Prim. Dr. Zwick, der das Projekt betreut.

Zwtl.: Endgültige Ergebnisse voraussichtlich im April

Endgültige Ergebnisse dieser Untersuchung werden für April erwartet. Mit einer ähnlichen Aufgabenstellung läuft zur Zeit auch ein Forschungsprojekt des Gesundheitsamtes, das, so Stadtrat Stacher, nach seiner Fertigstellung ebenfalls der Öffentlichkeit präsentiert werden soll.

Ganz allgemein, meinte Stacher, sei es wichtig, die Qualität der Wiener Luft im Rahmen der Möglichkeiten zu verbessern, wie es bereits geschehe, doch verwahre er sich gegen eine Panikmache mit wissenschaftlich unbeweisbaren Behauptungen, wie dies in letzter Zeit immer wieder erfolgt sei. Abgesehen davon sei es falsch, ergänzte der Stadtrat, kleine Kinder unter einen "Glassturz" gegen virusbedingte Bronchialerkrankungen zu stellen, weil etwa dadurch im Kindesalter harmlose Krankheiten erst in späteren Jahren auftreten und dann zu gefährlichen Komplikationen führen könnten. Ein Kind, das in normaler Umgebung aufwächst, bekomme eben zu einer bestimmten Zeit Bronchitis, Kindergartenkinder durch die größere Ansteckungsmöglichkeit häufiger als solche, die nur zu Hause aufwachsen, fügte Prim. Dr. Zwick hinzu. (Schluß) and/rr

Neues Pflegeheim im Psychiatrischen Krankenhaus

Utl.: 139 Betten zur Weiterbetreuung wiederhergestellter
Pflegerlinge - Teil der Psychiatriereform

5 =Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Als wichtiges Ergebnis der Psychiatriereform bezeichnete Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER die bevorstehende Umwandlung von Pavillons des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe in ein Pflegeheim. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales beschloß Dienstag nachmittag die Umwandlung der Pavillons 5 und 11 für diesen Zweck. Im neuen Pflegeheim werden 139 Betten für ehemals psychisch Kranke, die keiner weiteren psychiatrischen Betreuung mehr bedürfen, zur Verfügung stehen. Das neue Pflegeheim wird verstärkte internistische Pflege ermöglichen. Es wird den Namen "Pflegeheim Sanatoriumstraße" tragen.++++

(Schluß) and/rr

NNNN

Um eineinhalb Millionen mehr für Behinderten-Fahrtendienst

Utl.: Gemeinderatsausschuß beschloß neue Verträge

6 =Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Für die 510 Behinderten, die täglich auf Kosten der Stadt Wien zu Behinderteneinrichtungen, Schulen oder Arbeitsplätzen gebracht werden, beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales Dienstag nachmittag den Abschluß neuer Verträge. Sie entsprechen den erhöhten Aufwendungen der Vertragspartner und machen zusätzliche Mittel der Stadt Wien in Höhe von 1,556.000 Schilling notwendig. Das Sozialamt der Stadt Wien bedient sich zur Durchführung des Fahrtendienstes privater Organisationen beziehungsweise Mietwagenunternehmen.++++

Die Beförderungsentgelte waren seit zweieinhalb Jahren nicht mehr angehoben worden, und die Mietwagenunternehmer beantragten daher angesichts gestiegener Kosten eine Erhöhung der Pauschalsätze. Aus diesem Grund wurden die Verträge per Jahresende 1985 aufgelöst und der Fahrtendienst neu öffentlich ausgeschrieben. Allerdings konnte mangels ausreichender Kapazität der Billigstbieter nicht allein zum Zug kommen. Aus diesem Grund wurden nun die Firmen Franko, Haas & Co., Eiseler & Löffler sowie Lazarus-Hilfswerk beauftragt. Dabei wurde auch auf die Ausrüstung mit entsprechenden Spezialfahrzeugen und die notwendigen Erfahrungen für solche Transporte Bedacht genommen. (Schluß) and/bs

NNNN

Familiensonntag am 23. Februar

7 Wien, 19.2. (RK-LOKAL) Zum "Wasserzirkus" im Hallenbad Floridsdorf, einer "Familienparty" in den Sofiensälen, zu einem Besuch in den Prunkräumen des Wiener Rathauses und vielen anderen interessanten Veranstaltungen für Kinder und Eltern ladet das Landesjugendreferat am Familiensonntag, am 23. Februar, ein.

Weitere Programmpunkte:

- o "Märchen-Clown-Programm" in der Volkshochschule Margareten
- o "Informationsveranstaltung über und für Pflegefamilien" im Zentrum 22
- o "Musik aus Lateinamerika" im Konzerthaus
- o "Winterfreuden" am Cobenzl.

Im Rahmen eines Animationsprogrammes stellt Erich SCHLEYER das neu renovierte Raimundtheater den Familiensonntagsbesuchern vor.
(Schluß) je/rr

NNNN

Mitbestimmungsoffensive im Gemeindebau (1)

9 =Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Eine großangelegte Offensive zur Verankerung einer umfassenden Mietermitbestimmung im Gemeindebau startet nunmehr die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Mietervereinigung. StR. Ing. Fritz HOFMANN, Ressortchef der städtischen Wohnhäuserverwaltung, und Dr. Heinrich KELLER, Präsident der Mietervereinigung Österreichs, haben grundsätzliche Übereinstimmung darüber erzielt, daß die Mitbestimmung im Bereich städtischer Wohnhausanlagen in Wien auf vertraglicher Basis verwirklicht werden soll. Darüber hinaus wird es, wie Hofmann der "RATHAUSKORRESPONDENZ" ergänzend mitteilte, bei allen künftigen kommunalen Wohnhausanlagen eine Mitbestimmung der Mieter bereits während der Planungs- und der Bauphase geben.+++

Zwtl.: Demokratisierung des Wohnens - Vertrag zwischen Stadt Wien und Mietervereinigung

Zwischen der Gemeinde Wien als Hauseigentümer und der Mietervereinigung Österreich als Mietervertreter soll eine Vereinbarung bzw. ein Statut abgeschlossen werden, daß die Mitbestimmung der Mieter im Bereich des Wohnens garantiert. Nach der zwischen der Gemeinde Wien und der Mietervereinigung erzielten grundsätzlichen Übereinstimmung soll ein derartiges Statut folgende Bestimmungen enthalten:

- o Das Statut soll zwischen der Gemeinde Wien und der Mietervereinigung vereinbart werden und für eine Probezeit befristet sein. Es soll für alle Mieter städtischer Wohnhausanlagen Gültigkeit besitzen.
- o Nach dem Statut sollen in allen städtischen Wohnhausanlagen Mieterbeiräte gebildet bzw. Mieterbeauftragte gewählt werden. Die Mieterbeiräte bzw. Mieterbeauftragten sollen in jeder städtischen Wohnhausanlage nach den Grundsätzen der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl gewählt werden.
- o Die Mieterbeiräte bzw. Mieterbeauftragten sollen das Recht erhalten, die Einhaltung der Berechnung und Verwendung der Mietzinse und sonstigen Einnahmen des Hauses betreffenden Vorschriften zu überwachen. Sie sollen berechtigt sein, in alle von der Hausverwaltung geführten Aufzeichnungen, Abrechnungen, Zahlungsbelege und sonstige Unterlagen einschließlich der Mietverträge Einsicht zu nehmen und sie zu überprüfen.

(Forts.) ger/bs

Mitbestimmungsoffensive im Gemeindebau (2)

10 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL)

- o Sie sollen berechtigt sein, in allen Angelegenheiten, die die Interessen der Mieter berühren, bei der Hausverwaltung entsprechende Maßnahmen zu beantragen und die Beseitigung von Mängeln zu verlangen. Sie sollen insbesondere berechtigt sein, die Durchführung von Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten zu verlangen und die nach den finanziellen Auswirkungen oder dem Stand der Technik zweckmäßige Koordination oder Reihung solcher Arbeiten zu verlangen.
- o Die Mieterbeiräte bzw. Mieterbeauftragten sollen vor Errichtung, Ausgestaltung oder Auflassung von Gemeinschaftseinrichtungen wie Gemeinschaftsräumen, Kinderspielplätzen und dgl. gehört werden. Sie sind weiters berechtigt, derartige Einrichtungen zu verlangen und zu verwalten.
- o Die Hausverwaltung soll verpflichtet sein, die Mieterbeiräte bzw. Mieterbeauftragten über alle Angelegenheiten, welche die Verwaltung, Erhaltung und Verbesserung des Hauses betreffen, Auskunft zu erteilen und sie anzuhören.
- o Vor jeder Kündigung oder Räumung eines Mieters soll der Mieterbeirat bzw. Mieterbeauftragte verständigt werden.
- o In den Wohnhausanlagen ist eine Anzeigetafel für Mitteilungen des Mieterbeauftragten einzurichten und nach Möglichkeit dem Mieterbeirat ein Raum für seine Tätigkeit zur Verfügung zu stellen.
- o Mit dem Mieterbeirat bzw. den Mieterbeauftragten ist spätestens vor Ablauf eines jeden Kalenderjahres eine Beratung über die für das nächste Kalenderjahr in Aussicht genommenen Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten, deren voraussichtliche Kosten und Bedeckung, sowie über die sonst vorhersehbaren Aufwendungen und Belastungen abzuhalten. Der Mieterbeirat bzw. Mieterbeauftragte soll jeweils vor Durchführung einer nicht bloß unbedeutenden Erhaltungs- oder Verbesserungsarbeit unter Vorlage eines Kostenvoranschlages unterrichtet werden.
- o Der Mieterbeirat bzw. Mieterbeauftragte soll vor Anstellung bzw. Kündigung des Hausbesorgers gehört werden.
- o Die Hausordnung kann durch Vereinbarung zwischen Hausverwaltung und Mieterbeirat bzw. Mieterbeauftragten abgeändert bzw. ergänzt werden.

(Forts.) ger/bs

Mitbestimmungsoffensive im Gemeindebau (3)

Utl.: Verhandlungskomitee wird eingesetzt

11 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Ausgehend von der zwischen der Stadt Wien und der Mietervereinigung Österreichs erzielten grundsätzlichen Übereinkunft wurde die Einsetzung eines Verhandlungskomitees vereinbart, das die Ausformulierung des Statuts "Demokratisierung des Wohnens" vornehmen soll.

Zwtl.: Mitbestimmung auch bei der Planung

Bei allen städtischen Wohnhausanlagen, die in Zukunft gebaut werden, wird es eine Mitbestimmung der künftigen Mieter bereits in der Planungs- bzw. Bauphase geben, teilte Stadtrat Hofmann dazu ergänzend mit. Bei Bauvorhaben bis maximal 70 Wohnungen wird sich die Mitbestimmungsmöglichkeit der einzelnen Mieter nicht nur auf persönliche Wünsche bei der Wohnungsausstattung (Boden- und Wandbeläge, Elektro- und Sanitärinstallationen), sondern auch auf die Grundrißgestaltung erstrecken. Bei Wohnbauvorhaben mit mehr als 70 Wohnungen (sie sind im künftigen kommunalen Wohnbau in der Minderheit) beschränkt sich die Mitbestimmung auf die Wohnungsausstattung, Grundrißveränderungen sind hier nicht möglich. In allen künftigen Wohnhausanlagen der Stadt Wien sollen die Mieter über die Ausstattung der Gemeinschaftsräume und Außenanlagen mitentscheiden können. Vier Projekte mit Mietermitbestimmung mit zusammen 72 Wohnungen sind derzeit in Bau (3., Untere Weißgerberstraße 4; 4., Goldeggasse 4; 6., Marchettigasse 16; 15., Beckmannngasse 64). 20 Wohnhausanlagen mit zusammen 1.468 Wohnungen werden in nächster Zeit begonnen, weitere 34 Wohnhausanlagen mit zusammen 3.892 Wohnungen sind in Planung. (Schluß) ger/bs

NNNN

Herkunftslisten und rigorose Kontrollen gegen Antibiotika- mißbrauch (1)

Utl.: Seit einer Woche gibt es keine Beanstandungen mehr

12 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK angeordnete Veröffentlichung einer "schwarzen Liste" mit den Namen jener Betriebe, denen die Lieferung antibiotikahältigen Fleisches nach Wien nachgewiesen wurde, sowie die rigorosen Kontrollen durch Amtstierärzte und Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien haben sich äußerst positiv ausgewirkt, erklärte Mittwoch Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL. Diese Maßnahmen haben bewirkt, daß seit einer Woche trotz gezielter Kontrollen keine derartigen Rückstände mehr festzustellen sind.

In der Woche nach Veröffentlichung der "schwarzen Liste" wurden noch drei Lieferungen beanstandet. Diese Schweinehälften wurden von Betrieben geliefert, die bereits auf der Liste standen. Wie in den meisten anderen Fällen auch, sind dies jedoch Betriebe, die nicht selber produzieren, sondern Vieh von den Mästern aufkaufen. Es liege deshalb auch im Interesse der Händler, jene Produzenten ausfindig zu machen, die Antibiotika illegal verabreichen. Die Konsumentenstadträtin hat deshalb die Weisung erteilt, daß jene Betriebe, die auf der Liste stehen, ihre Lieferungen nach Wien mit einer Herkunftsliste zu versehen haben. Die Schweinehälften müssen entsprechend dieser Liste markiert sein. Dieser Forderung kamen die Lieferanten anstandslos nach. Durch dieses Vorgehen ist es den Amtstierärzten möglich, Proben von jedem Mastbetrieb zu ziehen und einen etwaigen Mißbrauch sofort namhaft zu machen. Dadurch werden auch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wesentlich beschleunigt und erleichtert. Sollten Lieferungen ohne Herkunftslisten in Wien eintreffen, werden sie auf Kosten der Lieferanten gelagert und Stück für Stück untersucht. (Forts.) lei/rr

Herkunftslisten und rigorose Kontrollen gegen Antibiotika- mißbrauch (2)

Utl.: Lieferanten haben Konsequenz gezogen

13 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) In den vergangenen zwei Wochen wurden knapp 1.400 Schweine auf Antibiotika untersucht. Die Zahl der beanstandeten Proben hat sich bis vor einer Woche um vier auf 16 erhöht, wobei die Zahl der beanstandeten Lieferanten (neun) gleich blieb. Die Tatsache, daß seit 12. Februar keine Antibiotikarückstände mehr gefunden wurden, läßt darauf schließen, daß die Maßnahmen der Stadtverwaltung gegriffen und die nach Wien liefernden Händler ebenfalls Konsequenzen gezogen haben und sich jetzt weigern, Schweine von bereits beanstandeten Mastbetrieben aufzukaufen.

Die schwerpunkt- und stichprobenmäßigen Kontrollen werden in nächster Zeit strengstens fortgesetzt, erklärte Seidl. Auch die in den ersten Fällen praktizierte Vorgangsweise, daß bei einer positiven Probe die zuständige Staatsanwaltschaft sofort telefonisch benachrichtigt wird, noch bevor die Anzeige schriftlich erstattet werden kann, soll beibehalten werden. Trotzdem sei es dringend notwendig, daß die Gesetzgebung sowie die Kontrollen in den Herkunftsgebieten der Schweine verbessert werden, forderte die Stadträtin. Im Interesse der Konsumenten müsse ein für alle Mal den kurpfuscherischen Praktiken einzelner Mäster ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden. (Schluß) lei/gg

NNNN

Wiener FPÖ bietet Mithilfe bei Großprojekten an

14 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ forderte Mittwoch in einer Pressekonferenz eine "projektbezogene" Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in Wien. Damit könnten, so Pawkowicz, kommunale Fehlleistungen bei Großprojekten in Zukunft vermieden werden. Pawkowicz beklagte die mangelnde Information seitens der SPÖ, die der FPÖ eine Mithilfe bei der Lösung der anstehenden Probleme unmöglich mache.

Als eines dieser kommenden Probleme bezeichnete Pawkowicz den U-Bahn-Bau. Im Bauabschnitt der U 3 zwischen Westbahnhof und Kardinal-Rauscher-Platz seien ähnliche Probleme wie am Gaudenzdorfer Gürtel zu erwarten, da auch dort, in der Gasgasse, sich bis in die Zwanziger Jahre eine Gasfabrik befand und kontaminiertes Erdreich zu befürchten sei. Pawkowicz forderte deshalb neben den geologischen und archäologischen Untersuchungen des Bodens auch chemische Prüfungen bei der Planung der U-Bahn-Trassen. (Schluß) roh/bs

NNNN

"Otto Kallir-Nirenstein" - Ausstellung im Historischen Museum
15 =Wien, 19.2. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt bis 27. April die Ausstellung "Otto Kallir-Nirenstein - ein Wegbereiter österreichischer Kunst". Die Schau dokumentiert die Bedeutung des Sammlers, Verlegers, Kunsthändlers und Wissenschaftlers Kallir-Nirenstein für die österreichische Kunstszene der Zwischenkriegszeit.++++

Otto Kallir-Nirenstein war seit 1919 als Verleger tätig, seit 1923, dem Gründungsjahr seiner Neuen Galerie in der Grünangergasse als Kunsthändler. Mit seinen bibliophilen Ausgaben (Verlag Neuer Graphik, Johannes-Presse) sind vor allem die Namen Egon Schiele, Gustav Klimt, Oskar Kokoschka und Alfred Kubin verbunden. Die Nachlässe von Peter Altenberg und Richard Gerstl wurden von Kallir-Nirenstein in ihrem Wert erkannt und für die Nachwelt gesichert. Darüber hinaus edierte und zeigte er auch bedeutende ausländische Künstler des 20. Jahrhunderts.

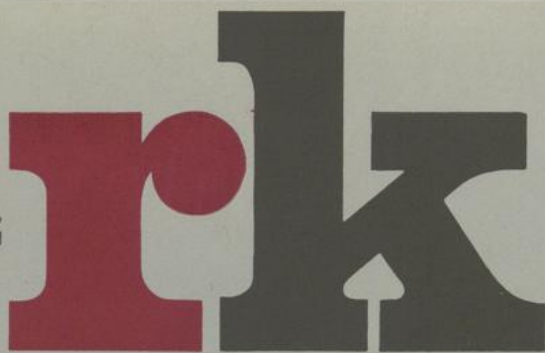
1938 mußte Kallir-Nirenstein Wien verlassen und gründete in New York die Galerie St. Etienne, deren Hauptaufgabe bis heute im Aufzeigen österreichischer Kunst des 20. Jahrhunderts besteht.

In der Ausstellung im Historischen Museum sind Dokumente zur Person und zur Verleger- und Galeristentätigkeit von Otto Kallir-Nirenstein sowie Werke jener Künstler, denen er seine Tätigkeit widmete, zu sehen. Die Ausstellung ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr zu sehen. Ein Katalog mit 18 Farbtafeln ist zum Preis von 130 Schilling erhältlich. (Schluß) gab/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 20. Februar 1986

Blatt 406

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Strahlt wie neu: Mariensäule vor der Piaristenkirche
(rosa) Neues Kindertagesheim in Döbling
Ronacher: Nun kauft die Gemeinde das Gebäude
Siemens investiert 1 Milliarde in Wien
Im Vorjahr 48 Betriebsan- und -umsiedlungen in Wien
Ehrung für vier Lebensretter

Lokal: Ältester Josefstädter feiert 101. Geburtstag
(orange) Schneeräumaktion: bitte bis Samstag Autos vom
Rathausplatz holen!

Sport: Österreicher Hartmann verteidigt den Marathon-Titel
(grün)

Nur
über FS: Hohe Auszeichnungen für Sportler

Strahlt wie neu: Mariensäule vor der Piaristenkirche

Utl.: Rautner: Statische Sicherung durch Stahlkern

1 =Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Jetzt strahlt sie wieder wie neu: die 1713 errichtete Mariensäule auf dem Jodok-Fink-Platz vor der Piaristenkirche in der Josefstadt. Die Restaurierungsarbeiten, die von der Magistratsabteilung 26 geleitet wurden, konnten vor kurzem abgeschlossen werden. Im Jahr 1984 mußte die Säule abgetragen werden, da sich der Sockel gesenkt und die Säule schiefgestellt hatte. Grund für die gefährliche Neigung war, daß der Grund nachgegeben hatte und daß sich die Verklammerungen von Sockel und Säulenschaft gelockert hatten. Die Sanierung des Denkmals erfolgte, wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, durch einen hochwertigen Stahlanker, der sechs Meter tief in den Denkmalsockel und das Ziegelfundament eingebracht wurde. Auf den zehn Meter über den Sockel reichenden Stahlkern wurden dann die durchbohrte Säule, das Kapitell, die Weltkugel und die Marienstatue aufgesetzt. Die Kosten für die Restaurierung der Mariensäule betragen rund 650.000 Schilling.++++

Um eine feste Verbindung zwischen dem Thorstahldorn und dem Sockel und der Säule herzustellen, wurde unter Hochdruck ein Spezialzement eingepreßt. Dadurch sind nun Fundament, Denkmalsockel, Säule und Kapitell statisch gesichert. Die Marienstatue, die Weltkugel, das Kapitell, Schriftfelder und die auf eigenen kleinen Sockeln stehenden Figuren der Heiligen Joachim, Anna und Josef wurden in den Werkstätten des Bundesdenkmalamtes wiederhergestellt und nachvergoldet, das Steinmaterial wurde überdies wasserabweisend imprägniert. Im Blumenbeet wurden Rosen gepflanzt.

Die Mariensäule wurde von Georg Konstantin Freiherr von Simich gestiftet - "als Zeichen zu erhoffenden Heils während der wütenden Pest". Sie wurde von Jakob Philipp Prokop aus dichtem Leitha-Kalksandstein errichtet und am 2. August 1713 eingeweiht. (Schluß)
sc/gg

Ältester Josefstädter feiert 101. Geburtstag

2 Wien, 20.2. (RK-LOKAL) Der zur Zeit älteste Bewohner der Josefstadt, Herr Johann ZOUPINA aus der Pfeilgasse 26, feierte kürzlich seinen 101. Geburtstag. Donnerstag stattete Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hannes ZIMA dem Jubilar einen Besuch ab, um ihm im Namen der Josefstädter Bevölkerung zu gratulieren. Im 8. Bezirk gibt es auch noch zwei 100jährige Frauen.

Der Jubilar wurde am 16. Februar 1885 in Mitrov, CSSR, geboren. Herr Zouplna, von Beruf Schneidermeister, ist seit 13 Jahren verwitwet. Er hat einen Sohn, mit dem er im gemeinsamen Haushalt lebt, und ein Enkelkind. In der Josefstadt wohnt er seit 1976.
(Schluß) red/rr

NNNN

Neues Kindertagesheim in Döbling

4 Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Kindertagesheim, das in die Wohnhausanlage Heiligenstädter Straße - Radelmayergasse - Guneschgasse integriert ist, eröffnete Donnerstag Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL. Das Kindertagesheim verfügt über eine Kleinkinderkrippe und zwei Kindergartengruppen. Rund 7,5 Millionen Schilling betragen die Gesamtbaukosten für das Kindertagesheim Radelmayergasse 8, das rund 70 Kindern auf 410 Quadratmetern Nutz- und 1.100 Quadratmetern Freifläche Platz bietet. (Schluß) je/gg

NNNN

Ronacher: Nun kauft die Gemeinde das Gebäude

5 =Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Nun wird die Gemeinde Wien das Ronacher kaufen, und zwar zu den gleichen Bedingungen, wie es ursprünglich die Immobilienfirma IPG, eine Tochter der Hofman & Maculan-Gruppe, kaufen wollte, erklärten Vizebürgermeister Hans MAYR und Dipl.-Ing. Dr. Alexander MACULAN Mittwoch abend in einem Pressegespräch. Der Kaufpreis beträgt 74 Millionen Schilling. Die Planung und die Bauaufsicht wird jedoch weiterhin über die IPG abgewickelt, wobei nach Fertigstellung der Planung die einzelnen Gewerke öffentlich ausgeschrieben werden. Bei dieser öffentlichen Ausschreibung der Gewerke wird sich der Planer Hofman & Maculan selbstverständlich nicht bewerben.++++

Zwtl.: Wachsfigurenkabinett im Ronacher

Über die Initiative des österreichischen Verkehrsbüros laufen derzeit Verhandlungen, im Ronacher ein Wachsfigurenkabinett in Lizenz des Londoner Vorbildes "Madame Tussaud" einzurichten. In 14 Tagen kommen Vertreter der englischen Betriebsgesellschaft nach Wien, um sich das Ronacher anzuschauen. Die Engländer haben großes Interesse, sie würden ihr Know-how zur Verfügung stellen, sie würden aber auch in eine gemeinsam mit dem österreichischen Verkehrsbüro und der Wiener Holding zu gründende Gesellschaft als Gesellschafter eintreten. Die Mehrheit in der Gesellschaft hätte das österreichische Verkehrsbüro.

Als Örtlichkeit für ein Wachsfigurenkabinett im Ronacher käme das Kellergeschoß in Frage. (Schluß) sei/gg

NNNN

Siemens investiert eine Milliarde in Wien

Utl.: Bund und Wien fördern die Projekte mit 150 Millionen

6 =Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Die Firma Siemens, die zu 56,4 Prozent im Eigentum der Siemens Beteiligungs-AG und zu 43,6 Prozent im Eigentum der ÖIAG steht, wird 1986 und 1987 in Wien 1,052 Milliarden Schilling investieren, um den Wiener Standort mit rund 8.000 Beschäftigten vor allem auf dem Gebiet der Elektronik international konkurrenzfähig halten zu können. Dafür ist eine öffentliche Förderung von 150 Millionen vorgesehen, die sich der Bund und die Stadt Wien im Verhältnis von 2 : 1 teilen sollen, gab Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch abend in einem Pressegespräch bekannt.++++

Das sind die Projekte von Siemens in Wien:

- o Im 3. Bezirk auf der Erdberger Lände 26 (ehemalige Vereinigte Metallwerke AG) wird eine neue Fabrik für elektronische Geräte und Systeme errichtet. Das Investitionserfordernis: 379 Millionen. In der neuen Fabrik werden 550 Personen arbeiten.
- o In der Gudrunstraße in Favoriten wird Siemens auf dem Gelände der ehemaligen Felten & Guillaume AG ein Bürogebäude für 800 Arbeitnehmer errichten. Die Investitionskosten betragen 440 Millionen. Dort werden auch die Abteilungen für Programm- und Systementwicklung (Software-Erstellung) untergebracht.
- o Für die Erweiterung der Lehrwerkstätten in der Siemensstraße im 21. Bezirk werden Investitionen von 45 Millionen getätigt.
- o Ebenfalls in der Siemensstraße in Floridsdorf wird ein neues Konstruktionsgebäude mit 149 Millionen gebaut. Dort wird die gesamte Konstruktionstätigkeit des Geschäftsbereiches "Energie-technik - Installationstechnik" konzentriert.
- o Im Bereich der Fertigung von Kabelnetzen wird eine Halle mit einem Investitionserfordernis von 38 Millionen errichtet.

(Schluß) sei/rr

NNNN

Schneeräumaktion: bitte bis Samstag Autos vom Rathausplatz holen!

Utl.: Aktion nun abgeschlossen

7 =Wien, 20.2. (RK-LOKAL) Die Schneeräumaktion in Wien, bei der mit Hilfe wechselseitig aufgestellter Halteverbote Schienenstraßen rasch und rationell vom Schnee befreit wurden, ist nun abgeschlossen: "Dank der hervorragenden Zusammenarbeit aller beteiligten Einsatzkräfte und der Unterstützung der Bevölkerung konnten wir in sieben Nächten insgesamt 30 Kilometer kritischer Stellen in Schienenstraßen räumen", betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN dazu gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Insgesamt 32.000 Kubikmeter Schnee wurden entfernt - und 367 Autos mußten vorübergehend ihren Parkplatz verlassen: 199 PKW konnten aber in unmittelbarer Nähe des ursprünglichen Parkplatzes wieder abgestellt werden, 161 Autos wurden zum Rathausplatz gebracht und sieben falsch geparkte PKW's landeten am Abstellplatz der MA 48 in der Eibesbrunnnergasse.+++

31 Autos allerdings scheinen ihren Besitzern noch nicht zu fehlen - sie stehen derzeit noch am Rathausplatz. Der Mobile Bürgerdienst bittet die Autobesitzer, ihren fahrbaren Untersatz bis Samstag abend abzuholen; ab Sonntag werden auch diese Fahrzeuge (allerdings nicht kostenpflichtig) auf den Abstellplatz Eibesbrunnnergasse gebracht, da manche Autofahrer den Rathausplatz nun bereits mit einem richtigen Parkplatz verwechseln und ihren Wagen dazustellen wollen. Autobesitzer aus einer der geräumten Straßen, die ihr Fahrzeug nun nicht finden, werden ersucht, sich an das zuständige Wachzimmer zu wenden: die im Rahmen der Aktion abtransportierten Fahrzeuge wurden dort bekanntgegeben.

Die Schneeräumaktion wurde in Teilen folgender Straßen durchgeführt:

Prinz-Eugen-Straße; Rennweg; Löwengasse; Radetzkystraße; Breite Gasse; Siebensterngasse; Westbahnstraße; Alser Straße; Kinderspitalgasse; Spitalgasse; Neustiftgasse; Währinger Straße; Gentzgasse; Kreuzgasse; Lerchenfelder Straße; Herbeckstraße; Hernalser Hauptstraße; Klosterneuburger Straße; Jägerstraße; Schloßhofer Straße; Jonasplatz; Gersthofer Platz; Gersthofer Straße; Ungargasse; Landstraßer Hauptstraße; Porzellangasse; Laxenburger Straße.
(Schluß) hrs/rr

Im Vorjahr 48 Betriebsan- und umsiedlungen in Wien (1)

8 =Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Wirtschaftsförderungs-fonds (WWFF) konnte im Jahr 1985 in Wien 48 Betriebe neu ansiedeln, gab Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch abend in einem Presse-gespräch bekannt. Die von den Betrieben dafür benötigte Fläche betrug rund 280.000 Quadratmeter, auf diesen Flächen investieren die Betriebe rund 1 Milliarde Schilling, sie schaffen außerdem rund 2.500 Arbeitsplätze.++++

Von den im Vorjahr abgewickelten Ansiedlungen entfallen 78 Prozent auf Umsiedlungen innerhalb Wiens oder auf Erweiterungen, 22 Prozent sind echte Neuansiedlungen.

Die Betriebsansiedlung erstreckt sich über das ganze Wiener Stadtgebiet. "Renner" ist nach wie vor der Süden Wiens, wo sich um die Kurier-Druckerei entlang der Südautobahn ein respektables neues Betriebsgebiet entwickelt. Doch auch im Norden Wiens tut sich einiges: im Oktober 1985 wurde das Betriebsbaugelände Scheydgasse (die ehemaligen VEW-Werke) eröffnet, nun konzentriert sich das Interesse auf die Verwertung der ehemaligen Lokomotivfabrik an der Brünner Straße in Floridsdorf. Rund 50.000 Quadratmeter des 150.000 Quadratmeter großen Areals sind dort bereits verkauft - Firmen wie Möbel Lutz, Karl Kraus Erben (Baumarkt), Faustenhammer (Produktions-betrieb), Grico (Vorhänge), Schindler (KFZ-Reparaturwerk) haben bereits einen Vertrag unterzeichnet und werden sich dort niederlassen. Das Interesse für diesen Standort ist äußerst groß - man könnte alle freien Flächen in Kürze verkaufen, wenn die Stadt nicht Wert darauf legen würde, eine Mischung von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen dort unterzubringen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Im Vorjahr 48 Betriebsan- und umsiedlungen in Wien (2)

9 Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Während vor Jahren Betriebe fast ausschließlich am Stadtrand angesiedelt wurden, kommt nun das dicht verbaute Stadtgebiet immer stärker zum Zug. Drei Beispiele dafür: das "Institut für Oncogenforschung", die Firma "Berthold & Stempel" und die Firma "Arnold & Richter".

Die Firma Boehringer-Ingelheim und die Firma Genentech errichten im 3. Bezirk in der Dr.-Bohr-Gasse 7 ein Forschungsinstitut zur Erforschung der Ursache von Krebserkrankungen, Berthold & Stempel (Mechanik, Schriftgießerei, Elektroinstallationen) läßt sich im Gewerbepark Favoriten nieder (und ist dort mit einem Umsatz von rund 440 Millionen und mit 168 Beschäftigten ein "Zugpferd"), das Münchner Unternehmen Arnold & Richter (1.400 Mitarbeiter, Filmkameras, Entwicklungsmaschinen) wird in der Mariahilfer Straße 136 (ehemaliges Miele-Haus) ein Stockwerk mieten und dort einen Teil ihrer Entwicklungsarbeit aufnehmen.

Ein weiteres Stadterneuerungsprojekt des WWFF wird im März 1986 in Ottakring auf den ehemaligen Austria-Email-Gründen gestartet: dort entsteht eine Wohnhausanlage mit 270 Wohnungen. Innerhalb der Anlage sind 20.000 Quadratmeter für eine betriebliche Nutzung vorgesehen. Die Fertigstellung der Anlage ist für 1988 vorgesehen.
(Schluß) sei/gg

NNNN

österreichischer Hartmann verteidigt den Stadtmarathon-Titel

10 Wien, 20.2. (RK-SPORT) Ausgezeichnet besetzt ist der dritte Wiener Stadtmarathon und -lauf, der am 13. April mit Start um 10 Uhr vor dem Rathaus und Ziel auf dem Heldenplatz in Szene gehen wird: Derzeit liegt die definitive Nennung von 752 Marathonläufern aus 14 Nationen vor. Der Veranstalter rechnet damit, daß insgesamt mehr als dreitausend Marathon- und siebentausend Volksläufer antreten werden. Zu den prominenten Startern gehört der österreichischer Gerhard HARTMANN, der im vergangenen Jahr gewann und seinen Titel vor allem gegen Spitzenathleten aus Tansania und Äthiopien wird verteidigen müssen. Aus der BRD liegt die definitive Zusage von Jürgen HÜSEMANN vor, dem Vierten des Jahres 1985. Bei den Frauen zählt die Österreicherin Henriette FINA zum engsten Kreis der Sieganwärterinnen, neben der dreifachen Juniorensiegerin des New Yorker Marathons, Birgit LENNARTZ, soll auch die Weltklasseathletin Grete WAITZ in der Bundeshauptstadt an den Start gehen. Kaiserschmarrenparty und Frühstücksbuffet mit Streckenbesichtigung auf dem Donauturm stehen auch diesmal auf dem Programm.

Zwtl.: Diesmal Frühlingsläufe über 5 Kilometer und 13 Kilometer

Auf Anregung von Sportstadtrat Franz MRKVICKA wird erneut der seit Jahren beliebte Frühlingslauf durchgeführt. Um jedermann den Start zu ermöglichen, stehen diesmal Strecken über fünf Kilometer und 13 Kilometer zur Auswahl, wobei der Ring einmal bzw. zweimal mit einer Schleife durch den 9. Bezirk zu bewältigen ist. In einem Prominententeam, das am 5-Kilometer-Lauf teilnehmen wird, tritt unter anderen Judo-Olympiasieger und Weltmeister Peter SEISENBACHER an.

Anmeldungen für den Frühlingslauf sind ab 3. März in allen Filialen der Zentralsparkasse sowie von Ankerbrot möglich. Die Startgebühr beträgt 50 Schilling, in Gruppen (ab 15 Personen) 40 Schilling.

Die Teilnehmergebühr für den Marathonbewerb beträgt 300 Schilling, Anmeldungen nimmt die Interconvention, Postfach 80, 1170 Wien (Tel. 57 62 88 oder 57 63 05 sowie Telex 11 12 10) entgegen. Wie schon im vergangenen Jahr gewähren die ÖBB für alle Teilnehmer einen 50prozentigen Fahrpreisnachlaß. (Forts. mgl.)
hof/rr

Ehrung für vier Lebensretter

11 Wien, 20.2. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL überreichte Donnerstag an vier Polizisten, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens eine Frau aus ihrer brennenden Wohnung gerettet hatten, Rettungsmedaillen des Landes Wien. Ausgezeichnet wurden die Revierinspektoren Walter BIBER (38) und Reinhard ERNST (28) sowie die Inspektoren Reinhard FISCHER (28) und Thomas SALOMON (24).

Die beiden Funkstreifenbesatzungen der Sicherheitswache Favoriten waren am 18. November 1985 zu einem Brand in die Pernerstorfergasse 84-86 beordert worden. Die Polizisten drangen ohne Hilfsmittel in die brennende und von Rauch erfüllte Wohnung ein und fanden auf einem Sofa liegend eine bewußtlose Frau. Nur mit vorgehaltenen nassen Handtüchern gelang die Bergung der Frau.

Stadtrat Seidl wies bei der Überreichung der Rettungsmedaillen darauf hin, daß gerade diese Art von Mut unter Einsatz des eigenen Lebens in der Öffentlichkeit gewöhnlich viel weniger gewürdigt werde als zum Beispiel das Risiko eines Autorennfahrers.

An der Ehrung nahmen auch Gemeinderatsvorsitzender Leopold WIESINGER, Stadtrat Anton FÜRST und Bezirksvorsteher Leopold PRUCHA teil. (Schluß) roh/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 21. Februar 1986

Blatt 417

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: "Die Stadt Wien hilft" - neue Auflage erschienen
(rosa) Goldenes Ehrenzeichen an Dr. Eibl
Spatenstich für U 3-Abschnitt Herrengasse
Gleichenfeier beim Zubau Sophienspital
Erhöhung der Parkometergebühren beschlossen

Lokal: "Wenia-Wienne-Wien" im Bezirksmuseum Hernals
(orange)

Nur
über FS: Wasserrohrbruch in der Strozzigasse
Langlauffest im Donaupark

"Die Stadt Wien hilft" - neue Auflage erschienen

Utl.: Auf den neuesten Stand gebracht und erweitert

1 =Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Mit neuem Gesicht, auf den neuesten Stand gebracht und erweitert präsentiert sich die Broschüre "Die Stadt Wien hilft", die nun in der Auflage 1986 erschienen ist. Man bekommt sie in den Sozialämtern, der Stadtinformation (Telefon 43 89 89) und den Bürgerdienst-Außenstellen, und sie wird bei praktischen Ärzten, in Apotheken und in den Bezirksvorstehungen aufliegen. Der nun erschienene 12. Jahrgang enthält alle sozialen Hilfen, die von der Stadt Wien angeboten werden, sowie die Adressen der Hilfs- und Beratungseinrichtungen. Neu aufgenommen wurden die Außenstellen des Wohnungsamtes und die Wohnungskommissionen.++++

Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER stellt im Vorwort zu dieser Broschüre fest, daß das in Wien einmalige System der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und privaten Diensten sowie die große Zahl der vorhandenen Hilfsangebote gerade in Zeiten, in denen in anderen Ländern Sozialleistungen abgebaut werden, international großes Interesse und Bewunderung findet. Durch die Vielfalt der Leistungen sei sichergestellt, daß möglichst für jedes auftauchende Problem eine Hilfsmöglichkeit geboten werden kann. (Schluß) and/bs

NNNN

Freitag, 21.2.1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 419

Goldenes Ehrenzeichen an Dr. Eibl

2 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Sozialstadtrat
Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Freitag das Goldene
Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Dr. Hans EIBL. Der
Chemiker ist seit 1973 Direktor für Forschung, Entwicklung und
Produktinformation der Immuno AG für Chemisch-Medizinische Produkte.
(Schluß) and/rr

NNNN

Spatenstich für U 3-Abschnitt Herrengasse

3 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Am Montag, dem 24. Februar, findet um 9 Uhr am Minoritenplatz der Spatenstich für den Bauabschnitt "Herrengasse" der U 3 statt. Der Rohbau wird in diesem Abschnitt bis September 1989 dauern. Die Gesamtkosten betragen rund 1,4 Milliarden Schilling.

Dieser neunte Abschnitt der U 3 erstreckt sich über 875 Meter vom Graben bis zur Bellaria. Gebaut werden zwei eingleisige Streckentunnel, die Station "Herrengasse" im Bereich des Minoritenplatzes und zwei Lüftungsbauwerke im Volksgarten und in der Neubadgasse.

Die Errichtung der Tunnel und der Stationsröhren erfolgt in geschlossener Bauweise. Für den Schacht und das Sperrengeschoß der Station werden Schlitzwände benötigt, mit deren Bau nun begonnen wird. Die Aushubarbeiten und die Herstellung der Decken sollen in diesem Bereich (Minoritenplatz) bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. In offener Bauweise müssen auch die beiden Lüftungsbauwerke und der Schacht für den Stationsaufgang in der Fahnengasse errichtet werden. Im November dieses Jahres beginnen beim Anfahrschacht die Arbeiten für den unterirdischen Vortrieb in der Bellariastraße.

Die U 3 soll im Frühjahr 1991 zwischen Erdberg und Volkstheater in Betrieb gehen.

Wichtig: Im Abschnitt "Herrengasse" steht wie in allen Abschnitten ein "U-Bahn-Ombudsman" für Beschwerden, Anregungen und Wünsche zur Verfügung. Es ist dies Ing. Johann SCHÖLLBAUER, Baubüro Heldenplatz, Tel. 66 16 26/27 DW. (Schluß) roh/rr

Gleichenfeier beim Zubau Sophienspital

Utl.: Rautner: Winterbaustelle sichert Arbeitsplätze

4 =Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Der Umbau des Sophienspitals in ein dringend benötigtes Pflegezentrum läuft auf Hochtouren. Dazu gehört auch ein Zubau für das neue geriatrische Tageszentrum, der im Keller Lagerräume und Garderoben, im Erdgeschoß den neuen Eingangsbereich, einen Mehrzwecksaal, eine Lehrküche und Rehabilitationsräume aufnehmen wird. Bei der Gleichenfeier für diesen Neubau wies Bautenstadtrat Roman RAUTNER Freitag vormittag darauf hin, daß - obwohl die Umbauarbeiten erst Ende Oktober des vergangenen Jahres begonnen haben - derzeit im ehemaligen Medizinischen Pavillon bereits 82 Betten in Zimmern mit 2 bis 6 Betten als Pflegespital zur Verfügung stehen. Der Umbau des Sophienspitals, der insgesamt rund 62 Millionen Schilling kosten wird, soll bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden.++++

Im ehemaligen Medizinischen Pavillon wurden die Sanitäreanlagen komplett erneuert und behindertengerecht ausgebaut. Auch die Schwesternruf- und die Telephonanlage wurden erneuert. In den Krankenzimmern wurden teilweise Lärmschutzfenster montiert. Im Keller werden Räume für die Physikalische Therapie ausgebaut.

Derzeit wird das neue geriatrische Tageszentrum hergestellt, in dem alte Menschen ambulant betreut werden können (Therapie, Rehabilitation, Ruheräume usw.). Außerdem laufen die Arbeiten für den Umbau des ehemaligen Chirurgischen Pavillons. In diesem Gebäude werden 105 Betten zur Verfügung stehen. Es wird ebenfalls den geänderten Verhältnissen angepaßt: durch neue behindertengerechte Sanitäreanlagen, einen neuen Schwesternruf, neue Notstromversorgung, Lärmschutzfenster für die Krankenzimmer usw.

Wie Stadtrat Rautner bei der Gleichenfeier betonte, sind derzeit - also im Winter- auf der Baustelle etwa 50 Arbeiter im Bau- und Baunebengewerbe beschäftigt. Die Terminplanung für den Umbau des Sophienspitals ist daher ein gutes Beispiel für die Beschäftigungs- und Arbeitsplatzpolitik der Stadt Wien.

Als Ergänzung zum Einbau der Lärmschutzfenster wird bis zum Herbst 1986 zum Gürtel hin auch noch eine Lärmschutzwand errichtet.
(Schluß) sc/bs

"Wenia-Wienne-Wien" im Bezirksmuseum Hernals

5 =Wien, 21.2. (RK-LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung "Wenia-Wienne-Wien. Die Siedlungsnamen auf dem Boden der Stadt Wien" ist nun bis 30. Juni im Bezirksmuseum Hernals (im Gebäude der Zentralsparkasse, 17, Elterleinplatz) jeden Montag von 16 bis 20 Uhr und jeden 1. und 3. Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr zu sehen.++++

Die Sonderausstellung wird am Montag, dem 24. Februar, um 18 Uhr von Bezirksvorsteher Robert PFLEGER nach einleitenden Worten von Univ.-Doz. Dr. Ferdinand OPLL (Wiener Stadt- und Landesarchiv) eröffnet.

Die kleine Schau, die durch Exponate des Bezirksmuseums erweitert wurde, beschäftigt sich mit den zahlreichen Siedlungsnamen auf Wiener Boden, deren Herkunft, Aufbau und Bedeutung sowie mit der historischen Aussagekraft solcher Ortsnamen, woraus sich viele interessante Erkenntnisse zur Siedlungsgeschichte gewinnen lassen.

Im Anschluß an die Ausstellungseröffnung wird um 19 Uhr im Jugendstilsaal der Zentralsparkasse die Tonbildschau "Hernals in alten und neuen Ansichten" gezeigt. Übrigens: Die Sonderausstellung "Hernals um 1900" kann im Bezirksmuseum weiterhin besichtigt werden. (Schluß) am/rr

NNNN

Erhöhung der Parkometergebühren beschlossen

Utl.: Hilfsaktion für Wiener Gärtner

7 Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Freitag mit den Stimmen der SPö eine Erhöhung der Parkometergebühren in den Wiener Kurzparkzonen mit 1. April 1986. Die neuen Gebühren betragen für eine halbe Stunde 6 Schilling, für eine Stunde 12 Schilling, und für eineinhalb Stunden 18 Schilling.

Einstimmig wurde eine Hilfsaktion für die Wiener Gartenbaubetriebe beschlossen. Die Wiener Gärtner hatten durch die Stürme des heurigen Jähners Schäden an 170.000 Quadratmeter Kunststoffoliefläche zu verzeichnen. Die Neuanschaffung eines Quadratmeters Kunststoffoliefläche kostet an die 12 Schilling, die Stadt wird über die Hilfsaktion einen Zuschuß von 4 Schilling pro Quadratmeter leisten. (SchJuß) sei/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Montag, 24. Februar 1986

Blatt 424

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau) "Engelhorngasse" in Floridsdorf
Auch heuer wieder Landaufenthaltsaktion
Syphilis-Untersuchung aller Spitalspatienten

Kommunal: (rosa) Kleingarten-Aktion 2000: Anmeldungen wieder möglich
Neuer Flächenwidmungsplan für "Haas-Haus"-Grundstück
Subvention für Bibliothek der Gesellschaft der Ärzte
Spatenstich für U 3-Abschnitt "Herrengasse"
ÖVP kritisiert zu teure Gemeindewohnungen

Lokal: (orange) Wien-Tourismus: Mit gutem Nächtigungszuwachs ins neue Jahr

Kultur: (gelb) Ehrenmedaillen für Kulturschaffende

Nur über FS: 22.2. Dachbrand Apolllogasse
24.2. "5er" und "N" fielen aus
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 22. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

"Engelhorngasse" in Floridsdorf

1 Wien, 22.2. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß, eine unbenannte Verkehrsfläche in Verlängerung der Pilzgasse in Floridsdorf in "Engelhorngasse" zu benennen.

Dr. Friedrich Engelhorn war der Gründer der weltweit bekannten Pharmaziefirma Boehringer. (Schluß) gab/rr

NNNN

.....
Bereits am 22. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Auch heuer wieder Landaufenthaltsaktion

Utl.: Gemeinderatsausschuß genehmigte 11,3 Millionen

2 =Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Auch heuer wird wieder die bereits traditionelle Landaufenthaltsaktion für Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher durchgeführt werden. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales genehmigte dafür 11,3 Millionen Schilling. Voraussichtlich werden rund 4.100 Sozialhilfebezieher und Klubbesucher, darunter 360 Urlauber mit Diät- und erstmalig 90 Urlauber mit Diabetikerverpflegung, teilnehmen. Die Urlaubsaktion findet zwischen 3. Mai und 24. September statt. Auch 40 Behinderte und deren Betreuer werden einen vierzehntägigen Urlaub im Rahmen dieser Aktion verbringen können.+++

Die Dauersozialhilfe wird während der Zeit des Urlaubsaufenthaltes ungekürzt weiter ausbezahlt, für die Teilnahme wird ein abgestufter Kostenbeitrag verrechnet. Den Teilnehmern an dieser Aktion steht in jeder Pension eine Betreuerin zur Verfügung. Sollten nicht alle vorhandenen Plätze von Pensionistenklubbesuchern und Dauersozialhilfeempfängern in Anspruch genommen werden, können auch andere Pensionisten an der Aktion teilnehmen. (Schluß) and/rr

NNNN

Bereits am 23. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet

Syphilis-Untersuchung aller Spitalspatienten

Utl.: Dreieinhalb Prozent der Befunde positiv

1 =Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Die Syphilis ist immer noch eine nicht zu unterschätzende Krankheit, auch wenn sie oft nicht augenscheinlich in Erscheinung tritt. Antibiotika sind "schuld" daran, daß es nicht zu den bekannten Veränderungen kommt. Aus diesem Grund werden seit mehreren Jahren alle Wiener Spitalspatienten automatisch untersucht. Eine Auswertung ergab nun: Knapp dreieinhalb Prozent der Befunde waren positiv, - wobei die rechtzeitige Behandlung den Patienten die gefürchteten Spätfolgen ersparte.++++

An der Serodiagnostischen Station der II. Universitäts-Hautklinik und der Dermatologischen Abteilung im Krankenhaus Lainz wurden zwischen Jänner 1980 und Dezember 1984 insgesamt 979.768 Patienten (aus allen Wiener Spitälern) untersucht und dabei insgesamt 37.451 positive Proben festgestellt. Mit Hilfe eines speziellen Verfahrens wurden Verzerrungen durch Doppeluntersuchungen ausgeschlossen. Allein im Jahre 1984 diagnostizierte man bei 4.623 Patienten latente Syphilis. Vier Fünftel der behandlungsbedürftigen Fälle können nur durch Blutuntersuchungen erkannt werden.

Zwtl.: Gefährliche Spätfolgen

Fünf bis zehn Prozent ungenügend behandelter Patienten mit Syphilis müssen mit Spätfolgen rechnen, sie können an progressiver Paralyse erkranken, die durch irreversible Zerstörungen zu dauernder Invalidität und Debilität führen kann. Auch schwere Herzschäden können die Folge dieser Krankheit sein.

Seit 1980 werden alle stationären Spitalspatienten, womöglich auch ambulante, auf Syphiliserkrankungen untersucht, nachdem sich eine laufende Zunahme der Geschlechtskrankheiten gezeigt hatte. Diese Zunahme der latenten Syphilis liegt zum Teil darin, daß Syphilis-Infizierte wegen anderer Krankheiten Antibiotika erhalten, wodurch die Symptome der Syphilis zwar nicht in Erscheinung treten, aber beträchtliche Spätschäden die Folge sein können. Durch die laufenden Untersuchungen kann diese Gefahr nun in den Griff bekommen werden. (Schluß) and/bs

Kleingarten-Aktion 2000: Anmeldungen wieder möglich

5 =Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Die Aktion zur Schaffung von zweitausend zusätzlichen Kleingärten in Wien zeigt nunmehr bereits konkrete Ergebnisse. Mit Stand Februar 1986 wurden bisher insgesamt 375 Parzellen vergeben. Da weitere Kleingartenflächen in den Stadtteilen links der Donau vorbereitet werden bzw. geplant sind, können nun auch wieder Anmeldungen von Interessenten für Kleingärten entgegengenommen werden (Landesverband Wien der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter; 1060 Wien, Getreidemarkt 11).

Die durchschnittliche Wartezeit auf einen Kleingarten in diesem Gebiet beträgt etwa zwei Jahre.++++

Über den jüngsten Stand der "Aktion 2000" informierten Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN und der Vorsitzende des Kleingartenbeirates der Stadt Wien, Gemeinderat Ing. Karl SVOBODA, die "RATHAUS-KORRESPONDENZ": In den Bereichen Heubergstätten und Liesingbach wurden bisher 133 neue Kleingartenparzellen vergeben, in der ebenfalls neu aufgeschlossenen Kleingartenanlage Hausfeld im 22. Bezirk ca. 110 (Insgesamt wird diese Anlage 640 Parzellen umfassen). Dazu kommen 133 Parzellen in bestehenden beziehungsweise erweiterten Anlagen, so zum Beispiel in der Anlage Zwillingssee (47). Da, wie sich zeigte, von den ursprünglichen zweitausend Bewerbern (nach Erreichen dieser Zahl war die Anmeldeöglichkeit gestoppt worden) ein Teil in der Zwischenzeit nicht mehr an einem Kleingarten interessiert ist, können nunmehr rund achthundert neue Anmeldungen für das Gebiet links der Donau entgegengenommen werden. Nähere Auskünfte erteilt der Landesverband der Kleingärtner. (Schluß)
ger/rr

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan für "Haas-Haus"-Grundstück

Utl.: öffentliche Auflage

6 =Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Für das Gelände des "Haas-Hauses" auf dem Stock-im-Eisen-Platz in der Inneren Stadt wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet. Er liegt vom 27. Februar bis 27. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.+++

Die gesetzliche Auflagefrist für den Entwurf des neuen Flächenwidmungsplanes endet an sich am 27. März. Da seitens der Bauträger aber beabsichtigt ist, im April eine Ausstellung über das Neubauprojekt von Hans Hollein zu veranstalten, und wegen des großen öffentlichen Interesses an diesem Projekt, ist geplant, die Auflagefrist bis in den April hinein zu verlängern. Dadurch soll es ermöglicht werden, auch während der Ausstellung noch Stellungnahmen zu dem neuen Flächenwidmungsplan abzugeben.

Der neue Plan entspricht dem Entwurf des Architekten Hollein für ein neues Gebäude an dieser Stelle. Das bedeutet, daß die Baulinie vorgezogen wird, sodaß der Platz eine deutlichere Gliederung erhält.

Der Bereich des Stock-im-Eisen-Platzes, der heute als eigener "Platz" im Stadtbild nicht mehr erkennbar ist, sondern "nahtlos" in Graben und Stephansplatz übergeht, war ursprünglich durch Gebäude begrenzt gewesen, die auch weiter in den Stephansplatz hineinragten. Durch die im Jahre 1865 eingeleitete Regulierung wurden die Konturen des Neubaus nach Plänen von Siccardsburg und Van der Nüll vorgegeben. Dieses Gebäude fiel ebenso wie die meisten Objekte im Westen des Stephansplatzes dem Bombardement beim Kriegsende im Jahre 1945 zum Opfer.

In den folgenden Jahren wurde immer wieder versucht (auch durch Wettbewerbe), eine Gliederung der früher bestandenen Platzräume nachzuempfinden. 1949 wollte man jedoch auf den Straßenverkehr mehr Rücksicht nehmen und den optischen Eindruck in diesem Bereich verändern, sodaß die Baulinie um fünf Meter zurückversetzt wurde. Der Besitzerwechsel beim "Haas-Haus" gibt aber nun die Möglichkeit, wieder eine stärkere Platzgliederung durch Vorrücken der Baulinie und die Errichtung eines ausragenden Gebäudeteils beim neuen "Haas-Haus" zu erreichen. (Schluß) and/ger/bs

Subvention für Bibliothek der Gesellschaft der Ärzte

Utl.: Gesundheitsausschuß beschloß 1,6 Millionen

7 =Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Eine Subvention in Höhe von 1,6 Millionen Schilling beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales in seiner letzten Sitzung. Sie kommt der Gesellschaft der Ärzte zur Erhaltung ihrer Bibliothek zugute. Diese zentrale medizinische Bibliothek für alle wissenschaftlichen Institutionen und Kliniken muß laufend auf dem neuesten Stand der internationalen Literatur gehalten werden. Sie bietet damit auch eine wesentliche Voraussetzung für die Aus- und Weiterbildung junger Wissenschaftler, weiters für die Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten sowie nicht zuletzt für die Fortbildung der im Gesundheitsdienst der Stadt Wien stehenden Ärzte.+++
(Schluß) and/rr

NNNN

Wien-Tourismus: Mit gutem Nächtigungszuwachs ins neue Jahr
8 =Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Einen guten Start ins neue Jahr
verzeichnete der Wien-Tourismus mit einem Gesamtnächtigungszuwachs
von 5,7 Prozent bei 194.000 Übernachtungen im Jänner. Die
gewerblichen Nächtigungen lagen sogar um 7 Prozent höher als im
Vorjahr.++++

Die stärkste Steigerungsrate, 34,3 Prozent, wiesen die
Italiener mit 17.000 Nächtigungen auf, gefolgt von den deutschen
Wien-Besuchern mit 32 Prozent und 38.000 Übernachtungen. Auch aus
der Schweiz (+ 20,6 Prozent), Frankreich (+ 7,8 Prozent) und den USA
(+ 5,6 Prozent) konnten gute Steigerungsraten registriert werden. In
der Rangliste stehen an erster Stelle die Gäste aus Deutschland,
ihnen folgen die Österreicher, Amerikaner und Italiener. Der
Nächtigungszuwachs kam allen Hotelkategorien gleichermaßen zugute.
(Schluß) wfv/rr

NNNN

Spatenstich für U 3 - Abschnitt "Herrengasse"

9 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL nahm Montag vormittag in Anwesenheit des 2. Landtagspräsidenten Fritz HAHN, Mitgliedern des Wiener Landtages und der Bezirksvertretung "Innere Stadt" sowie des Wiener Polizeipräsidenten Dr. Karl REIDINGER am Minoritenplatz den Spatenstich für den Bauabschnitt "Herrengasse" der U 3 vor. Mit Gesamtkosten von 1,4 Milliarden Schilling wird der 875 Meter lange Bauabschnitt zwischen Graben und Bellaria bis September 1989 fertiggestellt. Die Errichtung der Tunnel- und der Stationsröhren erfolgt in geschlossener Bauweise. Die U 3 soll im Frühjahr 1991 zwischen Erdberg und dem Volkstheater in Betrieb gehen. (Schluß) lei/rr

NNNN

Ehrenmedaillen für Kulturschaffende

10 =Wien, 24.2. (RK-KULTUR) Vizebürgermeister Hans MAYR überreichte am Montag im Wiener Rathaus an Prof. Franz HIESEL, Prof. Berislav KLOBUCAR und o. Hochschulprofessor Mag. Ferdinand WELZ die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold sowie an Eduard ROBITSCHKO die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber.++++

Mayr wies auf die Verdienste der Ausgezeichneten hin, die alle einen wichtigen Beitrag zum Kulturleben geleistet haben.

Prof. Franz Hiesel war Leiter der Hauptabteilung "Hörspiel und Produktion" im ORF und hat darüber hinaus auch selbst zahlreiche Hörspiele, Theaterstücke, Lyrik und Prosa geschrieben. Prof. Berislav Klobucar ist im Wiener Musikleben als Dirigent an der Staatsoper, bei den Philharmonikern und bei den Symphonikern verankert.

Hochschulprofessor Mag. Ferdinand Welz hat sich als Bildhauer und Medailleur, als Leiter der Meisterschule für Medailleurkunst und als Rektor der Akademie der Bildenden Künste ebenso um das Wiener Kulturleben verdient gemacht wie Eduard Robitschko als freischaffender Bildhauer, Restaurator kunsthistorisch wertvoller Bauten und als Kunstpädagoge. An der Ehrung nahmen auch der zweite Landtagspräsident Fritz HAHN und Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß) gab/rr

NNNN

ÖVP kritisiert zu teure Gemeindewohnungen

11 Wien, 24.2. (RK-KOMMUNAL) Immer mehr Menschen könnten sich die von der Gemeinde Wien errichteten "Luxuswohnungen" nicht mehr leisten, erklärte Gemeinderat Dr. Wolfgang PETRIK Montag im Pressegespräch der Wiener ÖVP. Anstatt Wohnungen für jene Menschen zu bauen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, sich am Markt zu versorgen, wurden die Einkommensgrenzen für die Berechtigung zum Bezug einer Gemeindewohnung seit dem 1. Jänner 1985 drastisch angehoben. Die Wiener ÖVP fordere daher Neuüberlegungen im sozialen Wohnbau. Petrik nannte eine Überprüfung der Bauordnung, der technischen Normen und aller rechtlichen Bestimmungen; weiters Planungs- und Baumaßnahmen wie die rechtzeitige Zuweisung an die künftigen Nutzer; Möglichkeiten zur Senkung von Bau- und Betriebskosten durch Mitbestimmung und Teilleistungen der Mieter.

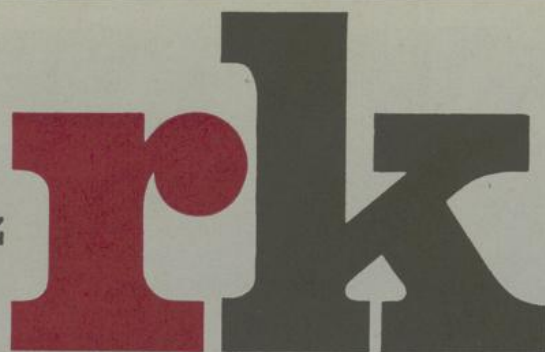
Zwtl.: Keine Planung für das Ronacher

Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK nahm zum Kauf des Ronacher durch die Stadt Wien Stellung. Er sprach die Befürchtung aus, damit werde für die Stadt Wien ein neuer Defizitträger entstehen. Er könne sich nur vorstellen, daß gleichzeitig mit dem Kauf des Ronachers ein Konzept erstellt worden sei - dieses sei aber bisher jedenfalls nicht bekannt. Zur Möglichkeit, im Keller des Ronachers ein Wachsfigurenkabinett a la Madame Tussaud zu errichten, meinte Busek, wenn schon, dann solle man ein solches Unternehmen auf wienerische Art gestalten und nicht englische Figuren nach Wien importieren.
(Schluß) ull/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 25. Februar 1986

Blatt 435

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: über 20.000 neue Grippekranke
(grau)

Kommunal:
(rosa)

Sanierungsarbeiten im Schloß Hetzendorf
Schaffung zusätzlicher Wohnplätze für Behinderte
Gemeinde Wien beschäftigt mehr Behinderte

Lokal:
(orange)

Leopoldstädter feierte 102. Geburtstag

Nur

über FS: 24.2. Straßenbahnlinie "52" entgleiste
25.2. Straßenbahnlinie "8" entgleiste
Verkehrsbehinderungen durch Demonstration

.....
Bereits am 24. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Über 20.000 neue Grippekranke

Utl.: Spitäler: Bettennot und Personalmangel

13 =Wien, 24.2. (RK-LOKAL) Mit weit über 20.000 neu an Grippe Erkrankten hält die vorige Woche in der bisherigen Grippewelle einen neuen Rekord. In der Woche vorher waren es 18.800 Neuerkrankungen. Am vergangenen Wochenende hatte der Ärztenotdienst doppelt so viele Einsätze als sonst, wobei ein Großteil davon bei grippekranken Personen erfolgte.+++

Die derzeit grassierende Grippewelle und die damit verbundenen Folgeerkrankungen haben jedoch auch den Bedarf an Krankenbetten in den städtischen Spitälern erhöht. Vor allem ältere Patienten sind davon betroffen. Dies hat dazu geführt, daß praktisch in allen Wiener Spitälern Notbetten aufgestellt werden müssen. Darüber hinaus gefährdet die Grippewelle aber auch den Betrieb in den Spitälern: Rund 11 Prozent des Pflegepersonals befindet sich zur Zeit in Krankenstand. Gegenwärtig befinden sich mindestens vier Prozent der Beschäftigten im Krankenstand und fast acht Prozent aller Wiener Schülerinnen und Schüler fehlen infolge eines grippalen Infektes. Nach Meinung der Gesundheitsbehörden dürfte der Gipfel der Grippewelle jedoch noch nicht erreicht sein. Von virologischer Seite konnte bisher teilweise das Virus des Stammes B nachgewiesen werden. (Schluß) zi/rr

NNNN

Sanierungsarbeiten im Schloß Hetzendorf

2 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Instandsetzung des Daches und der Fassaden von Schloß Hetzendorf, in dem die Modeschule der Stadt Wien untergebracht ist, beschloß der Gemeinderatsausschuß der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie in seiner letzten Sitzung.

Die Kosten für die Renovierungsarbeiten am Dach und an den Fassaden des Ehrenhofes und der Gartenfront des Schlosses betragen insgesamt rund 11,5 Millionen Schilling. 1988 sollen die Arbeiten mit der Sanierung der Fassade der Gartenfront beendet werden.

(Schluß) jel/bs

NNNN

Leopoldstädter feierte 102. Geburtstag

3 Wien, 25.2. (RK-LOKAL) Der zweitälteste Bewohner der Leopoldstadt, Herr Josef SCHREMPF, feierte gestern, Montag, seinen 102. Geburtstag. Aus diesem Anlaß stattete Bezirksvorsteher Heinz WEISSMANN dem Jubilar einen Besuch ab, um ihm im Namen der Leopoldstädter Bevölkerung zu gratulieren.

Josef Schrempf wurde am 24. Februar 1884 geboren und ist verwitwet. Er hat eine Tochter, ein Enkelkind, drei Urenkel und drei Ururenkel. (Schluß) red/bs

NNNN

Schaffung zusätzlicher Wohnplätze für Behinderte (1)

Utl.: Wirksame und koordinierte Hilfe

4 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien war in den letzten 10 Jahren bemüht, die Leistungen der Behindertenhilfe zu verbessern und zu koordinieren. Novellierungen des Behindertengesetzes brachten unter anderem die Kostenübernahme des Aufenthaltes in Wohnheimen, Übernahme von Fahrt- und Beförderungskosten in öffentlichen und sonstigen Beförderungsmitteln, Erhöhung des Landeszuschusses für einen geschützten Arbeitsplatz bis zu 50 Prozent des kollektivvertraglichen Mindestlohnes, Landeszuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von geschützten Werkstätten, ein zweistufiges Pflegegeld unter Einbeziehung von altersbedingtem Leiden und Gebrechen. Ebenso wurde das Blindenbeihilfegesetz novelliert, wodurch das Anspruchsalter bereits ab dem vollendeten 15. Lebensjahr besteht. Mit der Schaffung einer Landesbehindertenkoordinierungskommission (Vorsitzender Univ.-Prof. Dr. Stacher) wurde ein wesentlicher Schritt zur Koordination der Behindertenhilfe gesetzt. Dieser Kommission gehören Vertreter des Bundes, der Sozialversicherungsträger, der Kammern, des Gewerkschaftsbundes sowie der Magistratsabteilungen 11, 15, 17 und 56 an.

Neben einer Verstärkung der Information und Beratungsmöglichkeiten, wurden die Beförderungssysteme (Freizeitfahrten, Fahrten in Werkstätten und Schulen) weiter ausgebaut bzw. die Schaffung von Tagesheimplätzen gefördert. Darüber berichteten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Dienstag in einem Pressegespräch.

Zwtl.: Budgetmittel verzehnfacht

Anlässlich des von der UNO 1981 deklarierten Jahres der Behinderten wurden die bereits vorhandenen Hilfen und Maßnahmen im Rahmen des Behindertenwesens durch die Realisierung eines zusätzlichen Maßnahmenpaketes noch verstärkt (u.a. Verordnung zur behindertengerechten Gestaltung der Gehsteige). Aufgrund der Ausweitung der Maßnahmen und Einrichtungen für Behinderte stiegen im Bereich des Sozialamtes die Ausgaben für Behinderte beträchtlich: Betragen sie 1973 54 Mio. S, wurden 1979 230 Mio. S, 1983 441 Mio. S und im vergangenen Jahr 522 Mio. S im Rahmen der Behindertenhilfe aufgewendet. Für 1986 sind dafür 569 Mio. S vorgesehen. (Forts.) zi/du/bs

Schaffung zusätzlicher Wohnplätze für Behinderte (2)

Utl.: Behindertenkommission, Interessensvertretung

5 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Ausbaues der Leistungen wurde unter anderem durch eine Verfügung des Bürgermeisters auch die MA 28 - Straßenverwaltung und -bau in die Koordination einbezogen.

1983 bzw. 1985 wurde die Gemeinderätliche Behindertenkommission und eine eigene Behinderteninteressensvertretung (4. Novelle zum Wiener Behindertengesetz), in der unter dem Vorsitz von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher die wichtigsten privaten Organisationen in beratender Funktion tätig sind, geschaffen.

Zwtl.: Schaffung zusätzlicher Wohnplätze für Behinderte

1.000 Wohnplätze notwendig

In Wien gibt es derzeit (ohne Kuratorium für Psychosoziale Dienste) ca. 350 Wohnplätze. Infolge der durch den medizinischen Fortschritt bedingten erhöhten Lebenserwartung behinderter Menschen und den damit vielfach altersbedingten Ausfall der Eltern als Betreuungspersonen, ist in den letzten Jahren der Bedarf nach Wohnplätzen stark gestiegen. Seitens der beiden Vereine "Jugend am Werk" und "Lebenshilfe Wien" - den beiden wichtigsten Trägern von Wohnheimen und Wohnplätzen für behinderte Menschen in Wien - kann dieser Bedarf jedoch nicht gedeckt werden. Über Auftrag von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher wurde daher eine entsprechende Bedarfsprognose für die nächsten 10 Jahre vom Sozialamt gemeinsam mit den beiden Vereinen erstellt. Diese Prognose ergab, daß es in den nächsten 10 Jahren notwendig sein wird ca. 1.000 zusätzliche Wohnplätze zu schaffen.

Zwtl.: Gründung einer Arbeitsgemeinschaft

Zur Realisierung dieses Vorhabens wurde daher die Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze für behinderte Menschen" beschlossen. Das entsprechende Konzept für dieses Projekt wurde vom Sozialamt in Zusammenarbeit mit den Gemeinderäten Karl Lacina und Hans König (Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der gemeinderätlichen Behindertenkommission) ausgearbeitet.

(Forts.) zi/du/bs

Schaffung zusätzlicher Wohnplätze für Behinderte (3)

Utl.: Gründung einer Arbeitsgemeinschaft

6 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft - sie besteht aus vier Gemeinderäten sowie den Vereinen "Balance", "Gesellschaft österreichischer Kinderdörfer", "Jugend am Werk", "Lebenshilfe Wien", "Wiener Sozialdienste", dem Kuratorium für Psychosoziale Dienste sowie Vertretern des Sozialamtes und der Finanzverwaltung - wird es sein, in den Jahren 1987 bis 1996 insgesamt 1.000 zusätzliche Wohnplätze für behinderte Menschen zu schaffen. Diese Wohnplätze können in Form von Wohnungen, Wohngemeinschaften, Geschützten Wohnplätzen und Heimen errichtet werden. (Forts. mgl.) zi/du/bs

Schaffung zusätzlicher Wohnplätze für Behinderte (4)

Utl.: Etappenweise Realisierung

9 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Schaffung dieser zusätzlichen Wohnplätze soll durch einen Zweistufenplan realisiert werden und zwar: Errichtung von 300 zusätzlichen Wohnplätzen in den Jahren 1987, 1988 und 1989. Die zusätzlichen 700 Wohnplätze sollen sodann in den Jahren 1990 bis 1996 geschaffen werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1,4 Milliarden Schilling. (Schluß) zi/du/rr

NNNN

Gemeinde Wien beschäftigt mehr Behinderte

Ult.: Seidl: Jahr der Behinderten war kein Lippenbekenntnis

8 Wien, 25.2. (RK-KOMMUNAL) Die Gemeinde Wien wird in nächster Zeit weitere 30 Behinderte über dem Stand aufnehmen. Damit sind dann insgesamt 230 behinderte Arbeitnehmer über dem Dienstpostenplan beschäftigt. Seit dem Jahr der Behinderten (1981) bedeutet dies eine Steigerung um 130 Prozent. In Anbetracht der wirtschaftlichen und der sozialen Lage der Behinderten bemühe sich die Stadtverwaltung seit Jahren intensiv, noch mehr Behinderte in den Dienst zu stellen und damit auch Vorbildwirkung zu erzielen, erklärte Personalstadtrat Friederike SEIDL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Bemühungen hatten Erfolg! Von 1981 bis 1983 stieg die Zahl der Behinderten, die über dem Dienstpostenplan beschäftigt waren, von 100 auf 150. In der Folge veranlaßte die Stadträtin alle Dienststellen bekanntzugeben, ob und in welcher Funktion weitere Behinderte Platz finden könnten. Die Reaktionen waren überraschend positiv, es stellte sich jedoch heraus, daß den Wünschen nur beschränkt entsprochen werden kann, weil die Ausbildung der Bewerber oft nicht den Anforderungen entspricht. Die Einstellungsmöglichkeiten werden aber vor allem dadurch eingeschränkt, weil von den rund 60.000 Arbeitsplätzen nur knapp zehn Prozent "Schreibtischplätze", die meisten Bewerber jedoch körperlich stark behindert sind.

Zwtl.: Behinderte werden speziell betreut

Die Stadtverwaltung bietet verschiedene Kurse an, in denen sich Behinderte die für ihre Verwendung notwendigen Fertigkeiten und Inhalte aneignen können. Dazu sind zwei Sozialarbeiter als Kontaktpersonen zwischen Dienstnehmern und Verwaltung tätig. In Gesprächen mit den Behinderten sollen spezifische Schwierigkeiten erkannt und Verbesserungsvorschläge realisiert werden. (Schluß)
lei/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 26. Februar 1986

Blatt 443

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:
(rosa) Terminvorschau vom 27. Februar bis 7. März
Auszeichnungen für Verdienste im Gesundheitswesen
Wasserleitungsrohre aus Blei: in Wien keine
Gefährdung
Rheuma - Volkskrankheit Nr. 1

Lokal:
(orange) Gedächtnisausstellung für Prof. Schubert
100. Geburtstag in Hernals
10.000 S Finderlohn für ehrliche Lehrlinge

Nur
über FS: Mann von "31 A" niedergestoßen

Gedächtnisausstellung für Prof. Schubert

2 Wien, 26.2. (RK-LOKAL/KULTUR) Im Bezirksmuseum Landstraße, 3, Sechskrügelgasse 11, wird am Freitag, dem 7. März, eine Gedächtnisausstellung für den akademischen Maler Prof. Otto SCHUBERT eröffnet. Prof. Schubert, der im Vorjahr gestorben ist, besuchte die Jugendkunstklasse bei Prof. Czischek, nach der Matura studierte er bei Prof. Kolo Moser, Prof. Josef Jungwirth und Prof. Ferdinand Andri. Er illustrierte zahlreiche Jugendbücher und war bis ins hohe Alter künstlerisch tätig.

Außer der Gedächtnisausstellung wird auch eine Schau über "unsere Sofiensäle" gezeigt. Sie befaßt sich mit der interessanten Geschichte dieses "Etablissements", die an Hand von Fotos, Zeitungsausschnitten und anderen Ausstellungsgegenständen dokumentiert wird. Das Bezirksmuseum Landstraße kann an jedem Sonntag von 10 bis 12 Uhr und an jedem Mittwoch von 16 bis 18 Uhr besucht werden. (Schluß) ull/rr

NNNN

Terminvorschau vom 27. Februar bis 7. März (1)

3 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 27. Februar bis 7. März hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

DONNERSTAG, 27. FEBRUAR:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bauten
- 9.45 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
- 11.00 Uhr, Presseinformation über den Umbau des Schiffes "Johann Strauß"; Mayr (Rechtes Donaukanal-Ufer, oberhalb der Schwedenbrücke)
- 12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport
- 18.00 Uhr, Pressekonferenz "Viennale 1986", Mrkvicka (Feuerwehr-Wagner, 19, Grinzinger Straße 53)

FREITAG, 28. FEBRUAR:

ab 9 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

MONTAG, 3. MÄRZ:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend und Familie
- 10.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung "Wohnen in den Städten"; Zilk, Hofmann (Rathaus, Volkshalle)
- 10.00 Uhr, Pressekonferenz "Literatur im März", Mrkvicka (Alte Schmiede, 1, Schönlaterngasse 9, 2. Stock)
- 11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vzbgm. Mayr an Gen.Dior Riklin und Günther Granser (Rathaus, Steinerne Saal)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)
(Schluß) red/rr

NNNN

Terminvorschau vom 27. Februar bis 7. März (2)

4 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL)

DIENSTAG, 4. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vzbgm. Mayr an
Dr. Janistyn, Gen.-Dior. Dr. Himmer, Dior.Dipl.-Ing.
Vogl, Johann Grätz, Heinz Mundstein (Rathaus,
Steinerner Saal)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheit und Soziales

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 5. MÄRZ:

10.00 Uhr, Enthüllung einer Gedenktafel für den ehemaligen
Bundespräsidenten Dr. Schärff; Kirchschräger, Mayr
Mrkvicka (Wohnhaus Schärff, 8, Skodagasse 1)

11.30 Uhr, Pressekonferenz U-Bahn-Bau "30 Monate 2. Ausbauphase",
Hatzl (PID)

13.00 Uhr, Kontrollausschuß

DONNERSTAG, 6. MÄRZ:

9.00 Uhr, Spatenstich im Bauabschnitt U 3/2 "Schlachthausgasse",
Hatzl (3, Erdbergstraße 182)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Seidl an Viktor
Fortunat, Josef Schmalzer, Ing. Viktor Fucik, Gerhard
Huna, Andreas Müllner (Rathaus, Steinerner Saal)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Stacher (Franz-Josef-Spital)

11.00 Uhr, Schultheatertreffen; Smejkal (Haus der Begegnung,
20, Raffaelgasse 11)

FREITAG, 7. MÄRZ:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik
(Schluß) red/rr

Auszeichnungen für Verdienste im Gesundheitswesen

6 =Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch an mehrere verdiente Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens die Dekrete über hohe Auszeichnungen, die der Bundespräsident verliehen hat: Annelies SCHWANZER erhielt das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich; Oberschwester Karoline HAFENSCHER, Ilse MAIER und Ilse STROBL erhielten das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich; Stadtphysikus Dr. Gertrude HAWLE und Primarius Dr. Viktor SAMEC wurden mit dem Berufstitel "Hofrat" ausgezeichnet.++++

Annelies Schwanzer ist Leiterin des Opferfürsorgereferates des Wiener Sozialamtes, Karoline Hafenschner Oberschwester der Kardiologischen Universitätsklinik, Ilse Maier Referatsleiter-Stellvertreter des Opferfürsorgereferates des Sozialamtes, Ilse Strobl Referentin im Referat Opferfürsorge, Stadtphysikus Dr. Gertrude Hawle leitende Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes u.a. für Hauskrankenpflege und Prim. Dr. Viktor Samec ärztlicher Direktor des Pflegeheimes Lainz i.R. (Schluß) and/rr

NNNN

Wasserleitungsrohre aus Blei: in Wien keine Gefährdung (1)

7 =Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Bleirohre, wie sie auch in Wien in Althäusern noch für die Wasserleitung in Betrieb sind, stellen in der österreichischen Bundeshauptstadt keine Gesundheitsgefährdung dar. Wie entsprechende Untersuchungen zeigen, wird der zulässige Grenzwert von 0,05 Milligramm (oder 50 Mikrogramm) Blei pro Liter Wasser in keinem der untersuchten Häuser auch nur annähernd erreicht, geschweige denn überschritten. Allerdings finden sich natürlich in Leitungen aus anderem Material wesentlich niedrigere Bleikonzentrationen. Eine Gesundheitsgefährdung für die Bewohner jener Häuser, deren Trinkwasser noch aus Bleizuleitungs- und Innenrohren kommt, ist jedoch - auch bedingt durch das eher harte, kalkhaltige Wiener Wasser - nicht gegeben. Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Mittwoch gegenüber dem "Stadtradio" und der "RATHAUS-KORRESPONDENZ".++++

Schon als im vergangenen Herbst aus München die ersten Vermutungen laut wurden, alte Blei-Wasserrohre würden das Trinkwasser gefährden, ersuchte der Wiener Umweltstadtrat Wasserwerke und Umweltsabteilung um entsprechende Untersuchungen auch in Wien. Insgesamt gibt es in Wien derzeit rund 80.000 Abzweigleitungen (zwischen dem öffentlichen Rohrstrang und dem mit Wasser zu versorgenden Objekt) und dabei rund 73.000 Hausanschlußleitungen. Bis Mitte der Dreißigerjahre wurden für die Herstellung dieser Hausanschlußleitungen Bleirohre verwendet - heute bestehen noch rund 35.000 dieser Leitungen. Die Bleirohre wurden dann von Kupferrohren abgelöst (im Krieg und in den Nachkriegsjahren kamen auch andere Arten von Stahlrohren zur Verwendung), seit dem Ende der Sechzigerjahre werden Kunststoffrohre verlegt.

Ebenfalls bis Mitte der Dreißigerjahre wurden Bleirohre für die Installationen in Wohnhäusern verwendet, dann durch verzinkte Stahlrohre und Kupferrohre abgelöst. In Althäusern, bei denen es noch keine Generalsanierung gab, sind daher im allgemeinen vorwiegend noch Bleirohre vorhanden. (Forts.) hrs/gg

Wasserleitungsrohre aus Blei: in Wien keine Gefährdung (2)

8 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt hat nun in letzter Zeit Wasserproben aus mehreren Häusern in verschiedenen Bezirken untersucht - aus Häusern, in denen nur die Zuleitung und aus solchen in denen Zuleitung und Innenleitung aus Blei sind. Die Analyse zeigte in keinem Fall eine Überschreitung des in Österreich zulässigen Grenzwerts, der deutlich strenger ist als der von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene Standard (Österreich-Grenzwert 0,05 Milligramm Blei pro Liter Trinkwasser, WHO-Standard 0,1 Milligramm).

"Die Frage der Bleibelastung aus Wasserleitungsrohren darf nicht unterschätzt werden; jedoch muß auch klar gesagt werden, daß in Wien keinerlei gefährliche Konzentrationen vorhanden sind", erklärte Stadtrat Braun dazu gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Mit ein Grund dafür ist auch das relativ harte Wasser.

Laut deutschen Angaben beträgt die durchschnittliche Bleiaufnahme pro Person und Monat weniger als ein Drittel des WHO-Werts von 12 Milligramm. Rein theoretisch - dies aber als reine Zahlenspielerei und keinesfalls als ernsthafte Empfehlung - könnte man in Gegenden mit "bleihaltigerem" Wasser als etwa in Wien (bei weichem Brunnen- oder Leitungswasser und Bleirohren kann der WHO-Grenzwert fallweise überschritten werden) - immer noch etwa 1,8 Liter Wasser pro Tag mit einem um 50 Prozent höheren - also 0,15 statt der 0,1 WHO-Milligramm - Bleigehalt trinken, ohne daß die zulässige Gesamtaufnahme überschritten wird. (Schluß) hrs/gg

NNNN

100. Geburtstag in Hernalis

9 Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Seinen 100. Geburtstag feiert heute Herr Josef EDER aus der Czartoryskigasse 105 im 17. Bezirk. Aus diesem Anlaß statteten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und der Bezirksvorsteher Robert PFLEGER dem Jubilar einen Besuch ab, um ihm im Namen der Hernalser Bevölkerung zu gratulieren. Herr Eder wurde am 26. Februar 1886 in Paudorf in Niederösterreich geboren und arbeitete als Zimmermann. Er ist verwitwet und kinderlos. (Schluß)
du/rr

NNNN

10.000 S Finderlohn für ehrliche Lehrlinge

10 Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Zum Dank für ihre Ehrlichkeit erhielten Dienstag zwei Lehrlinge der städtischen Steinmetzwerkstätte einen Finderlohn von je 10.000 Schilling, den die Zentralsparkasse und die Wiener Städtische Versicherung bereitstellten. Die Lehrlinge hatten Mitte Jänner am Steinlagerplatz in der Simmeringer Hauptstraße gegenüber dem 2. Tor des Zentralfriedhofes in einem Versteck einen Geldbetrag von 300.000 Schilling sowie einen Trommelrevolver samt Munition gefunden. Wie die Polizei festgestellt hat, handelte es sich dabei um die Beute aus einem Bankraub.

Personalstadtrat Friederike SEIDL lobte im Rahmen einer kleinen Feier die Ehrlichkeit der Lehrlinge, die sofort nach Auffinden des Geldes den Vorfall der Polizei gemeldet hatten. Von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hatten sie bereits in Anerkennung ihres vorbildlichen Verhaltens einen silbernen Fünfhunderter erhalten.
(Schluß) lei/gg

NNNN

Rheuma - Volkskrankheit Nr. 1 (1)

Utl.: Österreichs einziges Zentrum für klinische Rheumatologie -
23 Milliarden Kosten jährlich

11 =Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Rheuma ist die Volkskrankheit Nummer 1. Gegenwärtig leidet jeder dritte bis vierte Österreicher - Männer, Frauen, aber auch Kinder - an dieser Krankheit. 15 Prozent dieser Frühpensionen gehen auf diese Krankheit zurück. Rheumatische Erkrankungen sind weiter verbreitet, als Krebs, Diabetes, Tbc und Herzleiden zusammengerechnet. 15 bis 20 Prozent aller Invaliditäten sind auf Rheuma zurückzuführen. Allein in Österreich werden jährlich etwa 4 Millionen Krankenstandstage durch diese Krankheit verursacht. Die dadurch erwachsenden Kosten für die Volkswirtschaft sind bedeutend: Sie belaufen sich schätzungsweise auf 23 Milliarden Schilling pro Jahr. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Univ.-Prof. Dr. Rudolf EBERL und Univ.-Prof. Dr. Heinrich CZEMBIREK berichteten darüber Mittwoch in einem Pressegespräch.+++

Zwtl.: Frühdiagnose-Zentrum

Die 2. Medizinische Abteilung (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Rudolf Eberl), verfügt über vier Stationen mit insgesamt 172 Betten und ist das einzige Zentrum Österreichs für klinische Rheumatologie. Sie widmet sich besonders der Diagnose und Behandlung von rheumatischen Erkrankungen. Der Begriff Rheuma umfaßt insgesamt 450 verschiedene Erkrankungen. Die mit rund 3,5 Millionen Schilling eingerichtete und im Dezember 1977 in Betrieb genommene Rheumaambulanz ist mit den modernsten medizinisch-technischen Geräten ausgestattet. Hier werden jährlich 20.000 Patienten behandelt. Das Frühdiagnose-Zentrum bietet sämtliche Möglichkeiten der Früherkennung von rheumatischen Erkrankungen. Behandelt werden in dieser Abteilung des Krankenhauses Lainz vor allem die akuten und entzündlichen rheumatischen Fälle. In Oberlaa, wo sich bekanntlich auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für Rheumatologie und Balneologie (Heilquellenkunde) befindet, sind es in erster Linie Arthrosen und Rheuma der Weichteile.

Neben dem Rheumaambulatorium verfügt die 2. Medizinische Abteilung noch über zwei Spezialambulanzen zur Behandlung von Entzündungen der Wirbelgelenke und von Verkrümmungen der Wirbelsäule sowie von Gelenkserkrankungen als Folge der Psoriasis (Schuppenflechte). (Forts.) red/gg

Rheuma - Volkskrankheit Nr. 1 (2)

Utl.: Patienten lernen Selbständigkeit

12 Wien, 26.2. (RK-KOMMUNAL) Ebenso stehen für die Behandlung der Patienten Einrichtungen der Heilgymnastik, Bewegungstherapie, Physikalischen Therapie, Massage, Unterwassermassage und psychotherapeutischen Behandlung zur Verfügung. Patienten mit chronischer Polyarthrititis können etwa im Rahmen der Ergotherapie lernen, wie sie das erkrankte Gelenk verwenden können, damit es nicht noch mehr geschädigt wird. Sie können die Bedienung von Wasserhahn und WC ebenso üben, wie sich selbst zu baden, anzuziehen usw.

Zwtl.: Steigende Patientenzahlen

Aufgrund der Zunahme von rheumatischen Erkrankungen, stieg auch die Zahl der Rheumapatienten in der 2. Medizinischen Abteilung. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 2.872 Patienten stationär behandelt, 1.507 davon waren sogenannte Rheumapatienten. Im Ambulanzbereich gab es 3.849 Neuuntersuchungen, 248 Begutachtungen und 10.386 Kontrolluntersuchungen von Rheumapatienten.

Im Rahmen der Rehabilitation wurden unter anderem 3.396 Patienten mittels Heilgymnastik, 9.388 Patienten mittels Ergotherapie, 10.486 Patienten durch physikalische Therapie, 4.812 Patienten durch Bewegungstherapie und 8.864 Patienten durch Unterwassermassage bzw. Massage behandelt.

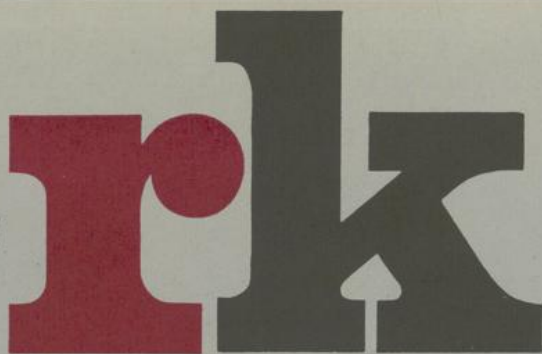
Zwtl.: 7,9 Millionen S für Röntgenanlage

Zur Verbesserung der Diagnostikmöglichkeiten wurde nunmehr das bisherige Röntgen durch eine neue wesentlich erweiterte Anlage ersetzt. Die insgesamten Kosten für die Anschaffung des Gerätes bzw. die notwendigen baulichen Maßnahmen betragen 7,9 Millionen S. Darüber hinaus wurden und werden aber auch im therapeutischen Bereich verschiedene Verbesserungen und Neuanschaffungen, wie zum Beispiel die einer neuen Unterwassermassagewanne durchgeführt.

Röntgenologisch lassen sich rheumatische Veränderungen oft früher erkennen als sie tastbar sind, erklärte Univ.-Prof. Dr. Czemberek, Vorstand des Zentralröntgeninstitutes des Lainzer Krankenhauses. Zwischen Mai und Dezember 1985 wurden 8.420 Patienten untersucht und von ihnen über 45.000 Aufnahmen gemacht. Für die Diagnose wird auch Ultraschall eingesetzt. (Schluß) red/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 27. Februar 1986

Blatt 454

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: Immer mehr Grippekranke
(grau)

Kommunal:
(rosa) Die Wiener Stadtkarte wird ein "Multi"
Mehr als sieben Millionen für Ausflugsaktionen
Smejkal: Vorarbeiten für neues Jugendwohl-
fahrtsgesetz
Neue Lärmschutzwand an der Südost-Tangente
Zeitung der Stadt bleibt frei von Inseraten
"Johann Strauß" am Donaukanal "verheftet"

Nur
über FS: 26.2. 35 Meter mitgeschleift und unverletzt
27.2. Wiener Landtag und Gemeinderat
"Falscher Beamter" - Ausweis verlangen!

.....
Bereits am 26. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Immer mehr Grippekranke

Utl.: In dieser Woche 26.000 Neuerkrankungen

13 Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Die Zahl der Grippe-Neuerkrankungen steigt weiter an: die Wiener Gesundheitsbehörden rechnen damit, daß in dieser Woche 26.000 Wienerinnen und Wiener zu Fieberthermometer und Taschentuch greifen werden. In der vergangenen Woche wurden rund 22.000 Neuerkrankungen registriert, und der Ärztenotdienst mußte am vergangenen Wochenende 300mal wegen Grippe beziehungsweise grippaler Infektionen intervenieren. Die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden, erreichte bereits 4,6 Prozent der Beschäftigten. Erfasst sind allerdings alle Krankheiten, nicht nur die Krankenstände wegen Grippe.

Viele Grippekranke müssen auch in Spitäler eingeliefert werden. Die Infektion macht aber auch vor dem ärztlichen und Pflegepersonal nicht halt: fast 12 Prozent sind im Krankenstand. Die Grippewelle machte die Aufstellung von 180 Notbetten notwendig. (Schluß) and/rr

NNNN

Die Wiener Stadtkarte wird ein "Multi" (1)

Utl.: Mit Computerhilfe werden alle Leitungen "eingearbeitet"

1 =Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtkarte hat's jetzt in sich! In Zusammenarbeit zwischen Stadtvermessung, verschiedenen Einbauten, und sonstigen Dienststellen sowie der Automatischen Datenverarbeitungsanlage der Stadt Wien wird sie zu einem echten "Multi", der nicht nur die üblichen Inhalte wie Gebäude, Straßenzüge, Parks usw. enthält, sondern nun zusätzlich nach und nach auch die fast zahllosen Einbauten, die sich unter der Straßenoberfläche befinden. Zwanzigtausend Straßenabschnitte und zehntausend Blöcke mit 150.000 Einzelangaben müssen nach kartographischer Auswertung in der Großrechenanlage der Stadt Wien gespeichert werden. Ein eigener Arbeitskreis sorgt für größtmögliche Vollständigkeit der Karten. Der Leiter der Wiener Stadtvermessung, Senatsrat Dipl.-Ing. Rudolf REISCHAUER, wird darüber auch bei einem internationalen Kongreß in Toronto, Kanada, berichten.++++

Wiener Stadtpläne mit einheitlichem Maßstab gibt es bereits seit fast hundert Jahren. 1890 lag der erste "Generalstadtplan" im Klaftermaßstab 1 : 2.880 vor. Seit drei Jahrzehnten bedient sich die Stadtvermessung auch der Luftbildauswertung, und Ende der siebziger Jahre hielt die Computerunterstützung Einzug bei der Herstellung von Stadtkarten. 1982 konnte darangegangen werden, die "Straßenmöblierung", Verkehrseinrichtungen, Belagsflächen sowie die Einbauten unter der Straßenoberfläche in die Kartenblätter einzutragen. Neben dieser zusätzlichen Anforderung an den Karteninhalt erwies es sich auch als notwendig, die Aktualisierung der Pläne zu beschleunigen.

Aus diesem Grunde wurde ein neues Arbeitsmodell eingeführt. Nach wie vor kommt die Stadtvermessung natürlich nicht ohne die Vermessung an Ort und Stelle (dazu gibt es kombinierte Winkel-, Entfernungs- und Höhenmeßgeräte) und die Luftbildauswertung aus. Aber nun werden alle Angaben nicht mehr rein graphisch übertragen, sondern durch Koordinaten genau definiert, somit in einer Weise, die durch einen Computer "übersetzt" und mit Schnelldruckern, sogenannten "Plottern", rasch wieder ausgegeben werden kann. Die erreichbare Genauigkeit ist beachtlich: im Straßenbereich horizontal +/- 5 cm, vertikal +/- 1 cm. (Forts.) and/rr

Die Wiener Stadtkarte wird ein "Multi" (2)

Utl.: Umfangreiche Verknüpfungsmöglichkeiten

2 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die Grundkarten können mit Computerhilfe jetzt ohne zusätzlichen Aufwand in den Maßstäben 1 : 500, 1 : 1000, 1 : 2000 und 1 : 5000, aber auch in allen Zwischenmaßstäben ausgegeben werden. Das Planwerk für den Leitungskataster hat den Maßstab 1 : 200, kann dem Straßenverlauf angepaßt ausgedruckt und mit Computerunterstützung automatisch auch mit Zusatzinformationen, wie Straßennamen und Hausnummern, versehen werden. Und auch das macht der Computer möglich: das Kartenmaterial läßt sich automatisch mit statistischen Daten für einzelne Baublocks oder Zählgebiete verknüpfen - eine wichtige Information für die Stadtentwicklungsplanung.

Zwtl.: Auch Aufgrabungskoordination gehört zu diesem System

Nicht zuletzt werden mit der neuen Technik auch die Daten für "Maßnahmen im Straßenbereich" gesammelt und aufbereitet: die Verlegung und Reparatur von Einbauten wird erleichtert und beschleunigt. Außerdem werden Verkehrsinformationen und Angaben für die Belagsflächenstatistik erfaßt. (Schluß) and/gg

NNNN

Mehr als sieben Millionen für Ausflugsaktionen

Utl.: Für Pensionistenklubbesucher, Dauersozialhilfebezieher und
Bewohner grünflächenarmer Bezirke

3 =Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt 7,3 Millionen Schilling
beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales in
seiner letzten Sitzung für Ausflugsaktionen im heurigen Jahr.
Zwischen April und Oktober können Pensionistenklubbesucher,
Dauersozialhilfebezieher und andere an dieser Aktion teilnehmen. In
den Monaten Juli und August finden außerdem die traditionellen
"Fahrten ins Grüne" statt, die für die älteren Bewohner der grün-
flächenarmen Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 geschaffen wurden.+++

Zwischen April und Oktober wird das Sozialamt auch heuer wieder
mit den Besuchern der Pensionistenklubs, mit den Dauersozialhilfe-
beziehern der Stadt Wien sowie mit den Pfleglingen der Pflegeheime
Lainz, Baumgarten, Liesing, St. Andrä, Sozialmedizinisches Zentrum
Ost, Wohnheim Ost, aus dem Pulmologischen Zentrum Lainz sowie den
Teilnehmern der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapie-
kurse einschließlich der notwendigen Begleitpersonen je vier
Ausflüge veranstalten. In den Sommermonaten Juli und August fahren
im Auftrag des Sozialamtes der Stadt Wien an allen Werktag-
Nachmittagen Busse "ins Grüne", um es betagten Wienerinnen und
Wienern zu ermöglichen, Ausflugsziele in der Nähe der Stadt zu
erreichen. (Schluß) and/gg

NNNN

Smejkal: Vorarbeiten für neues Jugendwohlfahrtsgesetz

Utl.: Familienforum berät Wiener Ausführungsgesetz

4 =Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Zu Beratungen über das Wiener Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz traten Donnerstag unter dem Vorsitz von Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL Vertreter von Familienverbänden und Mandatäre zusammen.+++

Das Familienforum, erklärte Smejkal, berate Wünsche und Vorstellungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf das Wiener Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz, über das derzeit Ausschüßberatungen auf parlamentarischer Ebene stattfinden. Aufgrund dieser intensiven Vorarbeiten könne das Ausführungsgesetz für Wien nach der Beschlußfassung im Parlament rasch erarbeitet werden.

Auf der Basis des bestehenden Jugendwohlfahrtsgesetzes aus dem Jahre 1955 hat das Wiener Jugendamt bereits seit den siebziger Jahren Reformen durchgeführt und neue Schwerpunkte in der Jugendarbeit gesetzt. Die Ziele dieser Maßnahmen, die die Vordiskussion auf Bundesebene für das neue Jugendwohlfahrtsgesetz maßgeblich beeinflussten, sind:

o Abbau von überflüssigen Bevormundungen.

So wurde z.B. die "amtliche" Kontrolle durch die Vormundschaft des Jugendamtes bei unehelich geborenen Kindern - soweit dies aufgrund der Gesetzeslage möglich war - aufgehoben. Nun übernehmen die Mütter selbst die Vormundschaft und werden bei Unterhalts- und Erziehungsfragen vom Jugendamt unterstützt.

o Ausbau des Hilfs- und Beratungsangebotes für Familien.

o Förderung der Pflegefamilien.

Zu Beginn der siebziger Jahre wurden noch doppelt so viele Kinder in Heimen betreut als in Pflegefamilien. Heute überwiegen die Pflegekinder mit 57 Prozent.

Das neue Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz soll diesen erfolgreichen "Weg in der Wiener Jugendwohlfahrt" gesetzlich absichern und neue Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der Jugendarbeit erschließen, unterstrich Smejkal. (Schluß) je/rr

Neue Lärmschutzwand an der Südost-Tangente

Utl.: Bautenausschuß beschloß Bauprojekte

5 =Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Um die Wohnhausanlage "Wienerberggründe" vom Verkehrslärm auf der Südost-Tangente abzuschildern, wird auf der Hochstraße Inzersdorf eine 790 Meter lange Lärmschutzwand errichtet. Die zweieinhalb Meter hohe Wand wird an der Fahrbahn in Fahrtrichtung zur Südautobahn montiert. Der Gemeinderatsausschuß für Bauten genehmigte Donnerstag für die Lieferung und Montage dieser Lärmschutzwand einen Betrag von 4,7 Millionen Schilling.+++

Für einige Stationen der U-Bahnlinien U 3 und U 6 werden bereits jetzt die Fahrtreppen bestellt. In die Station Stephansplatz (U 3) werden 9, in die Station Volkstheater (U 3) 10, in die Station Philadelphiabrücke (U 6) 11 und in die Station Niederhofstraße (U 6) zwei Rolltreppen eingebaut werden. Die Kosten für die 32 Fahrtreppen und die Montage werden rund 130 Millionen Schilling betragen.

In einigen Floridsdorfer Straßen werden nach Kanalbauarbeiten nun die Fahrbahnen und die Gehsteige neu hergestellt: In der Georgistraße zwischen der Überfuhrstraße und der Wolsteingasse, in der Kerpengasse zwischen der Überfuhrstraße und der Voltelinistraße und in der Wildnergasse zwischen der Audorfgasse und der Josef-Türk-Gasse sowie zwischen der Zallingergasse und der Voltelinistraße. Der Bautenausschuß genehmigte dafür 13 Millionen Schilling.

Außerdem bewilligte der Ausschuß 17 Millionen Schilling für die regelmäßige Wartung und Störungsbehebung an den Schaltgeräten der Wiener Verkehrslichtsignalanlagen im Jahr 1986. Derzeit sind in Wien rund 830 Verkehrsampeln und 92 Blinklichtanlagen in Betrieb.

(Schluß) sc/rr

NNNN

Zeitung der Stadt bleibt frei von Inseraten

8 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Gegen die Aussagen des Wiener FPÖ-Gemeinderates Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ, der das neue Zeitungsprojekt der Stadt als "demokratiepolitisch bedenkliche Zwangsbeglückung" bezeichnete, wandte sich Stadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Wie Braun sagte, sei es gerade eines der Merkmale der Demokratie, dem Bürger Information in verschiedener Form anzubieten. Demokratiepolitisch bedenklich wäre es, nicht zu informieren, sondern nur sozusagen von oben herab zu regieren - ohne dem Bürger die Möglichkeit der Mitsprache und Mitentscheidung zu bieten. Voraussetzung für die Mitsprache aber ist umfassende und genaue Information. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Medien müsse auch die Stadt die Möglichkeit haben, die Wiener/innen zu informieren. Das neue Projekt ist daher ein Projekt mit dem Schwerpunkt Service - also Informationen über Einrichtungen, Aktionen, Hilfen, die die Stadt den Bewohnern bieten kann über kommende Vorhaben usw.

"Hätte mich Herr Gemeinderat Pawkowicz, der bei unserem letzten Gemeinderatsausschuß, bei dem es eine ausführliche Diskussion über das neue Informationskonzept der Stadt Wien gab, leider nicht dabei war, vor dem Formulieren seiner Aussendung angerufen, dann hätte ich es ihm ersparen können, sich so unwissend zu zeigen. Das neue Zeitungsprojekt bringt natürlich keine Schädigung der vorhandenen Printmedien, da die Zeitung der Stadt keine Inserate enthalten wird. Der Vorwurf des schweren Eingriffs in den Anzeigenmarkt geht daher ins Leere", erklärte Braun. Der Informationsstadtrat wies abschließend auch darauf hin, daß eine Kommunalzeitung keineswegs ein einmaliges Projekt ist, sondern im Gegenteil in den meisten Landeshauptstädten (dabei allerdings mit Inseraten) bereits vorhanden ist. (Schluß) hrs/rr

NNNN

"Johann Strauß" am Donaukanal "verheftet"

Utl.: Umbau kostete mehr als 8 Millionen Schilling

9 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Die "Johann Strauß", ab 18. März schwimmendes Konzertcafé, ist am Donnerstag im Donaukanal bei der Marienbrücke eingetroffen und "verheftet" worden. Das von der Wiener Holding-Tochter WIGAST angekaufte ehemalige DDSG-Schiff wurde mit einem Aufwand von 8 Millionen Schilling umgebaut, weitere 2,5 Millionen kostete die Adaptierung der Anlegestelle. Die letzten zwölf Tage vor der Eröffnung werden noch für die Ausgestaltungsarbeiten genützt: So müssen noch rund 1.000 Kilo Farbe aufgetragen werden, damit das Schiff in den Farben rot - weiß glänzt. Die Malerarbeiten können allerdings erst bei einer Temperatur ab plus 5 Grad durchgeführt werden. (Schluß) sei/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 28. Februar 1986

Blatt 463

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
Zilk: Ab 22. Mai Aufführungen im Ronacher
öffentliche Verkehrsmittel - öVP-Vorschläge
nicht interessant

Kommunal: (rosa)
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Braun: Information ist Grundbedingung in der
Demokratie
Rautenweg: Asche und Schlacke aus der EBS gelagert

Kultur: (gelb)
Viennale 1986 vom 10. bis 21. März

Nur über FS: 27.2. Elin: Arbeitsplätze dürfen nicht verloren gehen

.....
Bereits am 27. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Zilk: Ab 22. Mai Aufführungen im Ronacher

"Zwischenspiel" bis zum Renovierungsbeginn

10 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Ab 22. Mai wird das Ronacher bis zum Beginn der Renovierungsarbeiten im Herbst für drei Produktionen genutzt. Dies gaben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Schauspielhaus-Chef Hans GRATZER und Bauherr Alexander MACULAN am Donnerstag bei einem Pressegespräch im Ronacher bekannt. Den Beginn macht "Cagliostro", eine Produktion des Schauspielhauses im Rahmen der Wiener Festwochen. Ab 1. Juni folgt für zehn Tage eine Eigenproduktion der Wiener Festwochen, nämlich "Attracciones Ramirez" der mexikanischen Frauentruppe "Divas", die bei den letzten Festwochen großen Anklang beim Publikum gefunden hatte. Anschließend sind fünf bis sechs Aufführungen der "Lindsay Kemp Dance Company" mit "Flowers" (nach Jean Genets Roman "Notre-Dame-des-Fleurs") vorgesehen. Bis in den Herbst hinein sind schließlich noch etwa hundert weitere Aufführungen von "Cagliostro" (mit Frich Schleyer, Alexander Goebel und Hans Dujmic in den Hauptrollen) geplant. Als Ergänzung soll im Foyer eine Ausstellung über die Geschichte des Ronacher gezeigt werden. So eine Reihe kleinerer Auflagen erfüllt wird, stimmt die Baupolizei einem eingeschränkten Spielbetrieb im Ronacher mit 500 Sitzplätzen zu. (Schluß) chr/rr

NNNN

.....
Bereits am 27. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Öffentliche Verkehrsmittel - ÖVP-Vorschläge wenig interessant

12 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Als wenig interessant bezeichnete Mittwoch Verkehrsstadtrat Johann HATZL die Forderungen des ÖVP-Verkehrssprechers, GR. Roderich Maria REGLER. "In regelmäßigen Abständen werden von dieser Seite Vorschläge für Linienänderungen und 'Verbesserungen' vorgebracht, die sich bei näherer Betrachtung als nicht sinnvoll oder zu kostspielig erweisen." Die von der ÖVP verlangten Änderungen würden nicht nur zu einer Verschlechterung der Betriebssituation der Verkehrsbetriebe führen, gemessen an der Effizienz würde die Erfüllung einzelner Forderungen wichtigere Vorhaben verzögern oder verhindern. Zu den einzelnen Forderungen führte StR. Hatzl aus:

Die Anbindung des Südbahnhofes mit öffentlichen Verkehrsmitteln an die Innere Stadt ist durch die Linie "D" in ausreichendem Maß gegeben, eine Weiterführung der Linie "J" deshalb unzweckmäßig. Außerdem realisieren die ÖBB zur Zeit im Bereich Südbahnhof zum Südtiroler Platz einen Abgang zur U 1. Dies sei zweifellos die allerbeste Anbindung an die Innere Stadt, stellte Hatzl fest.

Der im Zentralfriedhof verkehrende Autobus ist eine Privatlinie. Eine Einbeziehung in die Tarifgemeinschaft sei nicht wünschenswert, weil dadurch erstens eine bedeutende Verdichtung des Betriebes erfolgen müßte, was weitere hohe Kosten verursachen würde und zweitens die Umwelt und auch die Ruhe der Friedhofsbesucher zu sehr beeinträchtigen würde. Die im Gemeinderat zu beschließende Tarifanhebung von einem Schilling erfolge außerdem nach einem Tarifstopp von sechs Jahren.

Die Erfüllung der Forderung, daß die Autobuslinie "16 A" an die Schnellbahnstation Meidling angebunden werde, bedeute eine Parallelführung mit bereits bestehenden Linien und sei deshalb nicht zu vertreten.

Die geplante Streckenführung der Linie "1" ausschließlich über Ring und Kai werde sich nach allen bisherigen Erfahrungen sicher bewähren. Man sollte auch hier keine Parallelführung realisieren, weil diese vom Fahrgastaufkommen nicht benötigt wird, schloß Hatzl.
(Schluß) lei/gg

Viennale 1986 vom 10. bis 21. März

9 =Wien, 28.2. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA stellte am Donnerstag abend gemeinsam mit den Programmgestaltern Helmut DIMKO und Edwin ZBONEK das Programm der "Viennale 1986" vor, die vom 10. bis 21. März im Urania-Kino stattfindet. Wichtige neue Filme werden im Rahmen der "Viennale" ebenso gezeigt wie bisher unentdeckt gebliebene Filme, Arbeiten großer Regisseure stehen denen junger Filmemacher gegenüber. Insgesamt sind 47 Filme aus 24 Ländern zu sehen.++++

Eröffnet wird die "Viennale" mit Ettore SCOLAS "Maccheroni" mit Marcello MASTROIANNI und Jack LEMMON. Weitere Programmschwerpunkte sind unter anderem Claude LANTZMANNs neunstündiger Dokumentarfilm "Shoah", der an zwei Abenden gezeigt wird, Agnes VARDAS Vorjahressieger von Venedig "Sans toit ni loi", GODARDS "Detective", Carlo LIZZANIS "Mama ebe" sowie die Filme "A safe place" und "Always" des jungen amerikanischen Regisseurs Henry JAGLOM. Österreich ist außer mit dem Kokoschka-Film "Erinnerung", mit "Noah Delta II" von Michael PILZ und "Katijubato" von Tone FINK vertreten.

Mit Ungarn, Jugoslawien, Albanien, der Sowjetunion, Japan, der Volksrepublik China, Argentinien und Norwegen präsentieren sich im Rahmen der Viennale Filmländer, die im normalen Verleih selten vertreten sind.

Zusätzliche Schwerpunkte der "Viennale" stellen die Retrospektiven "Rene Clair" im Stadtkino und "Buster Keaton" im Filmmuseum dar. (Schluß) gab/rr

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Trauerkundgebung für Stadtrat Mauthe

2 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des 1. Präsidenten, Günther SALLABERGER (SPÖ), trat der Wiener Landtag am Freitag um 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen, an deren Beginn eine Trauerkundgebung für den am 29. Jänner verstorbenen Stadtrat Dr. Jörg MAUTHE (ÖVP) stand.

Sallaberger betonte, daß das Leben des Verstorbenen die Geschichte unserer Heimat widerspiegeln. Mauthe war mit Leib und Seele Journalist, seine vielen Publikationen zeugen davon. Außerdem war Mauthe ein engagierter Kulturkritiker. 1978 wurde er zum Stadtrat gewählt und hat sich große Verdienste im gesamten Kulturbereich erworben. Daneben war Mauthe auch Autor zahlreicher Romane. Er war einer jener politischen Menschen, sagte Sallaberger, dem die Stadt besonders viel bedeutet hat. Die Liebe und der Zukunftsglaube an unser Gemeinwesen haben sein Leben geprägt.

Zwtl.: Fragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE des Landtagsabgeordneten Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie die Landesregierung zu Plänen, einen Teil der Wiener Universität nach Niederösterreich zu verlegen, stehe, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK (SPÖ), es handle sich eindeutig um eine Bundeskompetenz. Weder er, noch Landeshauptmann-Stellvertreter BUSEK (ÖVP) würden sich für eine Teilung aussprechen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Dkfm. HOTTER (ÖVP) stellte Landeshauptmann Dr. ZILK fest, daß eine eigene Bewilligung gemäß dem Sonderabfallbeseitigungsgesetz für die Deponie Rautenweg nicht notwendig sei. Sollte der Abgeordnete im Besitz von Unterlagen sein, nach denen Überwachungsbedürftiger Sondermüll abgelagert werde, so ersuche er ihn, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit alle Maßnahmen getroffen werden können. (Forts.) fk/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von Landtagsabgeordnetem Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wieso die Novelle zum Baumschutzgesetz noch immer nicht dem Landtag vorgelegt wurde, antwortete LH Dr. ZILK, daß die Novelle in Arbeit ist, aber nicht nur die Strafenerhöhung, sondern auch andere Details Gegenstand der Novelle sein sollen und es daher zu einer Verzögerung gekommen ist. Die SPÖ werde in der heutigen Sitzung einen entsprechenden Initiativantrag einbringen, und er erwarte, daß er in absehbarer Zeit Erfolg haben werde.

Auf die VIERTE ANFRAGE von Labg. OBLASSER (SPÖ), wie die Rechtssituation nach Aufhebung einer Bestimmung der Bauordnung über die Mitwirkung der Bezirksvertretung an Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes durch den Verfassungsgerichtshof bereinigt werden soll, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), es werde nun eine rechtlich einwandfreie Lösung gesucht, bei der die Bezirksvertretung in einer noch festzulegenden Form ins Verwaltungsverfahren eingebunden wird.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Labg. Maria KUHN (SPÖ), mit welchen Strafsanktionen beim unerlaubten Abstellen von Fahrzeugen ohne Kennzeichen oder Wracks auf öffentlichem Grund zu rechnen ist, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR (SPÖ), daß sich die Strafen nach der Dauer der Abstellung sowie den finanziellen Verhältnissen des Abgabepflichtigen richten. Die Höhe kann das Fünzigfache des verkürzten Abgabebetrages erreichen. Im Interesse des ruhenden und fließenden Verkehrs wird weiterhin versucht werden, mit Hilfe des Gebrauchsabgabengesetzes einen ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten. (Forts.) and/rr

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von Labg. FREINBERGER (SPÖ), welche Ziele die Finanzverwaltung damit verfolgt, daß sie Wasserabnehmer bei einem Anstieg des Wasserverbrauches verständigt, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß diese Verständigung eine Serviceleistung ist, weil ja der Liegenschaftsbesitzer für die Instandhaltung der Wasserleitungen auf dem Grundstück verantwortlich ist und ein Mehrverbrauch etwa durch schadhafte Wasserleitungen zu seinen Lasten geht. Sollte der Mehrverbrauch nicht anders erklärbar sein, bietet sich eine Eichung des Zählers an, die dann für den Liegenschaftseigentümer kostenlos ist, wenn eine Abweichung der Wasserzählung eine Toleranz von fünf Prozent übersteigt. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) LABg. Fritz HAHN (ÖVP) erkundigte sich in der SIEBENTEN ANFRAGE über die Höhe der Sonderrücklage Wohnbauförderung mit Ende Februar 1986. Mit Stichtag 31. Dezember 1985 betrug der Stand der Sonderrücklagen Wohnbauförderung 1,01 Milliarden Schilling, erklärte StR. HOFMANN (SPÖ). Hahn stellte fest, daß von den im vergangenen Jahr bewilligten 4.756 Wohnungen die Hälfte erst im Dezember von der Landesregierung bewilligt wurde. Hofmann erklärte, daß 1986 eine kontinuierliche Verteilung auf das ganze Jahr erfolgen soll und auch daran gedacht ist, den Bauträgern Termine vorzugeben, bis wann mit dem Bau bewilligter Wohnungen begonnen werden muß. Auf die in Wertpapieren angelegten Wohnbauförderungsmittel sei jederzeit Zugriff gegeben, sodaß es zu keinen Verzögerungen kommt.

In der ACHTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. ARTHOLD (ÖVP), wann der Umweltschutzbeirat das letzte Mal zu einer Sitzung zusammengetreten ist. StR. BRAUN (SPÖ) erklärte, daß der sehr hochrangige Beirat noch nie zusammengetreten ist, dafür seien jedoch zahlreiche Arbeitsausschüsse für Luft, Wasser, Lärm, Abfall usw. tätig geworden. Es habe sich gezeigt, daß solche Arbeitsgruppen in der Praxis besser funktionieren. So werde unter anderem der neugegründete Naturschutzbeirat in Kürze zusammentreten. Neue Organisationsformen wie beispielsweise der Arbeitskreis EBS oder die Wiener Ökologiekommision haben sich in der Praxis gut bewährt. Arthold erklärte, daß ein ständiger Beirat für Umweltschutz zweckmäßig sei. Braun erwiderte, daß die Aufgaben eines solchen Beirates vom zuständigen Ausschuß wahrgenommen werden. (Forts.)
lei/gg

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Robert KAUER (ÖVP) über die Verkehrsüberwachungsmaßnahmen auf der Südost-Tangente erklärte Bautenstadtrat RAUTNER (SPö), daß eine genaue Analyse ergeben habe, daß das Unfallgeschehen weniger von den Fahrgeschwindigkeiten als von der Verkehrsmenge geprägt werde. Dementsprechend seien 51 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden Auffahrunfälle, 18 Prozent ereignen sich beim Fahrstreifenwechsel oder Überholen und 16 Prozent sind vom Typ "Abkommen von der Fahrbahn". Derzeit könnten Geschwindigkeitsmessungen nur mit mobilen Radargeräten durchgeführt werden. Die Einrichtung von mehr Meßstandorten werde überprüft.

Die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. Dkfm. Dr. AIGNER (SPö) befaßte sich mit Katastrophenschutzmaßnahmen. Die Katastrophenschutzpläne für Brand und Explosion, Hochwasser, Erdbeben, Absturz von Himmelskörpern, Schadstoffe usw. seien bereits fertig oder in der Endredaktion, führte StR. BRAUN (SPö) aus. In Arbeit seien derzeit noch die Einsatzpläne für Verkehrs-, Natur- und Einsturzkatastrophen, für Evakuierungen etc. Erprobungen finden laufend statt, die Bezirksvorsteher sowie die Bezirksvorsteher-Stellvertreter seien zu Beginn des Jahres ausführlich informiert worden. (Forts.) je/rr

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von LAbg. SEVCIK (SPö), wieviele Anträge auf Förderung nach dem Wohnhaus-sanierungsgesetz bisher eingebracht worden seien, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö), daß nach Paragraph 1 (Haussanierungen) 777 Anträge, nach Paragraph 2 (Wohnungssanierungen) 16.683 Anträge gestellt worden seien.

Zwtl.: Vollziehung ortspolizeilicher Verordnungen

StR. Friederike SEIDL (SPö) beantragte ein Gesetz, mit dem der Bundespolizeidirektion Wien die Mitwirkung an der Vollziehung bestimmter ortspolizeilicher Verordnungen übertragen wird.

LAbg. ZIMA (SPö) stellte den Abänderungsantrag, daß das Gesetz nicht per 1. März 1986, sondern mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft treten solle, da die Zustimmung der Bundesregierung notwendig sei.

Der Abänderungsantrag wurde EINSTIMMIG angenommen. Der Gesetzentwurf wurde in 1. und 2. Lesung EINSTIMMIG angenommen.

(Forts.) du/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Änderung des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes

8 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes. Demnach sollen die Begriffe "Lebendgeburt", "Totgeburt" und "Fehlgeburt" im Sinne des Hebammengesetzes angepaßt werden, nach Inkrafttreten des Personenstandsgesetzes weiterhin eine Todesbescheinigung auszustellen sein, die im Zusammenhang mit der Totenbeschau festgestellten Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes verarbeitet werden können, die Transferierung von Leichen bei nichtfeststellbarer Grabstellenberechtigung ermöglicht werden, in kleineren Friedhöfen von der Einrichtung von Kühlanlagen in den Beisetzkammern abgesehen werden und die für die Feuerbestattung vorgesehenen Särge von Metall und PVC-hältigem Material freigehalten werden.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung EINSTIMMIG angenommen.

Zwtl.: Änderung der Bauordnung

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Änderung der Bauordnung, wonach dem Fachbeirat für Stadtplanung anstatt bisher zwei nun drei Architekten angehören sollen.

LABg. Dr. KRASSER (ÖVP) ging in seiner Wortmeldung auf das grundsätzliche Problem des Mitspracherechtes der Bezirke im Bereich der Stadtplanung ein und sprach sich für eine weitgehende in der Bauordnung verankerte Berücksichtigung der Rechte der Bezirke aus. Weiters kritisierte Krasser die Praxis der Umwandlung von Wohnungen in Büros in Schutzzonenbereichen unter Umgehung entsprechender Gesetze.

StR. SEIDL sprach sich in ihrem Schlußwort für eine sensible Handhabung der Belange der Bauordnung unter Berücksichtigung aller Interessen aus. Eine Politik der kleinen Schritte sei hier zielführend.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung EINSTIMMIG angenommen.

Die Sitzung des Landtages endete um 10.45 Uhr.

(Schluß) gab/gg

--- Ende Sitzungsbericht Landtag ---

Braun: Information ist Grundbedingung in der Demokratie
12 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) "Ich habe schon kürzlich darauf hingewiesen und kann nur nochmals betonen, daß umfassende Information der Bürger/innen ein wichtiger Bestandteil der Demokratie ist und Mitsprache sowie Mitentscheidung ermöglicht. Das neue Informationskonzept des PID bietet die Chance, umfassender zu informieren, nicht nur ohne Mehrkosten zu verursachen, sondern sogar real 5 Prozent Einsparung. Die Information durch die Stadt ist sicher keine Selbstbeweihräucherung, sondern dient dazu, den Menschen jene Servicestellen und Hilfseinrichtungen, die ja für sie geschaffen wurden, auch bekanntzumachen". Das betonte Informationsstadtrat Helmut BRAUN Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Was die Pro-Kopf-Kosten für Information betrifft, so wies Braun darauf hin, daß Wien - Land und Gemeinde - pro Einwohner 83 Schilling im Jahr ausgabe. In der Steiermark (mit Graz) sind es dagegen 107 Schilling (90 Schilling plus 17), in Kärnten (mit Klagenfurt) sowie Oberösterreich (mit Linz) und Salzburg (mit Stadt Salzburg) jeweils 89 Schilling (jeweils laut Rechnungsabschluß 84).
(Schluß) hrs/rr

NNNN

Rautenweg: Asche und Schlacke aus der EBS gelagert

13 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Zu den heute von der Wiener öVP in der Fragestunde des Landtags geäußerten Vorwürfen, am Rautenweg würde Überwachungsbedürftiger Sonderabfall gelagert, stellte Umweltstadtrat Helmut BRAUN gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, daß die öVP damit offensichtlich die Ablagerung von Asche bzw. Schlacke aus der Sondermüllverbrennung der EBS meine. Diese Stoffe werden bekanntlich seit langem am Rautenweg gelagert (im Gegensatz zum Filterkuchen aus der Rauchgaswäsche der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, der auf der Deponie Rautenweg nicht gelagert werden darf). Die Zusammensetzung dieser Aschen und Schlacken wurde selbstverständlich vor dem ersten Ablagern der Stoffe wie auch in der Zwischenzeit geprüft. Unter anderem stellte der Umweltexperte Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang STRUNZ in seinen Untersuchungen fest, daß die Schwermetallgehalte der genannten Flugaschen in Relation zum internationalen Standard sehr gering sind und unter den für Schwermetalle im Klärschlamm zur landwirtschaftlichen Aufbringung vorgeschriebenen Grenzwerten liegen. Dennoch wurden entsprechende Versuche zur Verfestigung des Materials gemacht, um den Anteil eluierbarer Schwermetalle noch weiter zu senken. Braun wies in diesem Zusammenhang nochmals auf die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Sanierung der Deponie Rautenweg und auf die nach wie vor dringend notwendige Sondermülldeponie in Österreich hin: die Rückstände der kommenden EBS-Rauchgaswäsche werden nicht mehr auf der Deponie Rautenweg gelagert werden können. Braun forderte in diesem Zusammenhang die Wiener öVP auf, Taten zu setzen und ihre Mandatäre in den öVP-dominierten Bundesländern für die Schaffung einer Sondermülldeponie in einem österreichischen Bundesland zu motivieren. (Schluß) hrs/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter Vorsitz von GR. Dr. WIESINGER (SPö) begann mit einer Fragestunde.

In der ERSTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. NEUMANN (öVP) nach einer Stellungnahme zu einer Verbauung des Albertina-Platzes. Bürgermeister Dr. ZILK antwortete, daß die Architekten Holzbauer und Peichl eine Studie vorgelegt haben, die demnächst der Öffentlichkeit vorgestellt und in Fachkreisen diskutiert werden soll. Ein bestehender Vertrag mit dem Bund und eine entsprechende Vereinbarung mit dem zuständigen Bundesminister seien nicht unwiderruflich, und der einstimmige Beschluß der Bezirksvertretung Innere Stadt gegen eine Verbauung schließe eine Diskussion in der Öffentlichkeit nicht aus. Der 1. Bezirk ist das Herz von Österreich und kann daher nicht allein aus der Sicht der Bewohner des 1. Bezirks gesehen werden, sagte Zilk.

• Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) über den Inhalt des Vertrages zwischen den HBW und der "Kommunalservice für Abfallbeseitigung und Umweltschutz GesmbH" über die Entsorgung und Deponierung der Rückstände aus der Rauchgasreinigung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, antwortete StR. HATZL (SPö), daß dieser Vertrag zwischen zwei Partnern abgeschlossen ist und er daher nicht automatisch eine Legitimation zur Veröffentlichung des Inhaltes habe. Wesentliche Inhalte des Vertrags seien die Verpflichtung zur Übernahme der Rückstände von Flötzersteig und Spittelau. Ab dem Zeitpunkt der Übernahme der Rückstände bei der Bahnverladung sei es Sache der "Kommunalservice", wie die Rückstände entsorgt werden. Das Unternehmen besitzt eine ordnungsgemäße Gewerbeberechtigung und konnte auch nachweisen, daß es in der Lage ist, die Rückstände zu entsorgen. Er sei jedoch nicht bereit, über den Ort der Deponierung Auskunft zu geben, weil fehlerhafte Informationen in der Öffentlichkeit dazu führten, daß das Aushubmaterial von der U-Bahn-Baustelle Gaudenzdorfer Gürtel mit hohen Kosten für die Steuerzahler zu einer anderen als der ursprünglich vorgesehenen und genehmigten Deponie gebracht werden müssen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

11 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPö) teilte Verkehrsstadtrat HATZL mit, daß es gelungen sei, die im Budget 1985 vorgesehenen Mittel für den U-Bahn-Bau zur Gänze auszuschöpfen. Mit Jahresende waren mehr als 2.000 Menschen am U-Bahn-Bau beschäftigt, das sind um 900 mehr als im Vorjahr.

Die neue Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe hat sich bewährt, betonte StR. Hatzl in Beantwortung der VIERTEN ANFRAGE von GR. JANK (SPö). Der Anteil der Fahrkarten mit Ausgabezuschlag ist auf 0,6 Prozent aller Beförderungsfälle gesunken. Die Netzkarte habe zugenommen, so der Anteil der Jahresnetzkarten von 12,6 auf 14 Prozent. Die Anzahl der Beförderungsfälle hat im Jahr 1985 mit 588 Millionen Fahrgästen um 4 Prozent zugenommen. Allerdings ist der Durchschnittserlös von 4,40 Schilling im Jahr 1984 auf 4,24 Schilling im Jahr 1985 gesunken.

GR. Dr. MAIER (öVP) erkundigte sich in der FÜNFTEN ANFRAGE nach dem Stand der Zusammenarbeit zwischen Stadthalle und Konferenzzentrum. Vizebürgermeister MAYR (SPö) trat für ein gemeinsames Vorgehen bei der Werbung ein, die Betriebe dürften sich nicht gegenseitig konkurrenzieren. Er habe allerdings den Eindruck, daß die Geschäftsführung der Hofburg eigene Wege gehen möchte. Mayr dementierte, daß das Konferenzzentrum einen Preisnachlaß bei der Energieversorgung durch die Wiener Stadtwerke erhalte. (Forts.)
fk/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

14 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUB (SPö) erkundigte sich in der SECHSTEN ANFRAGE über die Erfahrungen mit der Schneeräumaktion, bei der vor allem die Schienenstraßen schwerpunktmäßig gesäubert wurden. Wegen laufender Behinderungen der öffentlichen Verkehrsmittel wurde während sieben Nächten eine Schwerpunkttaktion durchgeführt, in denen 30 Kilometer Straße von 32.000 Kubikmeter Schnee geräumt wurden, antwortete StR. BRAUN (SPö). Dabei wurden 367 Autos entfernt und 192 am Rathausplatz abgestellt. Die Schwerpunkttaktion verursachte Kosten von 5 Millionen Schilling. Die Reaktionen der Autofahrer zeigten, daß die Notwendigkeit dieser Aktion erkannt wurde.

Die SIEBENTE ANFRAGE stellte GR. Erich HUBER (SPö). Sie betraf die Überprüfung der Senkgruben auf Dichtheit. Umweltstadtrat BRAUN (SPö) erklärte, daß Mitte des vergangenen Jahres die Überprüfung der Senkgruben durch die MA 30 verschärft wurde und jede neue Grube einer Dichtheitsprobe unterzogen werde. Auch bereits bestehende Senkgruben werden überprüft. Priorität haben dabei Senkgruben, die sich in der Nähe von Trinkwasserbrunnen und Badegewässern befinden.

Die ACHTE ANFRAGE stellte GR. STRATIL (öVP) an Energiestadtrat HATZL (SPö). Sie betraf die Senkung des Gastarifes und eine damit mögliche Reduzierung der Teilzahlungsbeträge für Gas. Hatzl erklärte, daß die Vorauszahlungen entsprechend der zuletzt vorgenommenen Gaspreissenkung um 4,5 Prozent reduziert werden. (Forts.) lei/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

15 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über die Kosten einer Verlegung der Wiener Messe in den Donaupark, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), die Kosten würden jene tragen, die diese Verlegung veranlassen. Die Stadt unterstütze diese Tendenz, bei der jedoch auch das Gesamtkonzept des Wiener Praters berücksichtigt werden müsse. Die Kosten seien derzeit nicht abschätzbar, müßten jedoch dem Ertrag aus den Liegenschaften der Wiener Messe entgegengerechnet werden.

Seit Jänner 1986 sei es möglich, daß Träger privater Krankenversicherungen bei Übernahme der Gesamtkosten und Direktverrechnung mit den Krankenanstalten Ermäßigung auf Pflege und Anstaltsgebühren erreichen, beantwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) die ZEHNTE ANFRAGE von GR. KÖNIG (SPÖ). Im Wege günstiger Versicherungsprämien sei damit eine Erhöhung der Attraktivität der Sonderklasse in den Wiener Krankenanstalten gegeben. Als weiteren Anreiz, so Mayr, könne er sich die Steuerbegünstigung für private Krankenversicherungen vorstellen, wenn statt der Auszahlung in Form von Schmerzensgeldern die Sachleistungen der Spitäler in Anspruch genommen würden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dr. HAUPL (SPÖ), wieweit die Interessen der Stadt Wien bei privatrechtlichen Forderungen gewahrt werden, erklärte MAYR, der Anteil der uneinbringlichen Forderungen sei aufgrund der guten Zahlungsmoral sehr gering und betrage etwa 15 Promille der fälliggestellten Beträge. Durch die Maßnahmen bei Zahlungsverzug, wie mehrmalige Mahnung, versuchsweise Einhebung oder gerichtliche Einbringung, seien die Interessen der Stadt Wien bestmöglich gewahrt. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

16 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP) über die Stellungnahme zu einem noch nicht beantworteten ÖVP-Antrag vom 25. Mai 1984 auf Aufhebung des Schienenparkverbots in Wien, antwortete Bautenstadtrat RAUTNER (SPÖ), daß u. a. aus Anlaß dieses Antrages die Gesamtproblematik des Schienenparkverbots in einem Arbeitskreis untersucht worden sei. Im Sommer 1985 wurde unter Zugrundelegung des von den Verkehrsbetrieben vorgelegten Verzeichnisses von "Winter-Problemstraßen" ein Lösungsvorschlag für ein Halteverbot, gültig nur bei Schneelage und räumlich wesentlich reduziert gegenüber dem derzeitigen Schienenparkverbot, ausgearbeitet. Als Versuchsstrecke für diesen Winter wurde der Verlauf der Straßenbahnlinie "41" mit der Währinger Straße im 9. und 18. Bezirk, der Gentsgasse und der Gersthofer Straße ausgewählt. Für eine generelle Neuregelung bezüglich des Schienenparkverbots sei es notwendig, die Erkenntnisse aus dem heurigen Winter abzuwarten, schloß Rautner. (Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Dringlicher Antrag

17 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Von den ÖVP-Gemeinderäten Dr. Wolfgang PETRIK und Dkfm. Robert HOTTER wurde ein DRINGLICHER ANTRAG betreffend Erweiterung der Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Gemeindemieterern und der Aufhebung der Monopolstellung der SPö-nahen Mietervereinigung eingebracht. Die Verlesung und die Debatte erfolgt am Schluß der öffentlichen Sitzung.

Zwtl.: Angelobung

In Nachfolge des verstorbenen GR. Raimund KOPFENSTEINER wurde Gertrude OSTRY als Gemeinderätin angelobt. Sie übernimmt das Restmandat von GR. FAYMANN, der wiederum das Liesinger Mandat von GR. Kopfensteiner übernimmt.

Zwtl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

StR. Ing HOFMANN (SPö) beantragte die Genehmigung des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien für die Jahre 1986 bis 88 sowie der Sanierung einer Reihe städtischer Althäuser mit einem Gesamtaufwand von 164 Millionen Schilling. Hofmann verwies in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit der Stadterneuerung und auf die Erfolge, die auf diesem Gebiet bereits erzielt worden sind. So ist es gelungen, den rückläufigen Bevölkerungstrend in alten Bezirken zu bremsen und die Zahl der gut ausgestatteten Wohnungen zu vervielfachen. Hofmann bekannte sich in diesem Zusammenhang auch zur Qualitätsanhebung im Sozialen Wohnbau und verwies auf die neuen günstigen Förderungsmöglichkeiten im Zuge der Haus- und Wohnungsverbesserung. Die Stadterneuerung nimmt 1986 auch beim kommunalen Wohnbau, der mit 1,7 Milliarden Schilling dotiert ist, mit vielen kleineren Projekten im gewachsenen Stadtgebiet einen besonderen Rang ein. Darüberhinaus stehen auch 1,7 Milliarden für die Erhaltung städtischer Wohnhäuser zur Verfügung. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

18 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Hofmann verwies auch auf die Bedeutung der Stadterneuerung für die Arbeitsmarktsituation. Hofmann bekannte sich zum sanften Weg der Stadterneuerung, wies aber zugleich darauf hin, daß schlechte Wohnsubstanz auch Neubauten erforderlich macht. Als Ziel nannte Hofmann die Schaffung menschenwürdiger Wohnungen in einer lebenswerten Umwelt. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

19 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) befaßte sich mit der zunehmenden Bedeutung der Stadterneuerung und kritisierte dabei die Nicht-Effizienz des Stadterneuerungsfonds. Die bisher geleistete Arbeit rechtfertige den millionenschweren Aufwand des Fonds nicht. Der Redner befaßte sich weiters mit dem Problem des Haas-Hauses am Stephansplatz und verwies darauf, daß dieses Objekt seinerzeit aus einem Wettbewerb entstanden sei und gleichsam als Symbol des Wiederaufbaues gilt.

Zum Problembereich Stadterneuerung meinte Pawkowicz, sie laufe noch nicht zur vollen Zufriedenheit an, dennoch werde seine Fraktion dem Wohnbauprogramm zustimmen.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte scharf, daß die Gemeinde ausschließlich mit der SPö-nahen Mietervereinigung Gespräche über die Mietermitbestimmung führe. Er finde es ungeheuerlich, sagte Dr. Petrik, daß Gemeindemieter automatisch Mitglieder dieser SP-nahen Vereinigung werden. Er forderte Stadtrat Hofmann auf, diese Praxis zu unterbinden. Diese Tatsache, so Dr. Petrik, gefährde die Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Bereich Wohnbau. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

20 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPö) erklärte, die Mietervereinigung stehe der SPö nahe, und dies sei nie dementiert worden. Die Organisation sehe ihre Aufgabe aber in der Vertretung der Mieterinteressen unabhängig von einer Mitgliedschaft. Das Zinsbuch ist grundsätzlich auch gleichzeitig Mitgliedsbuch der Mietervereinigung, und im allgemeinen werden die Mieter auf diese Tatsache aufmerksam gemacht. Die Mietervereinigung sei auch nicht immer einer Meinung mit der städtischen Wohnhäuserverwaltung, betonte Lustig. Das Statut solle nun nicht unter dem Gesichtspunkt der Monopolstellung ausgearbeitet werden, sondern im Interesse aller Mieter städtischer Wohnhäuser.

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) sagte, die ÖVP habe immer mehr Mietermitbestimmung verlangt, um den Mietern das Gefühl der Ohnmacht zu nehmen, doch dies sei bisher noch nicht geschehen. Hotter kritisierte unübersichtliche Mietenabrechnungen, zurückzuführen auf eine "Abrechnungsgigantomanie", bei der eine Vielzahl von Wohnungseinheiten mit teilweise unterschiedlichen Voraussetzungen unüberschaubar zusammengefaßt werden. Hotter wandte sich gegen eine Alleinvertretung der Mieter durch die Mietervereinigung und verwies darauf, daß es bereits zahlreiche Mieterkomitees gibt, die nichts weniger wünschen als eine Verpolitisierung. Es sollte eine Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Mietervertretern geben. Der Mieter soll seine Vertreter demokratisch wählen können. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

21 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Es sei zu begrüßen, daß in der Wohnbaupolitik nun die Stadterneuerung im Vordergrund steht, erklärte GR. PRAMEL (SPö). Es wäre wünschenswert, wenn die Althausanierung auch von privaten Hausbesitzern verstärkt durchgeführt würde. Der Arbeitslosenrate im Baugewerbe könnte auch dadurch begegnet werden, daß eine effizientere und bessere Um- und Nachschulung der Arbeitnehmer erfolgt. Es stellt sich nämlich immer wieder heraus, daß trotz der hohen Arbeitslosenrate manche Arbeiten nicht durchgeführt werden können, weil die notwendigen Facharbeiter fehlen.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) erklärte, daß die neuen Förderungen bisher kaum arbeitsplatzwirksam waren. Für das heurige Jahr stehen dafür fast 3 Milliarden Schilling zur Verfügung. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Anträge rascher bearbeitet und abgewickelt werden, sodaß diese Summe auch wirklich der Wirtschaft zugute kommt. Weiters forderte Mandahus die steuerliche Gleichstellung von Wohnungsneubau und -sanierung. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

22 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Die durch die Revitalisierungen und das Neubauvolumen ausgelösten Bauaktivitäten seien beachtlich, sagte GR. Dr. SWOBODA (SPö). Zu den Anlaufproblemen des Stadterneuerungsfonds meinte Swoboda, man könne eine Leistungshochrechnung für die Zukunft sicherlich nicht aufgrund der Startphase erstellen. Es stehe nicht in Frage, daß eine neue steuerliche Regelung einen zusätzlichen Bauaufwand hervorrufen könne, es sei aber darauf zu achten, daß keine Doppelförderungen entstehen. Sehr positiv seien die stabileren Bodenpreise und die große Vielfalt an Architekturkonzepten, vor allem beim kommunalen Wohnbau.

GR. KINDL (ÖVP) kritisierte Bausünden der Vergangenheit des kommunalen Wohnbaus, bei dem man die Möglichkeiten der Revitalisierung und des Ensembleschutzes außer Acht gelassen habe. Kindl stellte den ANTRAG, auch das Haus Kundmanngasse 37 als Revitalisierungsobjekt in das Wohnbauprogramm aufzunehmen. Gemeinsam mit dem Haus Kundmanngasse 35 handle es sich hier um ein erhaltungswürdiges Ensemble. (Forts.) je/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

23 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) kritisierte, daß die ÖVP bei Problemen wie z. B. der Mietermitbestimmung in der Argumentation nur nachziehe. Außerdem seien die Mieterbeiräte ohnehin nicht an politische Parteien gebunden. Als Marksteine der Altstadterhaltung bezeichnete Oblasser den Stadterneuerungsfonds und das Wohnhaussanierungsgesetz.

GR. CZERNY (ÖVP) erwähnte u. a. folgende Bereiche, für die entweder noch gar keine oder zuwenig ausgereifte Pläne vorhanden seien: Eichamt, Messepalast, Altes AKH, Schloß Neugebäude und Rennwegkaserne. Weiters forderte Czerny steuerliche Anreize für private Hausbesitzer. Es sollten noch mehr Mittel für die Altstadterhaltung eingesetzt werden.

In seinem Schlußwort sagte StR. HOFMANN (SPÖ), daß, obwohl sich die ÖVP bereits vor Jahren für eine Zusammenarbeit mit der SPÖ hinsichtlich Stadterneuerung und Wohnbau ausgesprochen habe, diese Zusammenarbeit bei einigen Problemen, wie zum Beispiel der Mietermitbestimmung, offenbar nicht möglich sei.

ABSTIMMUNG: Ein ABÄNDERUNGSANTRAG der ÖVP zur Revitalisierung des Hauses Kundmannngasse 37 wurde EINSTIMMIG angenommen, wobei StR. Hofmann erwähnte, daß es sich dabei lediglich um einen Schreibfehler im Akt gehandelt habe.

Das kommunale Wohnbauprogramm 1986 bis 1988 sowie die Anträge zur Revitalisierung von acht städtischen Althäusern wurden EINSTIMMIG angenommen. (Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Flächenwidmung Alsergrund

24 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte eine Änderung des Flächenwidmungsplanes für das Gebiet zwischen Pramergasse, Müllnergasse, Grünentorgasse und Porzellangasse im 9. Bezirk. Demnach soll ein Grundstück in der Grünentorgasse mit einem kommunalen Wohnbau verbaut werden. GR. Dr. HAWLIK (öVP) wandte ein, daß der grünflächenarme 9. Bezirk eher neue Erholungsflächen als Wohnbauten brauche.

Bezirksvorsteher SCHMIED (öVP) wies darauf hin, daß in der Bezirksvorstehung des 9. Bezirkes eine Mehrheit für die Schaffung einer Grünfläche in diesem Bereich gestimmt habe. Auch für die angrenzenden Schulen wäre dies die bessere Lösung.

GR. LUSTIG (SPö) sagte, daß mit dem Liechtensteinpark und der Rossauer Lände größere Grünflächen in unmittelbarer Nähe der Grünentorgasse vorhanden seien. Überdies würde das Grundstück nur straßenseitig bebaut. Der Hof würde begrünt, eine Tiefgarage und ein Pensionistenklub würden die optimale Nutzung des Grundstückes komplettieren. Überdies sei der Bau von Wohnungen gerade für die jungen Familien im 9. Bezirk sehr wichtig.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.

(Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Grünflächen im Gemeindebau

25 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. PRAMEL (SPö) stellte den Antrag, 56 Millionen Schilling für die Betreuung der Grünanlagen in den städtischen Wohnhäusern zu genehmigen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) stimmte dem Antrag prinzipiell zu, meinte jedoch, daß Kosten gesenkt werden könnten, wenn einzelne Grünflächen den Mietern zur Betreuung übergeben werden. Man sollte zunächst versuchsweise Erfahrungen sammeln.

GR. HAAS (SPö) verwies darauf, daß die Arbeiten auf größeren Grünflächen nur durch geeignete Fachfirmen durchgeführt werden können. Immerhin seien die Grünflächen insgesamt so groß wie der ganze 7., 8. und 9. Bezirk.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Ausfallshaftung für Kulturverein Donaustadt

26 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPö) beantragte eine Ausfallshaftung von 2,2 Millionen für den Kulturverein Donaustadt.

GR. DALLER (öVP) würdigte die Anstrengungen der Verantwortlichen des Kulturvereins, meinte jedoch, das gesteckte Ziel sei bis heute nicht erreicht worden. Hauptproblem sei die Tatsache, daß der mobile Teil der Bezirksbevölkerung Theater und Unterhaltung im Zentrum der Stadt bevorzugt. Überdies würden sich bezirkszentrale Aktivitäten weniger bewähren als ortsteilbezogene. Danach müßte sich der Kulturverein richten, doch das Vereinskonzzept berücksichtige dies nicht. Es sei weiters unrealistisch anzunehmen, daß mit der Ausfallshaftung die Probleme gelöst werden könnten. Die Besucherzahl werde weiter dürftig bleiben, und die Einnahmensituation dürfte sich nicht verbessern. Daher sei die öVP derzeit nicht in der Lage, der Ausfallshaftung zuzustimmen.

In seinem SCHLUSSWORT verwies GR. HANKE darauf, daß GR. DALLER selbst früher Mitglied des Kulturvereins gewesen sei und ein Konzept in einem Zeitungsartikel präsentierte, das er heute ablehne. Die Aktivitäten des Kulturvereins fänden entgegen Dallers Ausführungen durchaus Anklang bei der Donaustädter Bevölkerung, und zahlreiche Vereine haben in den beiden Zentren Unterkunft gefunden. Die Leistungen des Kulturvereins strahlen in die Bezirksteile aus. Diese Einrichtung sei eine Art Modell für die Bezirkskultur - in einem Bezirk von der Größe Innsbrucks -, und ein solcher Bezirk brauche eine Heimstätte für die Basiskultur.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Gaspreissenkung

27 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat HATZL (SPÖ) stellte den Antrag auf Senkung des Gastarifes rückwirkend per 1. Jänner 1986 um 4,5 Prozent. So wie die Gaswerke in der Vergangenheit durch steigende Kosten häufig gezwungen waren, Tarifierhebungen zu beantragen, werden jetzt Preisvorteile selbstverständlich an die Konsumenten weitergegeben. Für die Höhe des Gaspreises sei nicht nur der Einstandspreis ausschlaggebend, sondern auch zahlreiche andere Faktoren wie Personalkosten, Erhaltungskosten usw. Auch die Versorgungssicherheit habe ihren Preis, erklärte der Stadtrat. Die Höhe der Tarifierenkung wurde so gewählt, daß sowohl die Konsumenten profitieren, als auch die Situation der Wiener Gaswerke gesichert sei.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß der vorliegende Antrag den seit Monaten gestellten Forderungen seiner Fraktion Rechnung trage. Der Reduktion um 4,5 Prozent müsse jedoch ein zweiter Schritt folgen, da der Dollarkurs und der Rohölpreis weiter gesunken sind. Er stellte daher den ANTRAG, rückwirkend per 1. März eine weitere Preisreduktion um 2,5 Prozent vorzunehmen.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion bereits einen Antrag auf eine Reduktion um 10 Prozent gestellt habe. Die heute zu beschließende Gastarifierenkung um 4,5 Prozent sei angesichts der wahren Gewinne durch Dollarverfall und niedrigere Rohölpreise eine Alibihandlung und solle lediglich die Profite der Gaswerke verschleiern. Die Berechnungen zeigen nämlich, daß ein Gewinn von 1 Milliarde Schilling zu erwarten sei, von denen lediglich 200 Millionen an die Konsumenten weitergegeben werden. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Gaspreissenkung

28 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Korrekturen des Gaspreises nach oben oder unten, würden auch weiterhin durchgeführt werden, erklärte GR. Maria KUHN (SPÖ), weil die Phase der langfristigen Tarifgestaltung sicherlich vorbei sei. Man müsse bei der Preisgestaltung nicht nur auf die Einstandspreise, sondern auch auf die Investitionen, die 1986 rund 837 Millionen Schilling ausmachen, Rücksicht nehmen. Mit der viereinhalbprozentigen Gaspreissenkung geben die Gaswerke eine Preissenkung von insgesamt rund 52 Millionen Schilling an die Konsumenten weiter.

Es habe 1985 nicht nur eine Gaspreiserhöhung gegeben, erklärte StR. HATZL in seinem Schlußwort, die die Gaswerke erst um einen Monat später als genehmigt, an die Konsumenten weitergegeben hätten, sondern auch eine Reihe von Steigerungen bei Personal-, Wartungs- und vor allem Speicherkosten. Die Preisberechnungen der öVP seien, nicht nur was den Heizölbezugspreis angehe, grundlegend falsch.

ABSTIMMUNG: Der Antrag der FPÖ wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.
(Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Erhöhung der Parkgebühren

29 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPö) brachte einen ANTRAG auf Erhöhung der Parkgebühren in den Kurzparkzonen um 50 Prozent ein.

GR. HIRNSCHALL (FPö) stellte fest, daß es sich seit der Einführung der Parkometerabgabe 1975 somit bereits um eine Erhöhung um das Dreifache handle. Seit der ersten Erhöhung sei kein Garagenbau mehr erfolgt. Niedrigere Garagenpreise würden zu einer besseren Auslastung führen. Außerdem befürworte er eine bessere Überwachung der Kurzparkzonen, schloß Hirnschall.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) schloß sich in seiner Rede mit der Argumentation punkto Überwachung und Garagenbau an seinen Vorredner an und erwähnte das von der ÖVP bereits vor längerer Zeit vorgeschlagene Modell "Volksgarage".

GR. Christine SCHIRMER (SPö) gab zu Bedenken, daß der Vorrang für den öffentlichen Verkehr mit Erschwernissen für den Individualverkehr verbunden sei. Sie bedauerte, daß es für den Garagenbau zuwenig private Interessenten gebe.

In seinem Schlußwort stellte Vizebürgermeister MAYR fest, daß eine Verbesserung der Überwachung in den Kurzparkzonen auch in seinem Sinne sei. Niedrigere Garagenpreise könnten ein Anreiz sein, die Kurzparkzonen weniger oft zu frequentieren. Zusätzliche Garagen seien unbedingt notwendig, und er bedauere daher die geringe Unterstützung durch die Bezirksvorsteher der innerstädtischen Bezirke, z. B. des 1. Bezirks. Die Garagenbauförderung betrage 30 Prozent der effektiven Baukosten und sollte ein Anreiz für private Garagenbauer sein.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. (Forts.)
du/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Subvention Stadtkino und Kuratorium Wiener Jugendheime
30 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPö) beantragte eine Reihe von Subventionen für verschiedene Vereinigungen in der Gesamthöhe von 8,377 Millionen Schilling.

GR. PROCHASKA (öVP) beantragte eine getrennte Abstimmung, da die öVP der Subvention für das Stadtkino in der Höhe von 2,2 Millionen Schilling und an das Kuratorium Wiener Jugendheime für die Häuser Turnergasse 13 und 15 in der Höhe von 150.000 Schilling nicht zustimmen könne. Zum Stadtkino sagte Prochaska, daß dieses der Stadt ein ständiges Defizit bringe, ohne sich deshalb wesentlich von anderen kommerziell geführten Programmkinos zu unterscheiden. Die Widmung der Häuser Turnergasse 13 und 15 für alternative Gruppen durch das Kuratorium Wiener Jugendheime bedeute eine weitere Belastung für diese ohnedies benachteiligte Wohngegend.

GR. HANKE (SPö) wies darauf hin, daß das Stadtkino eine kulturpolitische Aufgabe erfülle, indem es Filme zeige, die sonst in Wien kaum zu sehen wären. Der Erfolg sei auch aus der Publikumsresonanz ersichtlich - von ursprünglich 40.000 sei die Zahl der Zuschauer bereits auf über 60.000 im Jahr gestiegen, der Subventionsbedarf des Stadtkinos sei rückläufig. Zur Widmung der Häuser in der Turnergasse sagte Hanke, daß dies im Einvernehmen mit dem Bezirk erfolge und daß man froh sein müsse, daß jungen Menschen in Schwierigkeiten geholfen werden könne.

ABSTIMMUNG: Die beiden Positionen "Stadtkino" und "Kuratorium Wiener Jugendheime" wurden mit den Stimmen der SPö, der Rest des Tagesordnungspunktes wurde einstimmig angenommen. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Hilfe für Gartenbetriebe

31 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPö) stellte den Antrag auf eine Hilfsaktion für die vom Sturm geschädigten Gartenbetriebe.

GR. JEDLETZBERGER (öVP) verwies darauf, daß die orkanartigen Stürme am 14. und 15. Jänner rund 170.000 Quadratmeter Kunststofffolie in den Wiener Gartenbaubetrieben vernichtet haben. Durch die Förderung der Stadt Wien mit Kostenzuschüssen von rund einem Drittel der Neuanschaffungskosten sei nun der Frühjahrsgemüseanbau gesichert. Der Redner dankte der Stadtverwaltung für die rasche Hilfe.

Der Zuschuß sei eine echte Hilfe für die Kleinbetriebe, betonte GR. SCHMIDTMEIER (SPö). Der Zuschuß sei aber gleichzeitig ein gutes Beispiel der Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Subvention für Verband Wiener Volksbildung

32 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Leopoldine PFAUSER (SPö) beantragte 3 Millionen Schilling als Subvention im Rahmen des laufenden Sanierungsprogramms an den Volksbildungsbauten der Stadt Wien. Der Betrag soll dem Verband Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellt werden.

GR. PROCHASKA (öVP) kritisierte zu geringe Mittel bei gleichzeitig lawinenartig ansteigendem Bedarf. Die Projekte einer neuen Zentrale für die Bezirksmuseen, für ein Bezirksmuseum Josefstadt und eine VHS-Filiale Josefstadt befinden sich im Dornröschenschlaf.

GR. STEINBACH (SPö) erklärte, es gebe derzeit eine akzeptable Finanzierung, und die Subventionen für die Volkshochschulen steigen. Besonders wichtig sei es, das "Aushängeschild" der Wiener Volksbildung, die Urania, zu renovieren. Gleichzeitig werden im Rahmen der Möglichkeiten auch in anderen Volkshochschulen Arbeiten durchgeführt.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Abschluß eines Vergleiches - Weststadion

33 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPö) beantragte den Abschluß eines Vergleiches mit dem Masseverwalter im Konkurs über das Vermögen der Firma Straßgchwandtner & Ambros Bauges. OHG.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (öVP) erklärte, daß mit dem Abschluß dieses Vergleiches ein unrühmliches Baukapitel dieser Stadt abgeschlossen werde. Ein Grund für die gravierenden Baumängel, die schon kurz nach Eröffnung des Weststadions auftraten, ist in der mangelhaften Bauüberwachung durch die Gemeinde zu suchen. Die jahrelangen Streitigkeiten mit der Baufirma führten zu deren Konkurs, der daher durch die Gemeinde Wien mitverschuldet wurde.

GR. SCHMIDTMEIER (SPö) verwehrt sich gegen die Schuldzuweisung am Konkurs der Baufirma an die Gemeinde Wien. Es sei erwiesen, daß die Bauleistung schlecht war, bis jetzt mußten Sanierungskosten von 12 Millionen Schilling aufgewendet werden. Der heute zu beschließende Vergleich eröffne möglicherweise auch die Chance, daß die Baufirma in einer anderen Form weiterarbeiten könne.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück wurde einstimmig beschlossen.

(Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Zentralwäscherei

34 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) stellte den Antrag, für die Fortführung der Umrüstung der Zentralwäscherei Steinbruchstraße 83,5 Millionen Schilling zu genehmigen.

Derzeit werde ein Viertel des Wäscheberges der Stadt Wien von privaten Firmen versorgt, erklärte GR. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP). Die Zentralwäscherei Steinbruchstraße habe seit ihrem Bau 1964 Kosten von rund 380 Millionen Schilling verursacht. Angesichts dieser Summe könne sie nur bereits zum wiederholten Mal die Forderung der Teilprivatisierung, das heißt, der Eingliederung der Zentralwäscherei in die Betriebe der Wiener Holding erheben.

Es sei aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Preisstabilität wichtig, sagte GR. DINHOF (SPö), daß die 50prozentige Eigenwaschleistung der Stadt Wien für den Spitalsbereich erhalten bleibe. Gerade auf dem Wäschesektor sei die Unabhängigkeit von Preisgestaltung und Leistung privater Betriebe besonders notwendig.

Die Frage der Zentralwäscherei sei für ihn keine Frage der Ideologie, sondern der Zweckmäßigkeit, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPö) in seinem Schlußwort. Was die Forderung der öVP nach einer Eingliederung der Wäscherei in die Holding betreffe, so vertrete er die Ansicht, daß man auch im öffentlichen Bereich durch entsprechende Organisationsformen ein Maximum an Wirtschaftlichkeit erreichen könne.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Bau einer städtischen Wohnhausanlage

35 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPö) stellte den Antrag auf Genehmigung des Vertrages zur treuhändigen Bauausführung der städtischen Wohnhausanlage 20, Hartlgasse 28-30 - Dammstraße durch die "Sozialbau".

GR. Dr. MAIER (öVP) erklärte, daß der Vertrag bereits überholt sei, und daß die Durchführung des Baues bereits für 1985 geplant war. Bereits der Grundstückserwerb sei von der öVP abgelehnt worden, da es eine beträchtliche Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis gegeben habe.

GR. Ing. SVOBODA (SPö) erklärte, daß die öVP sehr wohl wisse, daß bereits im zuständigen Ausschuß der Vorentwurf genehmigt worden sei, und daß Architekten bereits Vorarbeiten leisteten.

GR. Dr. PETRIK (öVP) erläuterte, daß seinerzeit ein sozialistischer Bezirksrat des 20. Bezirks sich gegen ein Schwimmbad auf dem Dach des geplanten Baus ausgesprochen habe, da sich in unmittelbarer Nähe ein Hallenbad befindet. Das sei der Grund für die Verzögerung gewesen.

In seinem Schlußwort stellte GR. SEVCIK (SPö) fest, daß zwar der zeitliche Rhythmus "ins Wanken geraten sei", das Risiko dabei aber die "Sozialbau" getragen habe.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

(Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: PID-Debatte

36 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) stellte den Antrag, die Mitarbeiterzeitung "Wien aktuell-Wochenblatt" von derzeit 51mal jährlich auf 21mal jährlich zu reduzieren. Die Seitenanzahl soll von 24 auf 8 Seiten verringert werden, wobei der Verlag ein achtseitiges durch Inserate auf eigenes Risiko finanziertes "Wien aktuell extra" herstellt, von dem vier Seiten redaktionell ohne Entgelt benützt werden können. Weiters sollen die Postwürfe "Wien unsere Stadt" von der derzeitigen Erscheinungsweise fünfmal jährlich auf 18mal jährlich umgestellt werden. Die Kosten belaufen sich auf 23,4 Millionen Schilling.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sprach sich für die Reduzierung von "Wien aktuell-Wochenblatt" aus. Er habe Verständnis dafür, daß ein großes Unternehmen wie die Stadtverwaltung eine Betriebszeitung herausgeben will. Er bedauere aber, daß schon bisher in dieser Zeitung die Opposition kaum zu Wort gekommen sei. Er befürchte weiterhin, daß die Betriebszeitung Hofberichterstattung betreiben werde

Zu dem neuen Postwurfmodell meinte der Redner, daß nun alle Wiener Haushalte künftig eine Zeitung "kaufen müssen, die sie nicht kaufen wollen." Es werde eine Zeitung herausgebracht, deren Preis über die Steuern hergeholt werde. Die Zwangsbeglückung kostet mehr als 23 Millionen Schilling im Jahr und werde in kommenden Jahr möglicherweise teurer. Dr. Pawkowicz kritisierte ferner, daß keine Ausschreibung durchgeführt worden sei. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: PID-Debatte

37 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Er trete für umfassende Information ein, sagte GR. PAWKOWICZ, befürchte aber, daß hier eine Monopolstellung entstehen kann, die für den freien Journalismus nicht zuträglich sei. Der vorhandene Zeitungsmarkt in Wien sei durchaus in der Lage, über das Geschehen in der Stadt zu berichten. Darüber hinaus könne im Bedarfsfall auf den Anzeigenmarkt zurückgegriffen werden. Da auch eine eigene Stadtwerke-Zeitung kostenlos an alle Haushalte verteilt werde, in der auch Inserate eingeschaltet werden, fürchte er eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der Zeitungen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: PID-Debatte

38 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) kritisierte, daß der PID mit den beiden Periodika einen Kurs der Jubelberichte und Selbstbeweihräucherung fortsetze, der seine Ursache im Mißtrauen gegenüber den freien Medien und der Mündigkeit der Bürger habe. Seine Kritik gelte nicht den Mitarbeitern des PID, sondern den für diese Linie politisch Verantwortlichen. Der PID stelle auch eine Reihe wichtiger Informationsprodukte her, die auch die Zustimmung der ÖVP fänden, dem heutigen Antrag könne die Volkspartei jedoch nicht zustimmen. Neben der generellen Linie sei auch sowohl bei "Wien aktuell Wochenblatt" wie auch bei "Unser Wien" die freihändige Auftragsvergabe und im ersten Fall auch der Verzicht der Stadt Wien auf Inserateneinnahmen zugunsten des Verlegers zu kritisieren. In diesem Zusammenhang stellte Engelmayr auch einen ANTRAG, die Gebarung des PID durch den Rechnungshof überprüfen zu lassen. Engelmayr forderte, die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien möge sich an die gleichen Grundsätze halten, die die Regierung Kreisky beschlossen habe - demnach sei die Information von Persönlichkeitswerbung und Imagepflege zu trennen. Dies sei beim Pressedienst der Stadt Wien, der mit 300 Millionen Schilling Ausgaben und hundert Bediensteten der in der Relation zu vergleichbaren Städten der größte und teuerste Pressedienst sei, nicht der Fall. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: PID-Debatte

39 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Die Mitarbeiter des Pressedienstes würden nicht zu einer bestimmten Berichterstattung gezwungen, man dürfe es jedoch nicht kritisieren, wenn sie über positive Arbeit positiv berichten, erklärte GR. Ing. RIEDLER (SPö). Der von der öVP ständig erhobene Vorwurf der Parteipropaganda habe bisher nie anhand von Beispielen bewiesen werden können. Den Vertrag mit jener Firma zu kündigen, die bereits bisher für die Produktion der Postwürfe zuständig war, würde laut Riedler der Stadt schweren finanziellen Schaden bringen.

Die öVP bekenne sich wohl immer zur Information der Bevölkerung, wende sich jedoch stets gegen entsprechende Produkte des Pressedienstes. Information sei nicht nur eine Holschuld der Bürger, sondern vielfach auch eine Bringschuld der Verantwortlichen. Er betonte, daß von den rund 100 PID-Mitarbeitern die Hälfte beim Bürgerdienst beschäftigt ist, und betonte, es sei nicht richtig, daß die Stadt Wien 300 Millionen für Öffentlichkeitsarbeit ausbebe. Verglichen mit anderen Bundesländern gibt Wien für Öffentlichkeitsarbeit pro Einwohner weniger aus, den scheinbar geringeren Ausgaben in Niederösterreich seien noch die eigenen Aufwendungen der Städte und Gemeinden zuzurechnen. Überdies habe Niederösterreich in den letzten beiden Jahren die Hälfte des Informationsbudgets zur, wie Riedler sagte, Parteipropaganda für die umstrittene Landeshauptstadt verwendet. Abschließend wies Riedler darauf hin, daß der Landeshauptmann in Niederösterreich in jeder Publikation vielfach dargestellt werde.

ABSTIMMUNG: Die Herstellung der Mitarbeiterzeitung wurde mit den Stimmen von SPö und FPö beschlossen, jene des Postwurfs mit den Stimmen der SPö. Der Prüfungsantrag der öVP wurde von der SPö abgelehnt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Erhöhung der Bäderpreise

40 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISFK (SPö) beantragte die Neufestsetzung der Preise für die Benützung der städtischen Bäder sowie die Durchführung betrieblicher Änderungen und die Erweiterung der Begünstigungen für Schüler, Studierende und Senioren.

GR. ARTHOLD (öVP) kritisierte, daß die Opposition zu spät über die beabsichtigte Änderung informiert wurde. Seit Jahren wurden Tarifierhöhungen vorher von der Bäderkommission diskutiert, diesmal nicht. Seiner Meinung nach seien die Begründungen wie gestiegene Personalkosten, erhöhte Wasser- und Entsorgungskosten, usw. nicht in erster Linie ausschlaggebend für die Senkung der Kostendeckung von 24,2 Prozent auf beinahe die Hälfte. Der Grund liege vielmehr im Rückgang der Besucherzahl sowie in einer fehlenden Kostenstellenrechnung.

GR. Maria PAUL (SPö) stellte fest, daß Sommer- wie Hallenbäder Freizeiteinrichtungen ersten Ranges mit großer gesundheitlicher Bedeutung seien. Aus diesem Grund sei auch die Neufestsetzung der Preise nicht leichtfertig vorgeschlagen worden. Die Senkung der Kostendeckung von 24,2 Prozent im Jahr 1981 auf 16,9 Prozent im vergangenen Jahr könne auch durch den heute vorliegenden Antrag auf Preiserhöhung nicht ausgeglichen werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen.
(Forts.) lei/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Tarife für Bestattung und Friedhofsgärtnereien

41 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) stellte den Antrag die Grabsteinentgelte sowie die Arbeitsentgelte der städtischen Bestattung um 3,2 Prozent bzw. 5 Prozent sowie die Entgelte für friedhofsgärtnerische Arbeiten um 4 Prozent zu erhöhen.

GR. GLÜCK (öVP) wies darauf hin, daß in den letzten fünfeneinhalb Jahren die Grabsteinentgelte um insgesamt 52 Prozent und die Arbeitsentgelte um insgesamt 81,1 Prozent erhöht wurden. Auf Grund dieser drastischen Erhöhungen werde die öVP der nun beantragten Tarifierhöhung nicht zustimmen. Auch die Forderung nach einer Teilzahlung bzw. Stundungsmöglichkeit bei Grabankäufen sei nicht erfüllt worden. Auf Grund der stadttökologischen und der Erholungsfunktion der Friedhöfe für Wien sei ein Kostendeckungsgrad von 85 Prozent nicht einzusehen.

Die kaufmännische Sorgfaltspflicht, erklärte GR. HUFNAGL (SPö), sei auf die öffentliche Hand zwingend genauso anzuwenden wie auf die Privatwirtschaft. Darüber hinaus seien kleine und jeweils niedrige Tarifveränderungen zweckmäßiger als große Tarifsprünge. Der neue Tarif sei auch in der Gestaltung wesentlich übersichtlicher und kundenfreundlicher. Die städtischen Friedhofsgärtnereien erbrächten eine Reihe von Leistungen im Sinne der allgemeinen Friedhofserhaltung, wie es auch Aufgabe der städtischen Bestattung sei, für Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten Investitionen zu tätigen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Neufestsetzung der Fahrpreise am Zentralfriedhof

42 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) stellte den Antrag auf Änderung des Punktes 5 des Vertrages zwischen der Stadt Wien und der Firma Dr. Richard, wonach die Fahrpreise für die Autobuslinie im Wiener Zentralfriedhof erhöht werden sollen, sowie auf Erhöhung der Ausfallshaftung. Die Fahrpreise sollen für Erwachsene von 5 auf 6 Schilling, für Kinder von 3 auf 4 Schilling und die Ausfallshaftung von 120.000 auf 200.000 Schilling erhöht werden.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (öVP) stellte fest, daß die öVP sich bereits vor längerer Zeit für die Aufnahme dieser Autobuslinie in den Verkehrsverbund ausgesprochen habe. StR. HATZL (SPö) sei aber dagegen gewesen. Regler stellte den ABÄNDERUNGSANTRAG auf Aufnahme der privaten Autobuslinie im Zentralfriedhof in die Tarifgemeinschaft des Verkehrsverbundes Ost. Außerdem stellte er u.a. folgende Anträge: Endstelle der Linie "16 A" bei der Schnellbahn Meidling und eine zusätzliche Ring-Rund-Linie.

GR. HENGELMÜLLER (SPö) sprach seine Wertschätzung für die Firma Dr. Richard aus, die trotz eines errechneten Verlustes der Stadt Wien die Treue halte. Die Einführung zusätzlicher Busse im Zentralfriedhof halte er für sinnlos, da die Fahrgastfrequenz ohnehin niedrig sei. Außerdem sei die Umweltbelastung zu hoch. Bei einer Ring-Rund-Linie ergäben sich zu große Intervallunterschiede.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag auf Neufestsetzung der Fahrpreise wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. (Forts.) du/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Dringlicher Antrag

43 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Vor Schluß der Sitzung meldete sich GR. Dr. PETRIK (BVP) zur Begründung des Dringlichen Antrages zu Wort, der die Erweiterung der Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gemeindemieter und die Aufhebung der Monopolstellung der Mietervereinigung vorsieht. Petrik bezeichnete die Automatik von Mietvertrag und Mitgliedschaft in der Mietvereinigung als undenkbar und plädierte für einen besseren Einblick der Mieter in Miet- und Betriebskostenabrechnungen.

Als Kontraredner wies GR. OBLASSER (SPÖ) darauf hin, daß Petrik seine Argumente bereits zur Mittagszeit in einer Aussendung der ÖVP dargelegt hat. Diese Argumente sind bereits von GR. Lustig widerlegt worden, sagte Oblasser, es bestehe daher kein Anlaß zu einer weiteren Diskussion.

ABSTIMMUNG: Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Zwtl.: Abschied GR. Wiesinger

Am Schluß der Sitzung verabschiedete sich der Vorsitzende des Gemeinderates Prof. Leopold WIESINGER aus dieser Position. Wiesinger sagte, er nehme damit sowohl von den Freunden in seiner Fraktion als auch von seinen Freunden über die Parteigrenzen hinweg Abschied und wünsche allen für ihre zukünftige Arbeit für Wien alles Gute.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 23.10 Uhr. (Schluß)
gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN



60984 81800

